040-3902875

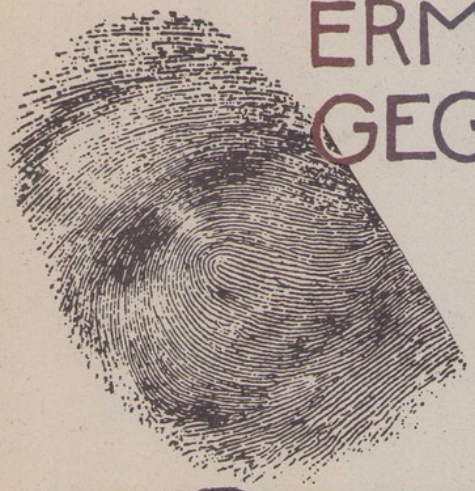
grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

SEPTEMBER '80 DM 2,-

* NR 37 *

REMITTENDEN-ECKE, bitte zurück!



ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN UNS: §§ 90a, 111, 140

In einem Schreiben vom 5.8.80 teilt die Fachdirektion 7 (Staatsschutz) dem "sehr geehrten Herrn Liefmann" mit, daß z.Zt. gegen ihn als presserechtlichen Verantwortlichen "für das periodische Druckwerk 'grosse freiheit' Nr. 31 - 34" ein Ermittlungsverfahren laufe.

Gleich 7 Artikel und ein Foto benennt der Staatsschutz auf der Rückseite, sorgfältig aufgeteilt, je 2 auf jede Nummer, die gegen die Paragraphen 90a (Verunglimpfung), 111 (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) und 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten) verstoßen haben sollen. Möglicherweise ist dies der erste Versuch des Staatsschutzes nach der großen Pleite (Enthüllung desselben durch die Broschüre bzw. den Sender Klabautermann) gegen die, wie der 'Spiegel' schreibt, "autonomen Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung ("AGAZ")" vorzugehen.

...WEITERES AUF S.2

NATO

HERBST-MANÖVER

Vom 15. bis 27. September 1980 soll das "absolut größte Nato-Manöver aller Zeiten" in Norddeutschland stattfinden, vorwiegend im Raum Hannover, Hameln, Hildesheim, Göttingen und Braunschweig.

Unter Einsatz von 63.000 Mann, 880 Panzerfahrzeugen, 350 Hubschraubern und Einbeziehung der Luftwaffengroßübung "Codfire" werden hier englische, amerikanische, belgische, niederländische und deutsche Soldaten einen "kritischen Grenzsektor, durch den einer der Hauptstöße einer Warschauer-Pakt-Offensive zu erwarten ist", verteidigen. → S. 14

VERTRAUENSVOLL & SICHER BLICKT UNSER CHEFREDAKTEUR IN DIE ZUKUNFT!

"Im Namen des Volkes"

JETZT IN DER GROSSEN FREIHEIT: S. 9-12

AUSSERDEM: ALTONA MUSS ZURÜCK AN DÄNEMARK: S. 13 * 2. JUNI + FIRIZ SCHEYTAN S. 16-18 * NICARAGUA: S 15 * UND WIE IMMER: STADTNACHRICHTEN, KLEINANZEIGEN...

HAUSMITTEILUNG

DRÄUENDES UNWETTER BRAUT SICH ÜBER UNS ZUSAMMEN...

Staatsschutz ermittelt gegen "grosse freiheit"

Dazu eine Erklärung der Redaktion der "grossen freiheit":

An alle Leser der gf – ehemalige, gegenwärtige, zukünftige (die potentiellen nicht zu vergessen!),

Gegen Euch läuft ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen §§ 90a, 111, 140.

Wieso gegen uns, fragt ihr euch, was haben wir damit zu tun? Vielleicht genausoviel wie Liefi, der die presserechtliche Verantwortlichkeit für die inkriminierten Ausgaben der gf übernommen hatte. Bloß – ihn hat es jetzt konkret erwischt, denn einer muß nun mal seinen Kopf – bzw. Namen – hinhalten. Zensur betrifft aber weniger das treue Personal einer Zeitung wie der gf, sondern viel eher die, die das Medium "Gegenöffentlichkeit" nutzen. Und das seid ihr!

Daß wir euch so einfach in den ganzen Scheiß mit reinziehen (entschuldigt!), liegt an unserem redaktionellen Konzept. Wir selbst, das Kollektiv, das sich Monat für Monat mit Büro-sauber-machen, Post sortieren, gemeinsam in Kneipen gehen etc. abplagt, betrachten die gf als unzensiertes Medium linker Gegenöffentlichkeit. D.h. wir beschränken unsere wertvolle Arbeitskraft größtenteils darauf, das in lesegerechte Form zu bringen, was ihr uns schickt. Den Inhalt lassen wir unangetastet. Wenn wir uns wirklich mal über was aufregen, dann gibt's einen Kommentar, mehr oder minder saftig, und wenn aus Platzgründen mal was gekürzt werden soll, dann sprechen wir das mit den verehrten Herren und Damen Verfassern ab. Ihr seht, wir sind als bloß technisches Personal restlos von euch abhängig.

Andererseits gibt es nun mal dies lästige Presserecht; einer von uns muß namentlich im Impressum auftauchen. Wer hier die Phantasie walten läßt, läuft Gefahr, den Druckern ein Bein zu stellen (siehe Agit-Druck-Prozeß).

Wir meinen, ihr solltet uns und euch unterstützen – in diesem Fall heißt das:
Geld auf unser Konto, Bildung einer Gruppe zur Unterstützung der gf, den Termin werden wir, wenn was zustande kommt, bekannt geben. Heftiges Abonnieren, kaufen, lesen der gf.

Die Möglichkeit einer glänzenden Karriere innerhalb der linken Zeitungsszene ist der Eintritt (formlos, unverbindlich) in das gf-Redaktionskollektiv (Mo und Do, 20 Uhr), Dralle Fabrik, Nernstweg 32, Hamburg 50, Tel. 390 28 75.
Postscheckkonto Hamburg (M. Jacob), Nr. 4329 77-208

Pro / Contra Veranstaltungstermine

Es gibt ablenkungsbedürftige Scene-Menschen, die den Wert einer Zeitung nach der Vollständigkeit des Veranstaltungskalenders beurteilen.

Dann gibt es die Leute, die die gf lesen, sich aber auch das Oxmox/die Szene kaufen, um zu wissen, was im Kino läuft, welche Konzerte laufen usw.

Andere sammeln die Programmzettel von diversen Kinos und Musikkneipen der Vergnügungsindustrie.

! Alle oben genannten unbedingt ! weiterlesen

Bei der gf ist es nun ab und an so, daß ein Mensch (Redaktör) die ganzen Programmzettel vor dem Erscheinen der Zeitung durchforstet und daraus eine Liste macht von den seiner Meinung nach interessantesten Filmen / Konzerten / Veranstaltungen, von denen auch die Leser erfahren sollen. Das ist schon erstmal eine ganze Menge Arbeit. Dann kommt seine Terminliste zum Composern. Nun tritt folgendes ein:

A Entweder fängt Ulla an zu composern, hat aber zuviel zu tun, so daß die Liste als letzte kommt (da so nervig, Ulla) und zusammengestrichen wird; vielleicht findet auch Ulla (Composerin) einige Termine/Filme so beschissen, daß sie sie streicht (hoffentlich kommt das durch die Endzensur) (es kommt, Ulla). oder

B die Liste wird vollständig composert, dann fliegt manchmal die Hälfte beim Zusammenkleben der Artikel wieder raus aus Platzmangel.

Was in der Zeitung dann erscheint, nützt als Leitfaden der Ablenkung vom harten politischen Alltagskampf meistens sehr wenig.

Soll das nun so bleiben, oder wie, oder was??

Auf einer unserer jüngsten (wie immer stürmischen) Redaktionssitzung wurden zwei Änderungsvorschläge gemacht:

1. Der Mensch mit der Terminliste stellt nur die Termine zusammen, die nicht durch Programmzettel / Zeitungen abgedeckt sind, also Veranstaltungen von BIs, Initiativen, Grüppchen, Individuen, von denen die gf erfährt. Also eine Ergänzung zu den Programmzetteln/Zeitungen und weniger Arbeit für die Zeitungsmacher.

ODER

2. Ein Mensch wird für jede Nr. der gf abgestellt, die Terminzettel der Kinos und Musikkneipen zu besorgen, und es erscheint ein ähnlich vollständiger Veranstaltungskalender wie in Oxmox/Szene.
Vorteil für die Leser, sie brauchen keine Oxomox/Szene mehr, der Gebrauchswert der gf steigt. Vielleicht auch die Auflage?
Nachteil für die gf-Menschen ziemlich viel Arbeit, außerdem Platzmangel für wichtige Artikel (was ja wohl auch ein Nachteil für die Leser ist, Ulla).
Nachteil für die Leser, es entgeht ihnen der redaktionelle Teil der OX/ene.

Wir wissen also nicht so genau, wie wir's machen sollen (wie es in dieser Nr. ist, weiß ich im Moment des Schreibens auch noch nicht) (ich auch nicht, da ich diesen Kalender wie immer bis zuletzt aufgeschoben habe, Ulla). Zu wenig Leute, die die Zeitung machen, sind wir eh schon.

Also schreibt mal, ihr Leser, was ihr dazu meint, oder kommt vorbei, übernehmt den Terminredaktionsposten oder spendet auf das Postsch. . . ach so, das ist ja die andere Hausmitteilung. Naja, ihr wißt schon!
Außerdem: sagt es doch einfach weiter, was ihr meint, wir werden es schon mitkriegen.

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR INNERES
POLIZEI
Fachdirektion 7
Dienststelle

Den -5.8.80-

Fernsprecher 2831 App. 8840

Az. FD 724/6465/80

Herrn
Jürgen L i e f m a n n
Bleicherstraße 2 II.

2000 Hamburg 50

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen den Verantwortlichen i.S.d. Pressegesetzes für das period. Druckwerk "große freiheit" Nr. 31 – 34

Druckwerk Ausgabe-Nr.	Verd. d. gem. §	Verstoßes	Artikel Seite .. Text
31	90a	Seite 3	"Knackt die Trakts"
		Seite 8	"Ein Brief und seine Folgen"
32	111	Seite 2	"Fahrpreiserhöhung beim HVV"
	90a	Seite 6	"Wer Ard sagt, muß auch .."
33	111	Seite 3	bildliche Darstellung (Wehrpaßverbrennung)
	140	Seite 12	"Ruhe im Land"
34	111, 140	Seite 12	"Nicht nur das Sein, .."
	111	Seite 17	"Jagdszenen aus der U-Bahn"

Hochachtungsvoll

Die grosse freiheit ist wieder mal fertig composert – bis zur nächsten Nummer hab ich Zeit für andere Sachen: Kleinkrams, Broschüren, Zeitungen, Bücher . . . ruft mal an oder kommt vorbei:
Ulla Penselin, Bellealliancestr. 56a, 2000 Hamburg 19, Tel. 439 68 97

Ich fahre nicht in Ferien – jedenfalls nicht so bald und so richtig

Leserbrief !

Also, ich bin gegen einen ausführlichsten Terminkalender. Das würde bestimmt 2 Seiten wegnehmen, wo die Zeitung eh schon immer so voll gepfropft ist, müßte mehr rausfliegen. Vorstellen könnte ich mir das nur (als Leser – beim Composern begeistert mich die Idee sowieso nicht), wenn dieser Terminteil eine Auflagensteigerung bringen würde, so daß man entsprechend mehr Seiten machen kann.
Ich hab ja auch früher öfters mal die Termine gemacht – nicht Fisch nicht Fleisch waren die Zusammenstellungen immer. Vielleicht sollte man wirklich ganz radikal – ohne ein paar Filmchen noch dazwischen, nur damit's nach mehr aussieht – nur Termine abdrucken, die von den Programmzeitungen nicht abgedeckt werden – also 'unsere'. Voraussetzung natürlich: ihr müßt die Ohren offen halten, alles geplante sofort den Zeitungsleuten mitteilen. Damit's aktueller wird, könnte man ja auch noch vereinbaren, daß während der Woche, in der composert wird, Leute bei mir anrufen und Termine durchgeben.

Ulla P.

In dieser Nummer der gf findet ihr eine Beilage der Zeitung 'Im Namen des Volkes' von vier Seiten, die jetzt nicht mehr als eigene Zeitung erscheint. Die 'Macher' dieser Zeitung werden mehr oder weniger regelmäßig in der gf eigene Seiten gestalten. Vier Seiten Umfang soll allerdings eine Ausnahme sein.

Die Redaktionen

kurzes

Liebe Spontis, liebe Organisierte und liebe Sportsfreunde, liebe Freaks!

Helft doch mit, das Russel-Tribunal zu ermöglichen, bitte, bitte! 500.000 DM fehlen nämlich noch.

Es geht bei diesem Tribunal darum, Menschenrechtsverletzungen gegen die Ureinwohner der USA und Lateinamerikas festzustellen, zu verurteilen und bekannt zu machen: z.B. werden staatliche Verträge mit den jeweiligen Stämmen mißachtet und ihnen brutal ihr Land unterm Hintern weggenommen, nur weil sie keine Kapitalseigner sind, es gemeinschaftlich nutzen. Sie, als unmündige Kinder geachtet, müssen dann meist in öde, unfruchtbare Gebiete ziehen, wo nichts wächst und von wo sie gezwungen sind wegzugehen und sich als billige Arbeitskräfte zu verdingen. Die meisten, so mit der Zivilisation kontaktierten, werden alkoholabhängig und veröden, wie ihr ausgebeutetes Land auch. Uran wird auf ihrem Gebiet gefördert, und sie sehen von alledem keine Münze. Frauen werden gegen ihren Willen sterilisiert, beim Entbinden.

Straßenbau und andere Unternehmungen werden skrupellos von der Regierung gefördert, ohne Rücksicht auf die sogenannten "Primitiven", die noch ihre Mutter Erde und jedes Leben lieben, d.h. sich selber auch. Im Gegensatz zu den oft Tot-Zivilisierten.

Durch den Straßenkontakt mit der modernen Kultur geht die eigene an den neuen Seuchen und Krankheiten zugrunde, gegen die der Indianer keine Abwehrstoffe entwickeln kann (Grippe, Masern, Scharlach usw.).

Selbstverständlich hält es die Regierung nicht für nötig, den "Wilden" eine angebrachte Gesundheitsversorgung zu stellen . .

Die Öffentlichkeit wird leider nur einseitig und sehr oberflächlich mit den absoluten Reißern konfrontiert, wobei der ständige politische Kampf der Eingeborenen um ihre Rechte (Jagd-, Religions-, Land-, Versamlungs- . . . Rechte) völlig außer Acht gelassen wird.

Anhand einiger beispielhafter Fälle soll mit dem Tribunal die ständige völkermordartige Lage, unter der die Indianer (nicht nur die) leiden, veranschaulicht werden. Auch Parallelen zu anderen unterdrückten Minderheiten rassischer, religiöser oder kultureller Art werden aufgezeigt.

Um etwas vorwegzunehmen – ich Klugscheißer: Bei allen Minderheitenproblemen geht es darum, daß die Menschenwürde denen aberkannt wird, die sich "unproduktiv" dem kapitalistischen oder staatskapitalistischen Profitinteressen entgegenstellen.

Also ich sag mir ja immer: Wenn die Massen denken würden, würden sie die Roma ("Zigeuner") nicht mehr "Zieh-Gauner" schimpfen.

Falls ihr euch selbst oder in eurer Gruppe näher mit der Realität von Minderheiten auseinandersetzen wollt, könnt ich ja mal in die Rappstraße 2 (am Grindel) kommen. Dort ist nämlich der Info-Laden der "Gesellschaft für bedrohte Völker", die von sich behauptet (ich auch), daß sie Minderheiten wirksam hilft.

Dieser politische Verein (nicht parteigebunden) betreibt in der Bundesrepublik zur Zeit Öffentlichkeitsarbeit für das Russeltribunal. Wenn ihr also im besonderen zu diesem Ereignis (das übrigens im November in Rotterdam stattfindet) oder zu Eritrea-, Indianer- (Nord-, Süd-Amerikas)-, Roma-, Kurden-, Aborigines-(australische Ureinwohner)-Fragen.... Inforamtionsmaterial zum Selbstkostenpreis erhalten wollt, guckt doch da am besten mal rein.

Wir haben täglich von 13-18.00 (oder manchmal noch länger) geöffnet und feiern jeden Neuförderer oder Mitarbeiter. Die Indianer freuen sich übrigens über jede Solidarität. Wenn ihr zusammenlegt, wird's schnell ein 20er.

Vielleicht habt ihr ja eine Lust mitzumachen. Euer Name wird auch in so mancher großen Zeitung abgedruckt: "der Heini Fischer hat das Russel-Tribunal unterstützt" oder so. Ihr seht ja dann selbst.

Und wenn ihr den weiten Weg nach der Grindelallee scheut, könnt ihr ja auch mich (Knut: 57 46 60) oder Norbert (390 06 40) oder Simone (550 62 07) fragen. wir machen da nämlich alle drei, unter anderen, mit.

Tschüß

P.S. Eine Spendenbescheinigung könnt ihr von mir haben, ansonsten könnt ihr auch aufs "Russel-Unterstützungskonto" spenden: Sonderkonto 7400, Postscheckamt Hamburg, Stichwort "Indianertribunal".

Künstler sehen Strauß & Co

Noch ist die Wahl am 5. Oktober nicht "gelaufen", noch bleibt einiges an Aufklärung über den "starken Mann" und seinen Hintergrund zu tun. Der Verlag und Vertrieb Rotation in Berlin möchte seinen Teil dazu beitragen und hat eine Plakatausstellung organisiert, die zum Aushängen an den verschiedensten Plätzen geeignet ist: In Kneipen, Jugendtreffs, Kinos, auf der Straße, bei Veranstaltungen.

Die Auswahl der 25 Plakate (u.a. von Friedel Deventer, Heinz Diesel, Jürgen Holtfreter, Hans Husel, Rainer Müller, Dieter Rausch, Christian Schaffernicht, Dieter Süverkrüp, Ernst Volland, Wolfgang Wolf) beschränkt sich nicht nur auf die Person des Kanzlerkandidaten, sondern bezieht die Themen Rechtstendenzen und das be'BILD'derte Gewaltblatt mit ein.

Die Ausstellung steht ab sofort bereit. Sie kostet 90 DM, geht in den Besitz des Veranstalters über und kann weitgehend durch den Verkauf finanziert werden. Dafür stehen außerdem Postkarten und Aufkleber zur Verfügung. Für jeweils 20 DM hat Rotation 50 verschiedene Karten (auch zum Verschicken brauchbar) und 25 Aufkleber (auch für Klebeaktionen) zusammengestellt. Für alle drei Teile in einem Paket werden 125 DM berechnet. (Alles inklusive Porto und Verpackung). Der Betrag ist der Bestellung beizulegen oder aufs Postscheckkonto Berlin-West 395560-106 zu überweisen.
Adresse: Rotation, Pfalzburger Str. 72, 1 Berlin 15, Tel. 030/8615891

Aufruf: Gegen Gewalt gegen Kinder!!

Die Aktion Kinderschutz hat einen offenen Brief an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit geschrieben, der die Forderungen

Für gewaltfreien Umgang zwischen Menschen
Gegen staatlich legitimierte Kindesmißhandlung

enthält sowie Informationen über die Aktion Kinderschutz vermittelt.

Das Heft ist über untenstehende Kontaktstelle für 100 Pfennig zu beziehen.

Aufruf: Gegen Gewalt gegen Kinder!

Bitte unterstützt alle unsere Aktionen, unser Ziel lautet, wie in der schwedischen Gesetzesformulierung bereits geschrieben:

Gewalt gegen Kinder ist verboten!

Gewalt gegen Kinder – sei sie körperlicher oder seelischer Art, werde sie vollzogen oder angedroht, geschehe sie mutwillig oder gedankenlos, in Wut oder Haß – Gewalt gegen Kinder ist durch NICHTS zu rechtfertigen.

Sie ist zwar, wir wissen das auch, häufig ein Zeichen von Hilflosigkeit, aber diese Hilflosigkeit hat ihrerseits Gründe, die man verstehen, nicht aber rechtfertigen kann. Schon gar nicht darf sie fahrlässig oder gar absichtlich erzeugt werden.

Bitte gebt eure Unterschrift zur Unterstützung unserer Aktion (Adresse unten) und kauft Aufkleber und das Heft mit dem offenen Brief.
Bestellungen und Unterschriften bitte an:
Aktion Kinder-Schutz
Walramstraße 8, 6200 Wiesbaden
Telefon 06121 / 40 53 00

Übrigens: Bei einer erst vor kurzem gemachten Umfrage sprachen sich immer noch 80% der Bevölkerung für die Prügelstrafe aus.

Zum autonomen Camping auf Kirchtürmen unserer Stadt.

Nachdem in Bremen am 6.5. reichlich gezündelt und geschmissen wurde, konnten scheinbar einige Genossen nicht abwarten, bis sich hier auch mal so'n spontaner Krawall entwickelt. – Wenn's in Bremen kracht, dann hier auch? – Als das nicht klappt, schwupps rauf auf'n Kirchturm, damit kennen wir uns ja aus.

Sicherlich ist es wichtig für jeden von uns zu sehen, daß man sich über Gesetze / Verbote und dergleichen hinwegsetzen kann (es hebt auch das Selbstbewußtsein), aber es ist doch wohl abenteuerlich und unverantwortlich, so'n Ding wie in Bremen zwingen zu wollen. Es war von Anfang an klar, daß der Staat sich so eine Schlappe kein zweites Mal leisten wollte. So viel Demo-Erfahrung werdet ihr ja wohl haben, liebe Genossen Kirchturmbesetzer. In dieser Situation zu einer Demo am Todestag von Ulrike aufzurufen und sich zu wundern, wie wenig Menschen bereit sind mitzuziehen, ist doch wohl reichlich idiotisch. Erinnert ihr euch noch an den 18.10.78? Es wurde zu einer Demo aufgerufen, bei der von vornherein klar war, daß sie auf Beulerei rausläuft. Im Demoaufruf hieß es damals großzügig, daß die, die Angst hätten, doch ruhig zu Hause bleiben sollten – aber die, die ausreichend sensibel seien für das, was in diesem Land passiert, sollten kommen.

Was passierte? Es kamen 'ne Menge Leute (überwiegend Uniformierte – sprich Bullen) und es gab 'ne fröhliche Hatz durch's Karolinenviertel auf uns – mit Halali, Gummiknüppel und allem, was dazu gehört. Weggegriffen wurden, außer den "Altbekannten", Neulinge (sprich: Jugendliche), die 'ne Menge Haß haben, aber noch nicht

begreifen (weil kurz in der Scene), daß sie das Kanonenfutter für das anschließende "Pfui, wie brutal" und "Ach und Weh"-Geschrei darstellen sollten.

Warum greift ihr in eurer Erklärung (gf Nr. 34 / Juni 80) den Genossen von der GALA so an: ". . . Wie kommt dieser Typ dazu, seine eignen Ängste zu einer allgemeinen politischen Einschätzung hochzufriesieren und damit dann Genossen gängeln zu wollen, die mit ihren Ängsten erst mal woanders hin wollen, als sie zu Hause zu pflegen?..."

Ich finde das anmaßend und arrogant. Ich bin schon seit etlichen Jahren "dabei" und habe gelernt, daß man, will man etwas erreichen (z.B. Einigkeit), miteinander sprechen sollte. Vor allem aber sollte man Menschen und ihre Meinungen respektieren und nicht in schulmeisterlichem Ton abkanzeln.

Woher nehmt ihr eigentlich die Vermessenheit, eure Einschätzung als heilige Wahrheit, die Einschätzung besonnenerer Genossen als "zur politischen Einschätzung hochfrisierte Angst" hinzustellen?

Seit ihr die neue Avantgarde, die alles weiß und der die dummen Massen folgen sollten?? Seid ihr bereit, die Verantwortung für organisierte Niederlagen zu tragen oder meint ihr, daß die Menschen, damit sie klar sehen, was läuft, erst mal Gummiknüppel und chemische Keule schmecken sollten?

Sollte es nur darum gegangen sein, ein wenig "Leben in die Bude" zu bringen – die Punks haben es uns am 2. Juni im Schanzenviertel gezeigt: Sperrmüllbarrikaden spontan bauen, anzünden. Es sind ca. 20 Leute dabei abgegriffen worden.

Horst

Presseerklärung Hannover-Wülfingen 24.7.80

Heute gegen 6 Uhr früh haben ca. 70 AKW-Gegner aus Hannover, Hameln und Detmold die Verkabelungsarbeiten an der dem AKW Grohnde zugehörigen Stromtrasse in der Nähe von Wülfingen behindert. Die Bauarbeiten mußten für etwa 1 Stunde unterbrochen werden, da wir die Leitungen vor dem Aufziehen am Mast besetzt hielten. Während der Besetzung wurden mehrere Leitungen unbrauchbar gemacht.

Mit dieser Aktion wollten wir ausdrücken, daß wir nicht auf einen Dialog mit der Bundes- oder Landesregierung hoffen, sondern daß wir selbst auch mit direkten Aktionen die Durchsetzung des Atomprogramms behindern wollen. Dazu gehören für uns auch öffentliche und nicht-öffentliche Sabotageaktionen.

OTTO HAT'N BUCH GE-

...BLÖDELT,
GEDICHTET,
GEMALT,
GEZOGEN,
GELESEN,
GEWALTIGT,VER-
GEKLAUT,
GESEGNET,
GORRIGIERT,
GERAMMT,
GEMÄNÄTSCHT,
GESPONNEN,
GETRÄUMT,
GEKNIPST,
GETRIXT,
GETRUCKT,
GELUMBECKT

Das Buch OTTO:
nicht das Buch zur Platte, auch nicht das Buch zur Tournee, sondern: ein Buch voller Gags, Fotos, Strips, Cartoons, Parodien, voller verblasener Geschichten und verwegener Verse... Otto als Oberförster Pudlich, Robin Hood, Kommissar Kringel, als Harry Hirsch, als Sonn- und Alltagsprediger (und in weiteren 101 Hauptrollen). *208 Seiten prallvoll mit Bildern und Texten für nur 28 Mark.*

Hoffmann und Campe

FAHRRÄDER IN DIE U-BAHN

Presseerklärung
Fahrräder in U- und S-Bahn – HVV-Experten sind befangen

Am 7. Juli 1980 fand die 3. Sitzung des Behördenausschusses Radverkehr (BAR) statt, dessen ständige Mitglieder sind: Vertreter der Innenbehörde, der Baubehörde und der Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung sowie Interessenvertreter der Radler: Fahrradinitiative Grüne Radler Hamburg und Hamburger Sportjugend.

Speziell zum Thema Fahrrad im HVV waren Vertreter des HVV sowie der zuständigen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft eingeladen.

Die Grünen Radler Hamburg trugen die Forderungen der Radler an die öffentlichen Verkehrsmittel vor:

1. Verstärkter Ausbau der Abstellmöglichkeiten für fahrradfahrende HVV-Kunden: nach HVV-Zählungen ca. 8.000 pro Tag. Abstellmöglichkeiten sollen an Bahnhöfen überdacht und so beschaffen sein, daß die Räder anschließbar sind. Besonders an den Bahnhöfen und Haltestellen der Kernstadt fehlen solche Abstellmöglichkeiten. Die Grünen Radler und das Bezirksamt Nord haben einen Musterfahrradständer entwickelt, der an den U-Bahnhöfen Saarlandstraße und Kellinghusenstr. bereits montiert ist.

2. Für HVV-Kunden, die mit einem Zweitrad am Zielbahnhof weiterfahren möchten, sind ebenfalls Haltestellen in der inneren Stadt mit Abstellmöglichkeiten auszustatten, da hier die Räder auch nachts abgestellt werden. Eine Kombination mit privaten Pächtern (Tankstellen, Kioske, Gaststätten bzw. Fahrradfachhändlern u.ä.) ist anzustreben, um eine wirtschaftlich tragbare Lösung zu erzielen.

3. Fahrradverleih.
Die Fahrradinitiative Grüne Radler begrüßt die Fahrradverleihmöglichkeiten des HVV und fordert die Ausweitung auf die innterstädtischen Bahnhöfe (wie in Holland). Insbesondere die der Fernbahnhöfe der DB. Die Fahrradinitiative betont jedoch ausdrücklich, daß der Verleih in keiner Weise geeignet ist, die Mitnahme von Fahrrädern in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu ersetzen. Die desbezüglichen Veröffentlichungen des HVV auch in überregionalen Zeitschriften stellen eine bewußte Falschinformation der Öffentlichkeit dar und beruhen auf dilettantischen und nicht repräsentativen Umfragen.

Der Verleih kann kein Ersatz für die Mitnahme von Rädern sein, weil:
– 125 Leihräder den Bedarf einer Millionenstadt niemals abdecken können.
– Wer ein eigenes, auf ihn zugelassenes Fahrrad als Verkehrsmittel angewiesen sind.
– bereits fast 8.000 Unterschriften für die Mitnahme von Fahrrädern im HVV vorliegen und einen deutlichen Bedarf zeigen, der im übrigen auch in anderen Städten (London und Berlin) deutlich sichtbar geworden ist.

Die Fahrradinitiative Grüne Radler fordert: kostenlose und uneingeschränkte Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern in den Verkehrsmitteln des HVV. Diese Forderung wird im übrigen von einer Reihe von Bezirksparlamenten und Fraktionen unterstützt: Die Mitnahmemöglichkeit soll folgendes bewirken:
1. Eine größere Mobilität der Arbeitnehmer in der Hamburger Region, auch ohne das Auto mit seinen negativen Begleiterscheinungen,
2. eine bessere Zugänglichkeit von Einkaufs- und Unterhaltungs- und Bildungsstätten in der Hamburger Region, auch ohne das Auto,
3. eine bessere Erreichbarkeit der Freizeit- und Naherholungsgebiete in der Region, vor allem für die halbe Million Bewohner der Kerngebiete in Hamburg.

Die Fahrradinitiative Grüne Radler weist deshalb die Gründe, die der HVV gegen eine Mitnahme vorbringt (wirtschaftliche, rechtliche und finanzielle), als überwindbare (auch Schein-)Gründe zurück, zumal alle Maßnahmen für eine Mitnahme von Fahrrädern sogleich Maßnahmen zur Förderung der Behinderten und der Mütter und Väter mit Kinderwagen sind und fordert deshalb:
1. zusätzliche, unabhängige Gutachten über die notwendigen, technischen und organisatorischen Maßnahmen und ihre Kosten zur Mitnahme von Fahrrädern im HVV.
Da der HVV sich bereits vor eigenen Untersuchungen mit den übrigen Verkehrsverbünden der Bundesrepublik und den Mitgliedern des Verbandes öffentlicher Verkehrsunternehmen gegen eine Mitnahme von Fahrrädern in öffentlichen Verkehrsmitteln abgesprochen hat, ist er deshalb in seiner Meinung voreingenommen und befangen.
2. Eine genaue Information, wie die vom HVV vorgebrachten Probleme im diesjährigen Großversuch in der U-Bahn Berlin und (seit Jahrzehnten) in der dortigen S-Bahn gelöst sind.
3. Ein Lokaltermin der Interessenvertreter der Radler mit dem HVV auf einem Betriebshof von U- und S-Bahnen, um konkret technische Lösungen und Probleme zu erörtern.
4. Einen weitgehenden Musterentwurfsauftrag für ein funktionstüchtiges und preiswertes Fahrradabteil für U- und S-Bahnen an die HVV-eigenen Falkenried-Werkstätten und ihr weltbekanntes Ingenieurteam.
5. Einen baldigen Versuch im Bereich der S-Bahnen, wo die Mitnahmemöglichkeit vor Eintritt der DB in den HVV in speziellen Abteilen gestattet war, die heute noch in den blauen Wagen vorhanden sind.

Eine vertiefte Untersuchung des HVV, die bereits seit einiger Zeit zu diesem Thema vorliegt, ist weder den Behördenvertretern (Wirtschaftsbehörde, Baubehörde, Innenbehörde), noch BBNU zugänglich gemacht worden. Dies bestärkt den Eindruck, daß stichhaltige Gegenargumente vor den Entscheidungen im Rat des HVV im Spätsommer in der Öffentlichkeit unerwünscht sind und die genauen Ergebnisse der Berliner Versuche ebenfalls nicht öffentlich bekannt sein sollen.

Fahrradinitiative Grüne Radler HH
i.A. Ilona Engel
Roonstraße 36
2000 Hamburg 20

Notruf für Frauen – Notruf für Frauen – Notruf für Frauen – N

Wir sind 10 Frauen aus der autonomen Frauenbewegung, die sich die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Arbeitsgrundlage gemacht haben.

Als notwendig erschien es uns erstmal, einen Notruf für vergewaltigte Frauen einzurichten. Dieses Telefon ist nun jeden Donnerstag von 16.00 bis 23.00 Uhr personell besetzt, die anderen Tage ist es an einen telefonischen Anrufbeantworter angeschlossen.

Bei uns können sich vergewaltigte Frauen melden, und wir helfen bei einer Anzeige, beim Durchstehen eines Prozesses, durch Gespräche und durch andere Widerstandsformen, damit Frauen dieses Verbrechen besser verarbeiten können.

Ein anderes Ziel der Notrufgruppe besteht in konkreter Öffentlichkeitsarbeit (Artikel in Frauenzeitungen, Tageszeitungen, Flugblättern, Veranstaltungen etc.), um auf Gewalt gegen Frauen hinzuweisen und die Straftat 'Vergewaltigung' als Herrschaftsmittel bewußt zu machen, als gesellschaftliches Instrument, das uns Frauen demütigt, einschüchtert, quält und unterdrückt. Wir sind für jede Unterstützung, auch finanzielle, dankbar.

Falls Ihr noch mehr von und über uns erfahren wollt, ruft bitte donnerstags in der o.g. Zeit bei uns an.

Notrufgruppe Hamburg

KNAST INFO

Wer seine Lage erkannt hat – wie soll der aufzuhalten sein?? Aus Frankfurt gibt's ein Diskussions- und Informationsheft zum Knast mit dem Namen FÜR DRINNEN UND DRAUSSEN

Die Leute, die das Heft herausbringen, haben sich zusammengetan, um ein antireformistisches Informations- und Diskussionsforum zusammenzustellen, für alle drinnen und draußen, die gegen die Isolation, die Knäste, die Psychiatrien und Heime überhaupt kämpfen.

Mit antireformistisch meinen wir, daß wir jede Resozialisierung innerhalb dieses Staates grundsätzlich ablehnen als erneuten Versuch, die Menschen wieder in ein menschenfeindliches System einzugliedern. Antireformistisch heißt so auch, die Gesamtheit der sozialdemokratischen Vereinzelungsmaßnahmen, die immer auf die Zerschlagung von Kommunikationszusammenhängen zielen, abzulehnen und zu bekämpfen. Diesem teile und herrsche, was drinnen vom Freigängerhaus bis zum Hochsicherheitstrakt geht, setzen wir unsere Forderung und unseren Kampf nach Selbstbestimmter und freier Selbstorganisation entgegen.

Nachrichten werden wir nur dann bringen, wenn sie eine Funktion für den Widerstand haben können. Wir wollen auf keinen Fall, daß Elend und Leid, Widerstand und Kampf zu einer konsumierbaren "Ware Nachricht" verkommen, wie das etwa in der TAZ der Fall ist.

Menschenrecht gegen Menschenvernichtung!
Widerstand im Hinterland!
Drinnen und draußen – ein Kampf!

Gegen Freiumschlag und 1 Mark in Briefmarken oder mehr erhältlich bei "Land in Sicht" Mercador/Ecke Rotteckestraße, 6 Frankfurt 1, einige Exemplare gibt's auch im Schwarzmarkt, Bundesstraße, HH.

KRANK IM KNAST

Die Todesstrafe durch die Hintertür

Mit Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes, eines der vielen Gesetze der herrschenden Klasse, haben Inhaftierte einen Rechtsanspruch auf Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten, auf facharztliche Untersuchungen bei Leiden und auf Krankenpflege in dem Umfang der geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und die auf Grund dieser Vorschriften getroffenen Regelungen entsprechend dem §56ff StVollZG.

die Vollzugsärzte, insbesondere der med. Dir. Dr. Friedland, Dr. Görlach und Dr. Zippel unterlaufen bezeichnenderweise permanent auf Weisung des Strafvollzugsamtes und somit der Hamburger Justizmaschinerie von ihrem Schreibtisch dieses Gesetz, und setzen die inhaftierten Patienten in der Regel – von wenigen selektiven Fällen abgesehen, wie z.B. dem NS-Mörder Dr. Hahn und W. Rosenbaum – der schleichenden, lautlosen Vernichtung aus, indem sie fachärztliche Diagnosen verheimlichen, die therapeutische Behandlung von Leiden verhindern und die Krankenbehandlung so lange hinauszögern, bis eine Rettung in öffentlichen Krankenhäusern aussichtslos ist.

Die Weisung aus dem Strafvollzugsamt und von Dr. Görlach (Knastlazarett), Patienten nur in äußersten Ausnahmefällen von Fachärzten in allgemeinen Krankenhäusern untersuchen zu lassen, und die äußerst katastrophale ärztliche Nicht-Versorgung in den Fuhlsbüttler Knästen ist in ihrer Tradition eindeutig und hat bereits viele Todesfälle gefordert.

Kostenträchtige, unproduktive Menschen, was Kranke nun einmal sind und besonders inhaftierte Kranke, entsprechen nicht den leistungsorientierten gesellschaftlichen Normen und sind auszugrenzen. Diese Vernichtungsstrategie erfährt hier nach dem bekannten Motto: 'Wir kennen keine Kranken mehr – nur noch Tote und Lebende', eine neue Blüte.

Zum Beispiel:

– Lothar Brauer wird auf der Isolierstation in der 'Glocke' gestorben. Der schwer herzkranke L. Brauer, mit einem Herzschrittmacher versehen, wird am Abend des 16.1.80 in die 'Beruhigungszelle' verschleppt, obwohl die Büttel von Mitgefangenen über seine schlechte gesundheitliche Verfassung informiert wurden, und er selber noch kurz vorher Beruhigungstabletten einnahm. Erst nachdem er über einige Stunden per Monitor dort beobachtet wurde, und man feststellte, daß er sich nicht mehr rührte, wird ein Unfallwagen herbeigerufen, deren Besatzung nur noch seinen Tod feststellen kann.

– Am 23. Mai 1980 verläßt wie immer der Knastarzt Dr. Zippel um 9 Uhr diesen Knast, um in seiner Privatpraxis sein wesentlich besser bezahltes (Un-)Wesen zu treiben. Kurz darauf brach der Mitgefangene Jürgen Allers bewußtlos in der Spülküche zusammen. Nach ca. 10 Min. erscheint ein Sanitäter, um sich wieder zu entfernen und mit einem Kol legen und einem Sauerstoffgerät zurück zu kommen. Die beiden Totengräber waren nicht in der Lage, das Sauerstoffgerät in Betrieb zu setzen. Erst nach etwa 25 Min., nachdem der Patient tot war, erscheint ein herbeigerufener Notarzt, der es nicht begreifen kann, daß bei fast 1000 Inhaftieren kurzfristig kein Arzt zur Verfügung steht. Nach seiner Meinung hätte J. Allers bei einer rechtzeitigen Hilfe gerettet werden können.

Ganz offensichtlich strebt die Hamburger Justizmaschinerie mit ihren Vollzugsärzten ähnliche Verhältnisse in Hamburger Knästen an, wie im Horro-reich Bayern, wo es in den Jahren 1976-1978 in den Knästen 85 Todesfälle gegeben haben soll, darunter 52 'Selbst'-Morde.

Insbesondere Inhaftierte, die schon einmal im Knastlazarett Holstenglazic lagen – wie auch ich – fürchten um ihr Leben, wenn sie dort medizinisch behandelt oder nachbehandelt werden sollen. Manche bekundeten schriftlich, daß sie lieber in ihrer Zelle sterben wollten, als im Knastlazarett (s. Drucksache 9/1999, Bericht des Eingabenausschusses Hamburg).

Einige Namen von Mitgefangenen mögen das verdeutlichen, die in den letzten Jahren entweder im Knastlazarett oder in ihrer Zelle verstarben:

Marc LAOUBI, Carl CURTH, Henry BURMEISTER, Petras DOMINAS, Heinz VARCHIM, Heinz LADEWIG, Werner GRIMKOWSKI, Rolf GRUBE, Norbert PEST, Heiner PUHL, Heinrich RÖHLING.

Obwohl von mir wiederholt auf die brüchtigten Praktiken im Bereich der ärztlichen Versorgung hingewiesen wurde – zuletzt in meinem Schreiben an die Hamburger Ärztekammer vom 21.1.80 (s. 'Informationsdienst' Nr. 321), hat sich nichts wesentliches geändert. Eher im Gegenteil.

Seit der Versetzung von Frau Hommelhoff in das Gefängnislazarett Hamburg Holstenglacis hat sie hier in Fuhlsbüttel II unter der Leitung des Arztes Dr. Zippel die medizinische Versorgung katastrophal verschlechtert. Er mißachtet oder streicht willkürlich die von Fachärzten empfohlenen Medikamente, ohne die Patienten zu untersuchen, und lehnt jede weitere fachärztliche Untersuchung ab, um seine Willkür und die der Justizmaschinerie zu verschleiern.

Ohne jeden moralischen oder ethischen Skrupel ist dieser Arzt, was sein Nicht-Behandeln von Krankheiten und Beschwerden eindeutig beweist. So verweigert er zum Beispiel die mir von Fachärzten verordneten Medikamente und Therapien für meine defekte Wirbelsäule, Niere und Leber. Die Begründungen sind so widersinnig, wie bezeichnend für die menschenverachtende Arroganz des Arztes. Mal fehlen angeblich die entsprechenden Unterlagen in der Krankenakte, mal tischt er fingierte Untersuchungsergebnisse auf oder meint ausfällig und aggressiv: machen Sie, daß Sie rauskommen! Sie sind nicht krank! Verschwinden Sie!

Manfred Klein
Hans-Joachim Gruschka

BUCH HANDLUNG WELT

Marktstraße 12
2 HH 6 (Karolinenviertel)
43 78 48
Mo.-Fr. 12 - 19 H
Sa. 11 bis 2

Fachbuchhandlung für Minipressen, Selbstverlage, Autorendrucke. Über 50 Lit.Zeitschriften, Aktuelles zur Ökologie, Spiribücher, Kunst, Amerikanischer Underground (über 250 Titel, engl. und deutsch)

STOPPT SCHMIDT

Stoppt Schmidt !!!!! (auch)

Am 9. September kommt Helmut Schmidt zu einer Wahlkundgebung um 17 Uhr auf den Gerhard-Hauptmann-Platz.
Wir finden, daß wir ihm einen mindestens so großen Empfang bieten sollten, wie wir ihn Strauß alle wünschen!
Denn wenn wir uns mal so umsehen, was in den letzten Jahren gelaufen ist, so muß uns eigentlich klar werden, daß Strauß hier nicht so eine große Rolle spielt wie Schmidt:

Die SPD kam vo 11 Jahren zu einer Zeit an die Macht, als nach den weltweiten Jugendrebellionen u.a. gegen den Vietnam-Krieg das internationale Kapital sich dazu entschloß, offen reaktionäre Herrschaftsformen in den Metropolen durch reformistische zu ersetzen, um dem zunehmenden Widerstand den Wind aus den Segeln zu nehmen (mit Erfolg, wie sich gezeigt hat).

Nach der US-Niederlage in Vietnam mußten sich die USA vorerst als Weltpolizist zurückziehen und ihre aggressive Politik zurückstekken bzw. verschleyern. Jedoch hat sich in den letzten Jahren die Krise des Imperialismus verschärft durch den zunehmenden Befreiungskampf der '3. Welt', so daß die Imperialisten gezwungen waren, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß wieder verstärkt militärisch zu sichern. (Nato-Intervention 1977 in Zaire unter aktiver Beteiligung der BRD-Regierung Helmut Schmidts).

Durch die nationale Revolution im Iran ist den USA ihr größter Statthalter im Nahen und Mittleren Osten flöten gegangen, die sowjetische Invasion in Afghanistan versetzt die Yankees in Panik, worauf sie prompt dasselbe im Iran versuchen, allerdings ohne Erfolg.

Die Folge: Es wird gerüstet wie noch nie, die Nato bereitet sich auf den 3. Weltkrieg vor, Helmut Schmidt setzt andere europäische Länder und die eigene Partei unter Druck, damit sie die "Nach"rüstungsbeschlüsse der Nato unterstützen, überall wird die Bevölkerung durch groß angelegte militärische Spektakel wie z.B. Rekrutenvereidigungen oder die im Herst stattfindenden Manöver, seit dem 2. Weltkrieg die größten ihrer Art, an den Krieg gewöhnt.

Für diese Entwicklung, die im Innern die Ausschaltung jeglicher konsequenter Opposition notwendig macht, um die Ruhe im Hinterland zu sichern, was konkret bedeutet: Berufsverbote, Zensurparagraphen (90a, 129a), Ausbau des Komputerstaats, Folter und Mord in den Vernichtungstrakts, Bau von Wohnghettos (Trabentenstädte) zur besseren Kontrolle der Bevölkerung usw. – dafür ist die SPD mit Helmut Schmidt verantwortlich. Strauß würde natürlich eine ähnliche Politik verfolgen, wenn er an die Macht käme, aber hier gibt es kein kleineres Übel.

Die einzige Alternative, die wir haben, ist, unsere Sache in die eigenen Hände zu nehmen. In Bremen wurde ein Anfang gemacht, den Imperialisten zu zeigen, was wir von ihren Plänen halten. Die geplanten Herbstmanöver der Nato sind eine weitere Gelegenheit für uns, ihnen dazwischen zu pfuschen und klar zu machen, daß wir der Kriegstreiberei entschieden Widerstand entgegensetzen.

Weitere Schmidt-Termine:
28.9.: Ernst Merck Halle, 20.00
30.9.: Bergedorf, Fachoberschule 20.00
Treffen dazu: Donnerstag, 4.9. 19.00 Uhr in der Dralle Fabrik, Nernstweg 32, Altona, 5. Stock

Zum Thema SPD s. auch Artikel in der Beilage der Zeitung 'Im Namen des Volkes' in dieser Nr.

Weder Schmidt noch Strauß – Die Wahl fällt aus !
Krieg dem imperialistischen Krieg !
Stört die Herbstmanöver !

Krieg dem imperialistischen Krieg !

ARBEITSVERWEIGERUNG IM KNAST

Die Arbeit im Knast ist für jeden Gefangenen Pflicht. Sie ist überwiegend monoton und stupide – und sehr schlecht bezahlt (ca. 4-7 DM am Tag). In den meisten Knästen gibt es deshalb sehr viele Gefangene, die die Arbeit verweigern. Die meisten von ihnen betreiben eine heimliche Verweigerung, d.h. sie sagen nicht offen, daß sie grundsätzlich nicht bereit sind, sich der Arbeitspflicht zu beugen. Sie stellen sich z.B. so dämlich an, daß sie nach ein paar Tagen aus jedem Betrieb im Knast wieder rausfliegen. Nur ganz wenige Gefangene vertreten offen, daß sie grundsätzlich jede Arbeit im Knast ablehnen. So einer ist Hans-Joachim Gruschka in Fuhlsbüttel, Anstalt II. Warum Hans die Arbeit verweigert und wie es ihm dadurch ergeht, schildert er in dem folgenden Artikel.

. . . Am Beispiel (m)einer Arbeitsverweigerung.

Der Knast, als herausragendes Kopfende der sogenannten zivilisierten Kulturen, dient der Isolation der gesellschaftlichen Widersprüche. Hier werden die persönlichen, sozialen, wirtschaftliche, somit die politischen Widersprüche mit Reformen und offener und/oder verdeckter Gewalt unterdrückt, indem der gefangene Mensch deformiert, in seiner Persönlichkeit zerstört wird.

So wird der reibungslose, genormte gesellschaftliche Ablauf im Sinne einer Minderheit und ihrer Helfershelfer gesichert.

Ein wichtiges Hilfsmittel für diese Deformierung der Menschen in den Knästen ist die Zwangsarbeit, deren 'Erfolge' nicht nur in den KZs des 'Tausendjährigen Reiches' geschätzt wurden.

In den Knastbetrieben wird der Gefangene z.T. per Akkord und Fließbandarbeit zu Pfennigbeträgen überausgebeutet. Zudem erhofft man sich erzieherische Effekte: Fleiß, Pünktlichkeit, Gehorsam, konkurrierendes Leistungsdenken sind die wertvollen Eigenschaften nach der Entlassung des Inhaftierten für den Ausbeutungsprozeß draußen. Eine abgestufte Entlohnung, Vorarbeiterjobs, kleine, übersichtliche und dadurch leicht zu kontrollierende Betriebe ermöglichen die totale Überwachung. Die kleinsten Verfehlungen werden mit Zwangsaufenthalten auf der Iso-Station oder mit dem Entzug sogenannter Vergünstigungen bestraft.

Zu Beginn meiner Strafhaft im Mai 1978 entschied ich mich, bewußt die Zwangsarbeit im Knast zu verweigern. An welchem Punkt man/frau den Kampf gegen Unmenschlichkeit, Ausbeutung und politische Unterdrückung aufnimmt, wird von den Bedingungen bestimmt, unter denen er lebt. Die Totalisolation Knast erfordert daher meines Erachtens eine ebenso totale Form des Widerstandes. Darum sehe ich in der Arbeitsverweigerung einen wirksamen Weg für mich, mich dem Deformierungs- und Zerstörungsprozeß zu entziehen und meine Identität zu bewahren.

Individueller Widerstand, was meine Arbeitsverweigerung erstmal ist, ist leicht angreifbar: Diskriminierungen, Bestechungsversuche, Drohungen und Anwendung von Gewalt sind die Antworten der Knastleitung.

Zum Beispiel:

– Daß ich zur Einführung in den 'humanen' Hamburger Strafvollzug für vier Wochen unter Verschluß genommen werde. D.h. keine Gespräche mit Mitgefangenen, Einzelduschen, Einzelfreistunde. Gleichzeitig wird mir von dem Knastleiter Dr. Stark eine Verlegung in einen anderen Knast angedroht, wenn ich mich hier nicht 'ruhig' verhalte.

Nach einem fünftägigen Hungerstreik wird die Isolationsmaßnahme aufgehoben.

– Daß ich in unregelmäßigen Abständen mit einem ein- oder mehrwöchigen Zwangsaufenthalt auf der Isolier- und Disziplinarstation D 1 bestraft, oder wie derzeit für vier Wochen in meiner Zelle unter Verschluß genommen werde.

Die Begründung des Knastleiters Stark lautet in solchen Fällen, daß er an 'das Gesetz' gebunden ist.

– Daß mir am 8.10.79 der Knastleiter Stark droht, mich anläßlich eines mal wieder stattgefundenen Strafrapportes eventl. in den toten Trakt (Anstalt I, HH-Fu) verlegen zu lassen.

– Daß ich durch das Strafvollzugsamt Haftkostenrechnungen erhalte, weil ich 'meiner Arbeitspflicht' nicht nachkomme. Pro Hafttag wird mir der Betrag von 6,– DM in Rechnung gestellt.

– Daß ich gezwungen werde, mich bis zu den hier festgesetzten Aufschlußzeiten in meiner Zelle aufzuhalten. Und das sind rund 21 Stunden an Wochentagen.

– Daß mir der Zutritt zu Gruppenveranstaltungen verweigert wird. Das Landgericht Hamburg bringt dazu folgende Begründung:
". . . im behandlungsorientierten Vollzug steht die Freizeit im Zusammenhang mit der Arbeitszeit. Der Freizeitbereich ist dem Gefangenen gewissermaßen als 'Gegenprobe' und Anwendungsfeld für das in Arbeit, Ausbildung und Therapie Erlernte zu eigener Gestaltung überantwortet. Wer sich aber einer vollzuglichen Behandlung permanent und bewußt entzieht, wie es der Antragsteller tut, der kann auch keine gehobenen Ansprüche hinsichtlich der Gestaltung seiner Freizeit geltend machen. . ." (Aktz: (98) vollz. 33/79)

– Daß mir der Einkauf zur Zusatznahrung und sonstige Gebrauchsgegenstände verweigert wird, weil, wie der AbtL. Hummer meinte: "derjenige, der nicht arbeitet, auch keinen Anspruch auf Einkauf habe".

– Daß in bisher 70 Fällen um der 'Sicherheit und Ordnung' willen meine ein- und ausgehende Privatpost, Bücher, Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter angehalten oder beschlagnahmt wurden:

– Daß in zwei Fällen meine Privatpost zum Anlaß genommen wurde, gegen mich Strafanzeige wegen angeblich übler Nachrede, Verleumdung und Beleidigung zu erstatten. Der Grund: Ich hatte mal wieder auf die menschenverachtenden Praktiken und Mißhandlungen eines Mitgefangenen durch Vollzugsbüttel hier im 'humanen' Hamburger Strafvollzug hingewiesen.

FORTSETZUNG S.6

Liebe MADER-Leute

von dem "Gespräch" neulich abends in der Werkstatt 3 (3.8., d. Red.) waren wir zutiefst beeindruckt, haben noch lange darüber gesprochen und wollen euch einiges davon schreiben.

Kurz vorgeschickt: wir sind aus Orts- und Zeitgründen nur seltene Besucher des Mader und Lallebei, aus anderen Gründen bislang einmalige Besucher des Loretta. Außerdem sind wir keine langjährigen "Szene"-Kenner (ohne euch gleich einordnen zu wollen).

Zunächst mal: wir hatten den Eindruck, daß ihr euch überhaupt nicht vorher zusammen überlegt hattet, wie ihr euch zu den Fragen und Argumenten (oder auch zu den Nicht-Argumenten), die doch vorher wohl hinreichend bekannt waren, verhalten solltet. Oder hatten / haben es die Linksaußen, denen es um eine Diskussion gar nicht geht, schon geschafft, euch auf sie zu fixieren? (zu verdanken ist es aber ihnen, daß überhaupt eine Diskussion in Gang gekommen ist, auch wenn sie dann zu einem Weiterführen dieser Diskussion wegen ihrer Isolierscheiben nichts mehr beitragen konnten und können).

Oder kommt euch im tieferen Grunde die Verhinderung der Diskussion durch sie sogar gelegen, weil ihr eigentlich eine öffentliche Diskussion über eure Arbeit gar nicht wolltet und sie euch jetzt nur von außen aufgezwungen wurde – bei eurer Schlafffheit an dem Abend konnte manchmal ein solcher Eindruck entstehen.

Also – ob ihr eigentlich eine öffentliche Diskussion über eure Arbeit wollt, wissen wir nicht. Auf jeden Fall ist jetzt eine solche Diskussion entstanden, wir haben – relativ unabhängig von dem Anlaß – Interesse an neuen Arbeitsansätzen, an Motivationen und Veränderungen dabei und darum einige Anmerkungen und Fragen zum Loretta und zur Arbeitskonzeption.

Mal angenommen und unterstellt, für die Loretta-Konzeption wären irgendwelche "Profit- oder Sicherungszwänge" ausschlaggebend gewesen: auch dann ist die Konzeption vielleicht doch nicht so zufällig. Als ich vor Monaten das erste und bislang auch letzte Mal im Loretta saß und aß, rechts gleich am Fenster, mit Blick auf das eine von den Dekadenz-Bildern neben dem Eingang, und dann mehr und mehr Leute reinkamen, die den Leuten auf dem Bild so verdammt ähnlich sahen, als das schwere Besteck (Silber?) kam und einer von euch uns die Suppe aus dem schweren Napf (Silber?) auf den Teller kippte, ernst und in normaler Alltagskleidung (hätte er wenigstens eine schwarze oder weinrotseidene Livree angehabt, das wäre der leicht ironisierende Theatereffekt, der deutlich werden ließe, daß ihr es selber so ernst nun auch nicht meintet), und im Hintergrund ein Eisgerät mit Wunderkerzen durch die Palmen getragen wurde, da haben wir uns schon gefragt, was sich eigentlich bei euch abgespult hat. So, mit Suppe direkt am Tisch auf den Teller – das fiel mir da sofort ein – hab ich früher mit meinem großbürgerlichen Opa gegessen, als er mich immer vor der Klavierstunde in der großen Stadt in entsprechende Restaurants mitnahm. Da waren aber auch noch richtige Kellner in schwarzem Anzug und in diesem Rahmen stimmte auch alles irgendwie zusammen. Aber was stimmte da jetzt nicht mehr?

Um die Zeit der Loretta-Eröffnung war in der TAZ (10.3.80) ein längerer Artikel aus Le Monde übersetzt: "Die Neuen Feinschmecker oder Die Linke als Gourmands". Einige Sätze daraus:

"Patrick suchte Orientierungshilfen und las die gastronomischen Rubriken. . . .

Die Gastronomie, einst eher Kunst der Rechten, ist eine linke Leidenschaft geworden. . . .

Ich sehe darin eher einen kulturellen Rückzug, einen Selbstverteidigungsreflex. . . .

Da man letztlich doch nichts machen kann, die Zukunft nicht von uns bestimmt wird, alle unsere Anstrengungen, die Geschichte zu verändern, fehlgeschlagen sind, werfen wir uns auf dies uralte Vergnügen: die Tafelfreuden! . . .

Können wir überhaupt anders? Die Psychologen haben definitiv bewiesen, daß Freßlust aus Mangel an Liebe entsteht. . . . Also, da uns doch keiner liebt: essen wir!"

Ist das Loretta nicht auch Ausdruck einer politischen Resignation? Ausdruck des (berechtigten) Wunsches nach "Orientierung", "Stil", "leben wollen" (über-leben?) – nur, daß die Realisierung dieses Wunsches den bequemen Weg der Anleihen beim großbürgerlichen Kapital-Milieu geht, auf dessen Verlockungen mit seinen vielen Scheinsicherheiten reinfällt, und daß die Anstrengung gescheut wird, die die Suche nach einem eigenen Stil mit sich bringt?

Das gleiche mit dem berechtigten Wunsch nach "verschiedenen Leuten": raus aus einem in sich recht geschlossenen linken Milieu, auch aus seinen vielen Kaputtheiten. Aber geht es so nicht in neue Kaputtheiten hinein, die durch ökonomische oder andere "gesellschaftlich anerkannte" Sicherheiten nur etwas besser verschleiert werden können?

Ein paar Fragen noch zur Konzeption eurer Arbeit:

Ihr habt ein linkes Image. Das Image eines "linken Kollektivs". Wenn ihr das nicht haben oder sein wolltet oder wollt, dann habt ihr euch bislang zuwenig dagegen gewehrt. Als Einzelne bezeichnet ihr euch jedenfalls, soweit wir das mitbekommen haben, als Linke. Jetzt, wo eine öffentliche Diskussion über eure Arbeit entstanden ist, müßt ihr deutlicher sagen, was ihr zusammen wollt.

– Habt ihr vor der jetzigen Diskussion noch nie daran gedacht, über eure Arbeit Öffentlichkeit herzustellen, öffentliche Spräche über neue, gegenkapitalistische Arbeitsorganisation anzuleiern? (Hättet ihr das gemacht, wäre vielleicht der ganze Häckmäck ums Loretta nicht gekommen, wäre vielleicht das Loretta so gar nicht zustandegekommen.)

– Oder versteht ihr eure Arbeit doch hauptsächlich nur als eure Privatsache, als leicht abgewandelte, links-getönte Fortsetzung des gängigen Lebens-, Arbeits- und Geschäftsgebarens?

– Wieweit seid ihr in der Diskussion über Selbstverwaltung, über den Aufbau kollektiver Arbeits- und Lebensformen, über sinnvollere Arbeit und Produkte, wie sie z.B. von der ASH (Arbeiterselbsthilfe) in Frankfurt und anderen schon seit einiger Zeit geführt und praktiziert wird?

– Warum müßt ihr eigentlich nur Kneipen aufmachen?

Aber wie gesagt, wir wissen von euch zu wenig, und vielleicht interessiert euch das alles gar nicht, und ihr wollt sowieso etwas ganz anderes. Wir schätzen mal, daß diese Diskussion jetzt für euch einen Auf- oder Abschwung eures gemeinsamen politischen Bewußtseins und einer entsprechenden Praxis bringen könnte. Wir wünschen euch einen Aufschwung.

In diesem Sinne – mit solidarischen Grüßen

Norber V., Klaus W.

Arbeitsverweigerung im Knast!

Fortsetzung von Seite 5

– Daß mich die Inspektorin Frau Dreyer unmißverständlich zu erpressen versucht, falls ich mein Beschwerdeschreiben etc. nicht umgehend einstelle, weder in die Urlaubsregelung komme, noch auf 2/3 vor Ablauf der Endstrafe entlassen werde.

– Daß für einen Teil meiner Besucher um der 'Sicherheit und Ordnung' willen überwachte Einzelbesuche angeordnet wurden.

– Daß mir auf der Isolier- und Disziplinarstation D 1 und auch sonst das Schreibpapier verweigert wurde. Der Knastleiter Stark meinte anläßlich eines Strafrapportes mal dazu, daß es sich dabei nur um ein Versehen gehandelt haben kann.

– Daß mir mit dem ohnehin in diesem Haus diskriminierten Mitgefangenen und Zigeuner Hugo R. ein Sprech- und Kontaktverbot erteilt wird.

– Daß der Sicherheitsinspektor Rettinger durch seine 'S-Gruppe' wiederholt meine Zelle filzen läßt. Mal waren es Notzizettel mit Sprüchen, mal ne Liste mit 'Selbst'-Morden und 'Selbst'-Mordversuchen Mitgefangener aus diesem Knast, mal Privatpost, mal waren es als Bücherregalstützen dienende Mauersteine oder Fotokopien einer Unterschriftenliste, bzw. Eingabe an die Hamburger Bürgerschaft (auf der Basis der Magna Charta), die ihn interessierten.

– Daß es der Knastarzt Zippel nicht für nötig hält, mich mit seit Monaten anhaltenden Ohrenbeschwerden und einem Hautausschlag zu behandeln, bzw. an einen Facharzt zu überweisen.

– Daß gegen die hier teilweise aufgeführten Repressionen von mir eingelegten Widersprüche und beantragten gerichtlichen Entscheidungen entweder gar nicht bearbeitet oder in der nächsten Instanz beim Landgericht Hamburg von dem Knastleiter Stark mit falschen und/ oder nicht zur Sache gehörenden Angaben erledigt werden.

Eine massenhafte und kollektive Arbeitsverweigerung in den Knästen wäre eine wirksame Widerstandsform gegen den Vernichtungsapparat und damit ein erster Angriff gegen ihn, der draußen von allen Knastgruppen gezielt unterstützt werden muß.

Hamburg, den 6.7.1980

H.-J. Gruschka

Presseerklärung

Gewerkschafteraktion für Menschenrechte in Argentinien
Bombengeschäft muß durch Solidarität verhindert werden

Mitte Mai erhielt Bundeskanzler Helmut Schmidt Post aus Kanada. Absender des Offenen Briefes – von dem die bundesrepublikanischen Massenmedien bislang keine Notiz nahmen – ist das "NO CANDU for Argentina Committee". Die Bundesregierung blieb den Kanadiern bis heute eine Antwort schuldig. Stattdessen wurde der Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) die Exporterlaubnis für einen Atomreaktor – Kostenpunkt: 2 Mrd. DM – erteilt.

Das "NO CANDU for Argentina Committee", in dem die kanadischen Gewerkschaften an zentraler Stelle mitarbeiten, kämpft seit über zwei Jahren für die Wiederherstellung der Menschenrechte – insbesondere der gewerkschaftlichen Rechte – in Argentinien.

Hauptziel des Komitees ist die Verhinderung der Weiterverbreitung von atomarem Know how an die Militärdiktatur. Kanada hat 1973 einen CANDU-Atomreaktor an Argentinien verkauft, der 1982 in Betrieb gehen soll. Um die Fertigstellung zu verhindern, haben bereits im vorigen Sommer kanadische Hafen- und Metallarbeiter die Verladung von Schwerem Wasser – ohne das Natururanreaktoren nicht betrieben werden können – durch Streikmaßnahmen gestoppt und die Freilassung von 17 namentlich genannten argentinischen Gewerkschaftern gefordert, von denen sieben tatsächlich freikamen.

Nach dieser Aktion teilte der kanadische Gewerkschaftsdachverband dem Außenminister mit, daß weitere Aktionen folgen werden, falls die kanadische Regierung sich weiterhin weigert, den Export zu unterbinden.

Die argentinische Junta hat daraufhin ein weiteres Atomkraftwerk bei der KWU bestellt und eine Schwerwasserfabrik von Sulzer aus der Schweiz, weil für die BRD und die Schweiz nicht die Sicherheitsauflagen gelten, die die USA von Kanada verlangt, und weil die Junta mit keiner Solidaritätsaktion der deutschen und schweizer Arbeiter rechnet.

Aber auch wir in der Bundesrepublik müssen uns die Hauptfrage der kanadischen Kollegen stellen: Wollen wir Atomtechnologie und Know how mit all den Gefahren, die sie beinhalten, derartigen Unterdrükkungsregimen an die Hand geben? Denn die argentinische Junta ist direkt verantwortlich für über 20.000 "Verschwundene", 3.500 politische Gefangene und die Ermordung von Tausenden, die das Regime zu "Subversiven" erklärt hat (vgl. den letzten, im April 1980 erschienenen OAS-Menschenrechtsreport).

Es ist mehr als naiv zu glauben, daß Generale, die gegen die Bevölkerung einen nicht erklärten Krieg führen, Atomreaktoren kaufen, um damit Strom zu erzeugen. Sie wollen Atommacht werden – und nichts anderes. Der "Vater der französischen Atombombe", General Albert Buchalet, bestätigt, daß die Junta nicht nur die notwendigen Rohstoffe hat, sondern mit den Atomreaktoren auch dazu in der Lage ist, Bomben zu bauen. Nachdem die Präsidenten von Brasilien und Argentinien Anfang Mai 1980 den Vertrag über Zusammenarbeit auf dem atomaren und Rüstungssektor unterzeichnet haben, ist eventuell schon in diesem Jahr mit der Zündung einer "friedlichen" Atombombe zu rechnen.

Deshalb müssen die bundesrepublikanischen Gewerkschaften, wie im schon im Fall der Ausweitung der Rüstungsexporte in sogenannte "Spannungsgebiete" entschieden gegen den Nuklearexport Position beziehen.

Dabei ist die Parole der Sicherung von Arbeitsplätzen in der Atomindustrie ähnlich irreführend wie in der Rüstungsindustrie. Denn der Export von Waffen und Atomtechnologie in unterentwickelte Länder gefährdet indirekt Arbeitsplätze im Bereich des zivilen Exports. Insbesondere unterentwickelte Länder sind nicht in der Lage, neben zivilen Exportgütern auch Waffen oder Atomkraftwerke zu kaufen.

Der AKTIONSKREIS LEBEN ruft alle Gewerkschafter auf, die "Bombengeschäfte" mit Brasilien und Argentinien durch eine breite Aufklärungskampagne und daraus folgende Aktionen zu verhindern.

MADER

BIERSTUBE BIERGARTEN

Beim Schlump 33/Ecke Bundesstr.
9 Uhr früh bis 4 Uhr morgens
Frühstück, Küche, Musik, Zeitungen

Theaterhaufen Ouweya
Plötzliche Germanisierung Harlekins oder die Kugel im Arsch des Kommissars

Was passiert, wenn zwei Ordnungshüter ihre Opfer für die Demokratie in den eigenen Reihen ausmachen und der Tod sich ihnen bei der Arbeit verweigert? Dann wird jedes ernsthafte Anliegen in den Sumpf getaucht, aus dem das Stück "Plötzliche Germanisierung Harlekins oder die Kugel im Arsch des Kommissars" entsteht. Eine Farce, also, über den Staat und ihre Polizisten, deren Zahl – ja bekannterweise – dermaßen gestiegen ist, daß die "Ärmsten" acht geben müssen, sich nicht gegenseitig auf die Füsse zu treten. Ganz zu schweigen von der Suche nach einer Beschäftigung, die sie als Spitzel in die Stuben guter Häuser treibt, um ein Haar in der Suppe rausfischen zu können.

Was heißt aber hier Harlekin? Was soll denn das, Volkstheater, Gaukelei und dergleichen? Was bedeutet denn überhaupt Comedia dell'arte? – Wenn der 'Theaterhaufen Ouweya diese Art des Theaters wieder aufgreift, geht es nicht um ein 'Revivial des Mittelalters'. Da würden sich Zuschauer und Spieler langweilen und schließlich mit "bellö. . ., Beatiful. . ., that's veeeery fine' gähnen. Ausgehend aber von diesen alten Commediascherzen und Eulenspiegeleien, dem Interesse am Kontakt zum Publikum und dem Witz, über sich selber, über andere und über das zu lachen, was einem manchmal den letzten Nerv ausreißt, entwickelt sich eine Polizeisatire. Aktuelle Typisierungen und Charikaturen werden mit Clownsszenen eingearbeitet.

Fünf Leute bilden den 'Theaterhaufen OuWeYa'. Zwei davon lebten längere Zeit in Paris, wo sie über den Kontakt zu anderen Comedia dell'arte-Gruppen Interesse and dieser Theaterform entwickelten. In der ersten Probe(lauf)zeit der OUWeYa's entstand ein buntes Sketchprogramm, genannt 'Kalter Schweiß'. Kabaret und Pantomime werden 'verwurstet'. Es geht um die Schreckens- und Heldentaten, womit wir uns den Alltag verschönern.

Termine in Hamburg:

11.9. + 12.9.	22.00	TucTuc
13.9.	22.00	Follsgarden
19.9.	20.00	Motte
20.9.	20.00	Honigfabrik

Eintritt jeweils 5,–

ÖKOLOGIE

REMEMBER 3 MILE ISLAND
Harrisburg, 15 Monate später

Nach 15 Monaten hat man sich nun zur ersten "Säuberungsaktion" im Reaktor Three Mile Island entschlossen. Ab Mitte Juni wird man trotz großer Proteste der Atomkraftwerkgegener die radioaktive Luft im sogenannten Venting Verfahren aus dem Reaktor blasen. Venting ist ein Filtrierverfahren, wobei maximal "nur" (wie man sagt) 0.03 millirem auf einen Menschen zukommen können. Bei günstigen Windverhältnissen hofft man, das eine Kapitel in 30 Tagen abgeschlossen zu haben. Abgeschlossen wohl nur für die Energiegesellschaft.

Auch die 150-200 Millionen Liter radioaktiv verseuchten Wassers will man größtenteils durch ein Filtrierverfahren, dem Epicor II System, wieder in den Fluß zurückfließen lassen. Den Rest, das am stärksten verseuchte Wasser, würde man gerne irgendwo in Tanks lagern. Obwohl man weiß, daß die Tanks nur 25, maximal 50 Jahre halten, und sich der Katastrophen in Colorado, wo sich das Wasser von durchgerosteten Tanks schön langsam dem Colorado Fluß nähert, nicht mehr bewußt.

Gegen das Epicor II System wehren sich hauptsächlich die südlich liegenden Städte, die aus dem Susquehanna Fluß das Wasser beziehen müssen. Da diese Aktionen jetzt auch vom Gouverneur vom südlichen Staat Maryland unterstützt werden, sind die Chancen der Gesellschaft zum Glück sehr schlecht, dieses System durchzubekommen. Trotzdem hat sich ein großer Teil der Bevölkerung schnell dazu entschlossen, sich ihren eigenen Brunnen zu bauen. Das Vertrauen zur Regierung und den betreibenden Gesellschaften ist, wie man sieht, also nicht mehr das größte.

Man spricht von einem 4-6 Jahre dauernden Säuberungsverfahren. Glaubwürdigere Berechnungen sagen aber jetzt schon, daß vor 10 Jahren nicht mit einem Abschluß zu rechnen sei.

In Studien, die Dr. E.J. Sternglass durchführte und auch von der "U.S. Monthly Vital Statistics" veröffentlicht wurden, mußte man feststellen, daß die Kindersterblichkeitsrate im Staate Pensylvania, besonders in Harrisburg, bei Frauen, die während des Unfalls im 3. oder 4. Monat schwanger waren, sehr stark gestiegen ist, wogegen sie im übrigen Teil der Vereinigten Staaten um 10% zurückgegangen ist. So hohe Prozentsätze konnten bis jetzt nur nach der Bombenexplosion in Hiroshima festgestellt werden. Viele Kinder wurden mit einer nicht voll entwickelten Lunge geboren, welches die gleichen Auswirkungen wie eine Lungenentzündung hat. Aber eben nicht durch Bakterien verursacht, sondern durch radioaktiv angelagertes Jod.

Viele Auswirkungen wie zum Beispiel Leukämie, wird man erst in 10 Jahren feststellen können.

Es ist aber fraglich, ob wir diese Statistiken jemals zu Augen bekommen. Der Gesundheitsminister, der in Pannsylv. auf solche Untersuchungen und Veröffentlichungen sehr großen Wert legte, wurde kurz nach dem Reaktorunfall gefeuert. Was uns ja genug sagen dürfte. Danach sind etliche Studien ganz gestrichen worden, und von den seither durchgeführten wurde keine einzige mehr veröffentlicht.

Wenn man dies hört, wird es auch keinen Menschen mehr wundern, daß die Gehälter im Kraftwerk seit dem Unfall um das zweieinhalbfache gestiegen sind. Das ergibt einen Stundenlohn von ca. 25 Dollar. Wie hoch die Zulagen sind, weiß ich nicht. (Viele Arbeiter arbeiten in Doppelschicht, da nicht genug Arbeiter da sind.)

Daß die Bevölkerung nun genug hat, zeigen die Wahlergebnisse. In diesem Gebiet hat nur mehr der jenige eine Chance gewählt zu werden, der sich absolut gegen die "friedliche Nutzung" der Kernenergie einsetzt. Dies konnte man erst kürzlich feststellen, als Kennedy mit einem großen Vorsprung in diesem Gebiet siegen konnte.

Was ist nun also los mit den sicheren, billigen und reinen Atomkraftwerken? Warum wurde in den Vereinigten Staaten seit 1978 kein einziger neuer Reaktor beantragt? Warum wurde seit dem Unfall wohl keine einzige neue Lizens mehr erstattet? Von den Reaktoren, die zur Zeit gebaut werden, ist es noch immer nicht sicher, ob sie je zur Inbetriebnahme freigegeben werden.

Der 70 km nördlich liegende Doppelreaktor "Berwick", der 78 mit Baukosten von 1,2 Billionen Dollar hätte fertiggestellt werden sollen, kostete bis jetzt schon über 3 Billionen Dollar, und man sagt, daß er 1981 zur Inbetriebnahme bereit sei. Doch wie gesagt!

Obwohl man die wirklichen Auswirkungen vom Unfall am 28.3. auf Three Mile Island II erst in 10 Jahren voll errechnen kann und schon jetzt genügend Katastrophen aufgetreten sind, kämpft die Gesellschaft mit allen Mitteln, um den Reaktor I wieder in Betrieb zu sezten. Der Reaktor I, bei dem zur Zeit des Unfalls die Brennstäbe erneuert wurden, steht zur Zeit bereit, jeder Zeit eingeschaltet zu werden. Die neueste erst kürzlich durchgeführte Stress Studie vom "Hershey Medical Center' unter Leitung von Dr. Peter Houts, Direktor der Studie, stellte aber fest, daß der Stress in der Bevölkerung von 16 Kilometer Umkreis des Reaktors, noch immer so groß ist, daß sie im Falle einer nötigen Evakuierung nach Inbetriebnahme von Reaktor I in absolute Panik geraten würde. Die Auswirkungen wären noch katastrophaler als beim ersten Unfall, wo Mütter ihre Kinder aus Schulen holten, Banken ohne Geld dastanden, Tankstellen kein Benzin mehr hatten, Altersheime, in denen das Personal flüchtete, und vieles mehr. Beim Unfall vom 28.3.79 war kein Evakuierungsplan vorhanden. Weitere stark auftretende Streßerscheinungen, die durch den Unfall verursacht wurden und noch immer fast nicht gesunken sind: spontane Arztbesuche, Schlaflosigkeit, Alpträume, stärkerer Konsum von Zigaretten und Alkohol, Durchfall und andere Magenschwierigkeiten, Appetitlosigkeit und Gereiztheit.

Der große Kampf wird hier aber gegen die Metropolitan Edison geführt, der Elektrogesellschaft, der die 2 Kraftwerke gehören. Man rechnet, daß im Herbst die großen Prozesse gegen sie beginnen werden, um die Inbetriebnahme von Reaktor I zu verhindern und um einen Umbau in ein Kohlekraftwerk zu erreichen. Three Mile Island Alert rechnet mit 30-40 Tausen Dollar Unkosten für Rechtsanwälte, Zeugen usw., die sie aus Bevölkerungskreisen aufbringen müssen. Man hofft auch noch immer, daß der Metropolitan Edison die Lizenz entzogen wird. Dieser Prozeß ist aber schon so gut wie verloren, obwohl sie auf Three Mile Island II 38 Fehler begangen hat, die im Schnitt mit je 10.000 Dollar bestraft werden.

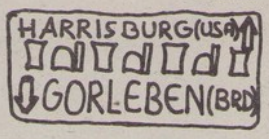
Erst vor kurzem konnte aber auch ein Prozeß gewonnen werden, und zwar, daß die Stillstandskosten von Three Mile Island von der Gesellschaft getragen werden müssen und nicht der Bevölkerung verrechnet werden dürfen.

Trotzdem zahlt der Bevölkerungsteil, der von Metropolitan Edison Strom bezieht, pro Kilowattstunde doppelt so viel wie die anderen 4 Eltrogesellschaften von Pannsylvania verrechnen.

Schon kurz nach dem Unfall konnte man erreichen, daß in Pann. weder nach Uran gesucht noch daß es abgebaut werden darf. Auch in British Kolumbien wurde gesetzlich festgelegt, den Uranabbau einzustellen, wie wir heute erfahren konnten. Schön langsam merken eben auch andere, daß der Anstieg von 100% bei Lungenkrebserkrankungen in diesen Gebieten nicht von ungefähr kommt.

Also weiterkämpfen, auch wenn die Schritte oft klein sind. Vielleicht kommen so gewisse Leute noch darauf, was sie anrichten, bevor alles zu spät ist.

Jürgen Perl



VORSICHT: ANZEIGE

Roots bringen Dir das natürliche Gehen zurück

ROOTS

Um die Idee der Roots zu begreifen, müssen Sie sich den Schuh einmal von der Seite ansehen. Sie werden hinten ein sanftes Abflachen bemerken. Da Ihre Ferse der niedrigste Teil des Fußes ist, sitzt sie in Roots auch im niedrigsten Teil des Schuhs. Sie stehen dadurch wieder richtig aufrecht, da alle Muskeln in Wade, Oberschenkel und Rücken neu belebt werden und damit Ihr Stehen und Gehen mehr unterstützen.

Roots
Rothenbaumchaussee 47
2 HH 13 · Telefon 448933

Platzbesetzung in Gorleben oder: Wie AKW-Gegner auf den moralischen Hund gekommen sind

Für die Beantwortung der Frage, wie es nach der Platzbesetzung in Gorleben in nächster Zukunft beim Widerstand gegen AKW weitergehen soll, ist es wichtig zu überdenken, ob uns die dort praktizierte Widerstandsform unserem Ziel, der Stillegung aller Atomanlagen, nähergebracht hat. Für die Organisatoren der Besetzung ist offenbar alles klar: "Wir betrachten die Inbesitznahme der geplanten Bohrstelle 1004 trotz Räumung als einen vollen Erfolg (Presseerklärung der BI Lüchow Dannenberg und der Bewohner des Dorfes vom 6.6.90)::; Für mich steht diese Einschätzung in krassem Widerspruch zu der Tatsache, daß inzwischen um den Bohrplatz eine Mauer errichtet wurde, hinter der demnächst mit den Bohrungen begonnen werden kann, daß, so sollte man meinen, das eigentliche Ziel nicht erreicht wurde.

Es geht mir hier weniger um die Frage der Militanz, d.h. darum, ob Gegenwehr bei der Räumung angebracht gewesen wäre, als darum, ob der Zweck des Dorfes tatsächlich die Verhinderung der Tiefbohrungen gewesen ist. Da die Aktion von Gorleben inzwischen Nachahmer gefunden hat und schon als Modellfall eines erfolgreichen Widerstandes gilt, müssen wir zu einer realistischen Antwort auf diese Frage kommen.

Der Charakter der Platzbesetzung und die strikte Ablehnung von Widerstandsaktionen gegen die anderen Bohrstellen vom Dorf aus durch die Mehrheit der Platzbesetzer zeigt ganz deutlich, daß die direkte Verhinderung des Atomprogramms offenbar völlig aus dem Blickfeld vieler AKW-Gegner verschwunden ist und einer anderen Strategie gewichen ist: Staat und Betreiber von Atomanlagen sollen vor den Augen der Öffentlichkeit ins moralische Abseits gestellt werden. Wie man das versuchte, konnte man auf dem Bohrgelände sehen: Durch das Vorleben eines "besseren", alternativen* Daseins, von dem von vornherein klar war, daß es nicht lange geduldet worden wäre, und nicht zuletzt durch die Zerstörung dieses besseren Daseins durch den Staat in aller Öffentlichkeit sollte Klarheit über die "Unmoral des Atomstaats" verbreitet werden.

Von welchen Leuten man sich mit diesem Vorgehen ans Herz drücken lassen kann, erfuhr der erstaunte Fernsehzuschauer am 21.6. im "Wort zum Sonntag". Dort wurde von dem Herrn, für den das Moralisieren zum Handwerkszeug gehört, die bange Frage gestellt: Wenn Jesus Christus bei der Räumung auf dem Platz gewesen wäre, auf welcher Seite hätte er wohl gestanden?

Die auf dem Platz errichteten Häuser erfüllten ihren Zweck, so absurd dies auch klingen mag, nicht dadurch, die Besetzung möglichst lange aufrecht zu erhalten, sondern indem sie vor der Presse niedergewalzt wurden. In ähnlicher Weise ist mit Menschen verfahren worden: Schon im Mai war allen Beteiligten klar, daß bei der Räumung des Platzes "Die Flucht vom Turm . . . kaum möglich (ist), deshalb alle auf dem Turm der Polizeibrutalität stärker asusgeliefert (sind) als auf dem Boden" (Papier der Platzbesetzer). Genau das mußten die Turmleute schmerzlich am eigenen Leibe erfahren (nachzulesen in der selben Nummer von "Gorleben Aktuell", in der die Aktion als voller Erfolg gewertet wurde).

Viele sehen diesen "moralischen Sieg" ("Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht die KRAFT, die es schuf") als einen wirklichen Erfolg im Widerstand gegen AKW an, weil die Diffamierungskampagne von Teilen der Presse keinen rechten Erfolg hatte. Doch sollten sich all diese bei der Beurteilung des Erfolgs einer Unternehmung wie der bei 1004 die Frage stellen, ob Atomanlagen durch symbolische Siege, nach denen hinter Zäunen und Mauern gebaut und in Betrieb genommen werden kann, zu verhindern sind. Es ist doch eine Illusion anzunehmen, man könne mit moralischen Erfolgen Dinge verhindern, die mit Moral herzlich wenig, dafür mit Kommerz um so mehr zu tun haben und deren Nutznießern es ziemlich egal ist, ob wir sie moralisch verurteilen, solange ihnen niemand ernsthaft in die Quere kommt. Wenn sich die Anti-AKW-Bewegung künftig auf ihrer moralischen Überlegenheit ausruht und, wie auf 1004 geschehen, die Flucht vor dieser in irgendeine "Freie Republik" antritt, hilft sie höchstens ihrem lädierten Selbstbewußtsein, verhindert aber gewiß kein einziges Bauvorhaben. Wenn wir Brunsbüttel, Brokdorf und Gorleben noch verhindern wollen, müssen wir uns etwas anderes einfallen lassen!

m.w.
Bürgerinitiative gegen Atomenergie Lüneburg

* **Eine Alternative übrigens, die in gleichem Maße Naivität über die Möglichkeiten der Überwindung der jetzigen Lebensweise im Kapitalismus wie Gedankenlosigkeit über die Zumutbarkeit einer solchen Alternative für die Masse der arbeitenden Bevölkerung verrät.**

MACHO

Es gibt Leute, an die stelle ich Ansprüche. Dazu zähle ich auch die sogenannten progressiven, die linken, die "in-Leute". Und natürlich auch die Männer aus diesem Umfeld. Und natürlich auch die Männer, mit denen ich Beziehungen habe, hatte und neu herstelle.

Ich hatte die Idee, diese Juni-Nummer mit dem Titel "Sex" zu machen. Sex verstehe ich im weitesten Sinne, also keine Bums-Praktiken, sondern durchaus Untersuchung über das Verhalten von Männer und Frauen untereinander.

Obwohl natürlich auch die Bums-Praktiken durchaus Aufschluss geben über die Bedürfnisse und Ängste, die Methoden, wie man sich befriedigen will, wie man den Partner befriedigen will etc. etc.

Und so bleibt alles beim alten. Die Männer bestimmen die Tour des Anmachens, bitte nicht so forsch, Mädchen, ich bin ja so sensibel. Die Männer bestimmen, wie oft die Personen sich sehen – Du, ich bin in dieser Woche entsetzlich unter Termindruck . . ., die Männer weichen auch zurück, wenn man Forderungen stellt "Du kannst mich doch nicht einfach auffordern mit Dir ins Bett zu gehen, Dich anzurufen etc."

Aber wesentlicher für mich – und dies ist auch der Punkt, den ich in zahlreichen und heftigen, teilweise an die "Nieren" gehenden Gesprächen mit anderen Frauen und Männern, als den wesentlichen Punkt herausgefunden habe, wesentlicher als das Bett ist doch das Verhalten in der Vertikalen.

Das weibliche Verhalten der Frauen und das "männliche" der Männer. Und was stelle ich fest? Die Macho Men haben ungeheure Ängste. Ängste "vor den Frauen, die sich anklammern", die "meinen Freiraum einschränken", die "sich in meinen Zeitplan reindrängen". Das ist, was sie sagen. Aber was finde ich heraus? (Ich habe keine empirische Untersuchung im Hinblick auf die anstehende Geschichte durchgeführt, sondern das sind die leidvollen Erfahrungen, die ich in den letzten Jahren in Bonn – und nicht nur hier – mit den Männern gemacht habe). Die nichtklammernde Frau, die nicht hingebungsvoll dem Manne die Wünsche von den Lippen lesende, die Frau mit den eigenen Ideen, dem eigenen Geld, den eigenen und auch nicht wenigen Problemen, die schreckt ja noch mehr.

Mit der mußt Du Dich auseinandersetzen, die hat ihren eigenen Willen und einen ganzen Haufen Bedürfnisse. Und das im Jahre 1980, und das in einer Umgebung, die vom Fahrradfahren bis Grün wählen, Kinder in Tüchern um den Hals tragen, intellektuelle Bücher lesen, Gesellschaft verweigern, das ganze Spektrum des progressiven Verhaltens abdeckt.

Ich kann im folgenden mal ein paar Zitate bringen, die ich in den letzten Jahren wörtlich gehört habe:

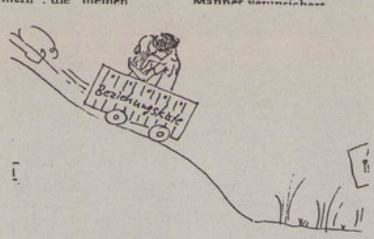
Auf eine Aufforderung, mich einfach mal anzurufen, von einem Typen, mit dem ich einmal geschlafen habe: "Ich muss mich doch um meine Freundin kümmern, die lieb ich doch".

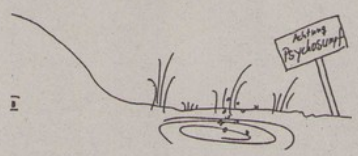
Auf einen Brief, den ich mühsam an einen Mann geschrieben habe, um die Beziehung in die Reihe zu kriegen: "Dein Brief liegt geöffnet und gelesen auf meinem Schreibtisch, aber ich kann nicht darüber sprechen, ich bin doch kein Roboter."

Eine Antwort auf eine Diskussion mit einem Juso meines Alters, "aber warum sollte ich mein männliches Verhalten aufgeben, ich hab es doch viel bequemer so."

Oder die andere Masche: "Ich weiss, daß ich ein Chauvi bin, aber ich stehe wenigstens dazu" (einen guten Artikel zu diesem Ding findet man in Konkret vom September 1979, geschrieben von Chauvi Hendrik Broder.

Klar, verstehe ich die Männer auch, denen in den letzten Jahren mehr oder weniger offensiv der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist. Weil bestimmte Anmachmechanismen nicht mehr funktionieren, weil durch die Gespräche und Gruppierungen von Frauen, die über ihre Probleme sich auseinandergesetzt und festgestellt haben, daß nicht ihre individuelle Schwachheit oder Nichtschönheit oder Was immer das Verhalten der Männer erzeugt, sondern die Scheiss-Erziehung, die wir alle mitgekriegt haben, die Frauen in der letzten Zeit schon manchmal gebockt haben, sich verweigern und zu fordern wagen. Weil in den letzten Jahren das Ritual des Sich-Kennenlernes, das Ritual der ersten gemeinsamen Nacht etc. etwas ins Wanken gekommen ist, klar sind die Männer verunsichert.





Was ich aber – seit der ersten merkwürdigen Erfahrung vor einigen Jahren in dieser Sache – so ungeheuer zum Kotzen finde, das ist – daß sie diese Verunsicherung nicht zugeben, daß sie nicht reden über ihre Ängste und Schwierigkeiten, sondern dann einfach ausweichen, Termine vorschützen, wichtige Arbeiten, Zusammenkünfte politischer Art (ich kenne viele wissenschaftlich arbeitende Frauen, nie aber habe ich von einer Frau den Satz gehört: ich kann Dich nicht treffen, ich habe keine Zeit. Die Frauen sagen, ich habe diese oder nächste Woche keine Zeit, aber nicht ich habe keine Zeit) Fussball, alles unter dem zusammenfassenden Begriff: Freiraum, ich kann nicht reden mit Dir, das greift in meinen Freiraum ein. –

(Was hier nur indirekt hingehört, mir aber gerade noch einfällt, als kleine Verzierung am Rande, ich hörte neulich in einer Bonner Kneipe, wie in einem Streit ein junger Mann einen anderen "du alte Votze" nannte, was für ihn wohl das schlimmste Schimpfwort überhaupt zu sein schien, – das nur zu der Überschrift "Macho is out" Aber ich will wieder zum Punkt zurück.)

Um noch mal zu wiederholen, weniger schlimm finde ich die Tatsache, daß die sogenannten Linken sich so verhalten, als die Tatsache, wie sie ihr Scheissverhalten verbal umkleiden und verschleiern. Verdammt, dann sagt doch, Du interessierst mich nicht, dann sagt doch, ich hab Angst, die Sache wächst mir über den Kopf, aber fragt Euch erstmal im Vorhinein ob es vielleicht auch Frauen gibt, die nicht das von Euch wollen, was Ihr befürchtet, die vielleicht Partner wollen und keine Väter, die Liebhaber wollen und keinen Mann fürs Leben, die reden wollen und nicht klammern, die alleine vielleicht besser zurechtkommen und trotzdem mal jemanden brauchen "help me make it through the night", und die – verdammt noch mal – im gegenwärtigen Zustand – gesellschaftspolitischen Zustand, meine ich, nicht Seelenzustand oder so was – einfach fähiger sind, ehrlich zu sein.

Liebe Männer,
ich will hier nicht denjenigen Frauengruppen das Wort reden, die in kleinen Cirkeln und in-groups langwierig darüber diskutieren, wie böse die Männer mit ihnen verfahren (darin ähnlich gewissen Schwulen-Zirkeln, die sich larmoyant über die schrecklichen Heteros auslassen) – im Gegenteil: meiner Meinung nach kann für die Frauen nur in Gesellschaft der Männer und mit ihnen zusammen die Veränderung erreicht werden, aber – verdammt noch mal – dann sollten gewisse Männer nicht reden, sie wollten etwas verändern, sondern anfangen, was zu machen, endlich,

Evelin

aus:
"DE SCHNÜSS",
BONN
August 1980

Liebes große Freiheit kollektiv!

Anbei das dufte Flugblatt von Bauer König, der ungespritzte Äpfel und Birnen für 60 Pf / Pfund (!) abgibt.

Ich hoffe, ihr könnt Platt snacken (oje – aber wie ist das mit dem Tippen, Ulla) und euch an dem liebevollen, humorvollen Text ergötzen!

Die Äpfel sind ganz prima; nächste Woche bringt Bauer König mir die Äpfel sogar ins Haus (weil er grad in Hamburg ist) – so ein "Service"!

Ich halte so ein Experiment wie das von Bauer König aus mehreren Gründen für positiv:

1. der Verbraucher bekommt billiger biologische Ware (Vergleich: 1 Pfd gespritzte Klaräpfel kosten z.Zt. 1,40 - 1,90, bei Bauer König nur 60 Pf. Sozial nicht so "potente" Leute wie ich (Studentin), die sich trotzdem gesund ernähren können und die Wucherpreise von Reformhäusern, aber auch von "Schwarzbrot" u.a. für bilogisches Obst nicht länger bezahlen wollen, haben hier eine tolle Chance, auf ihre "Kosten" zu kommen.
2. Der Erzeuger bekommt – offenbar – immer noch genug für seine Erzeugnisse, weil der "parasitäre" Zwischen- und Einzelhandel – der im Marx'schen Sinne keinen "Mehrwert" schafft – ausgeschaltet ist.
3. Du bekommst wieder Kontakt zu dem Erzeuger deiner Nahrungsmittel; für all die, die (noch?) nicht aufs Land ziehen wollen, eine Gelegenheit, ein Stück "Entfremdung" über Bord zu schmeißen.
4. Du weißt, woher die Äpfel kommen und zu welcher Zeit heimische Sorten reif sind; wässrige, vitaminarme "Golden Delicious" aus dem Ausland kannst du das ganze Jahr kaufen!
5. Du bekommst das persönliche Gefühl, als "Konsument" nicht nur Partikelchen einer Masse zu sein, der man – s. die Gemüse- und Obstabteilungen in vielen Supermärkten – so gut wie alles für so gut wie jeden Preis "andrehen" kann; wenn ihr ein Gefühl dafür habt, wird euch allein das Lesen des Flugblattes in einen kleinen Freudenrausch versetzen. –

Kurzum, ich finde, das Experiment lohnt sich, verbreitet zu werden (vielleicht macht es bald Schule und jeder, der Interesse hat, kann bald seinen gesamten bilogischen Gemüse- und Obstbedarf auf ähnliche Weise "decken"?)

Habt ihr nicht Lust, einen kleinen Artikel in dieser Richtung zu schreiben? (Ihr könnt dabei gerne meinen Brief als Grundlage nehmen, falls ihr was davon gebrauchen könnt).

Alles Liebe
Eure Cornelia

	Jo	Nee
Kennst Du* mehr als dree Appelsorten?	O	O
Smeckt Di Appel, Appelkoken, Appelsaft, Appelmus, Appelpannkoken, Brodappel oder Appelwien?	O	O
Kennst Du Rezepte för disse Soken?	O	O
Hest Du Interesse daran, wo de Appel herkommt?	O	O

Wenn Du weniger as dree Krüze bi "Jo" moken kannst, ward dat aber höchste Tied, dat Du Di üm de Appel ut Kehdingen, Land Hodeln un Olländ kümmerst. Hier giff dat jede Menge Appelmööm.

De Buern möt jümmer mehr düngen un mit Gift sprütten, un achtern möt se de meisten Appel verfuttern an't Veetüg un in'n Winter an't Wild!

Wenn wi dat ännern wöl, möt wi mehr "Jo"-Krüze moken können!!

Wat könt wi moken ?

Wi hebbt überall rümfrogt, in Geschäfte un Supermärkte, no Herkunft un Behandlung von'ne Appel und Beern. – Keen een wüss so recht Bescheed.

So hebbt wi dacht, dat wi in'n Harvst unse Appel von'n Buern direkt holen müssen. Dat weer aber ok en "schietreis", denn de erste Buer meen, dat he dann sien ganzen Hoff ob "biologisches Wirtschaften' umstellen müss, un för disse Produkte fehl em de Markt. Un dat "Intervenieren" güng dann ok nicht. Nee, nee, dat mok he nicht mit.

Na, so kömen wi op de Idee, dat giff vielleicht noch mehr Lüüd as uns, de gegen dat Gift in de Natur sind, un wi dann de ganze Ernte von een Hoff affköopt. – Just so hebb ick dacht, Gerd König, Appelbuer ut Itzwörden an de Oste in't Kehdinger Land.

Ich hebb mi jümmers argert öber dat verdammte Sprütten mit Gift un all den Kunstdünger. Un dat de Appel so unnatürlich grot ween möt.

De lütten smeckt doch veel better!

Mit düsse Zettels wölt wi Euch rankriegen, dat Ji mitmokt. Dat hebbt wi för:
Wi hebbt Gerd König kennenlehrt, Buer ut Itzwörden – Geversdorf an de Oste. He will op sien' Hoff in Tokunft keen' Kunstdünger mehr bruken un keen Gift mehr sprütten, blots noch Soken insetten, de för dat Leben in'ne Eerd good sind un de Umwelt nicht belasten dood.
Wi söökt (op de Postkort) Interessenten, de Lust hebbt, een gewisset Quantum Appel oder Beern afftonehmen. Dat Verdeelen stellt wi uns so vör: Wer Lust un Tied hett, de holt sich sien Kist selbst in'ne Appelplückertied von'n Hoff aff. Ji könt dorbi glieks mol n' Tour moken no de Wingst, oder öbern Diek in'ne Oste kieken.
Wer keen Lust oder Tied hett, kriegt sien Kist (oder ok Kisten) in't Huus lebert. Kost' nich veel mehr.
Dat Lieferdatum ward ji wies, per Postkort.
Liefertiedpunkt: Gerd ward de Appel erst plücken laten, wenn se richtig good smeckt!
Lagerfähigkeit: De Keller mutt köhler as 10 Grod C ween, sonst lot' de Appel leber acht oder tein Weeken bi König in't Köhlhus stahn.

Noch wat to de Priese:

Alle goden Eetappel und -beern köst bi Abnahme von een Kist a veertig Pund 60 Penn dat Pund, de Kokappel (för Appelmos, Pannkoken, Appelkoken, Saft un Wien) köst dat Pund 35 Penn.

Den Einheitspreis von 60 Penn för alle Eetappel hebbt wi mokt, weil man öber "Geschmack" strieden kann. . .

Den Pries hebbt wi mit den Buern König so uthandelt:

De Appel un Beern schölt nicht so düer ween as op'n Weekenmarkt, aber Gerd schall ok noch so veel hebben, dat he wieder Buer blieben kann.

Information bzw. Bestellung an:
Gerd König, Itzwörden 298,
2171 Geversdorf / Oste
oder
Arne Ipsen, Peter-Timm-Str. 23,
2000 Hamburg 61

* Wir haben plattdeutsch geschrieben, weil man da besser "Du" sagen kann!

gert & christine's
tel. 43 49 61
WEINHANDLUNG
2 hamburg 6
schanzenstraße 11
wein aus frankreich, aus deutschland, in flaschen und vom faß, umweltschutzpapier und die große freiheit

"Im Namen des Volkes"

Nr. 4

Hamburger Informationen über politische Verfolgung

Wie die SPD mehr Demokratie wagte!

Wir, die Redaktionsgruppe "Im Namen des Volkes", wollen mit den Informationen über politische Verfolgung den daran Interessierten die Möglichkeit geben, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, was sich in dieser Hinsicht im Hamburger Raum abspielt – insbesondere über das, was nicht ausführlich in den Massenmedien behandelt wird. Zugleich wollen wir Anstöße geben zu Solidarität und zu Überlegungen über Zusammenhänge und Hintergründe.

Diesmals haben wir uns jedoch einen etwas anderen Schwerpunkt gesetzt. Wir wollen aus der Perspektive unserer Arbeit einen Beitrag zum "Wahlkampf" leisten.

Jetzt – wo der Reaktionär Strauß als Kanzlerkandidat antritt – hört man wieder von der SPD als dem "kleineren Übel". Das hat uns daran erinnert, daß Willy Brandt 1969 in seiner ersten Regierungserklärung davon sprach, man müsse "mehr Demokratie wagen". Was ist daraus geworden?

Die Zeit seidem war eine Ära verschärfter Repression. Unserer Mein8ng nach haben für die Zunahme der politischen Unterdrückung nicht Strauß und die CDU gesorgt, sondern die SPD. Zwar hat die CDU CSU an allen neuen Gesetzen und Bestimmungen irgendwie mitgewirkt, doch ist maßgeblich die SPD für Planung und Weiterentwicklung des Konzepts der "Inneren Sicherheit" verantwortlich. In vielen Bereichen hat sie unter dem Scheinbild, liberaler zu sein als die CDU/CSU, Bestimmungen durchgesetzt, deren Zweck es ist, die Linke zu bekämpfen.

Dies wird von vielen Linken und anderen Demokraten verdrängt, die sich zur Zeit in eine Anti-Strauß-Kampagne stürzen mit der Überzeugung, die Person Strauß sei es, die alles viel schlimmer mache und die es deshalb in erster Linie zu bekämpfen und verhindern gelte. Wie gesagt: verdrängt wird dabei, daß es in den letzten Jahren unter der Regierung der SPD (und FDP) bereits immer schlimmer geworden ist.

In den folgenden Artikeln wollen wir anhand einiger Beispiele daran erinnern, wofür die SPD verantwortlich ist.

Humanisierung des Strafvollzugs oder "Sicher in die 80er Jahre"

Die "Hochsicherheitstrakts" sind im Gefängniswesen die grauenhafte Konsequenz der bundesdeutschen Sicherheitspolitik der 70er Jahre. Sogar Innenminister Baum hat sie als "im Grunde unmenschlich" bezeichnet (FR 18.1.80).

Schon seit ca. 10 Jahren wurden von Verantwortlichen für den Strafvollzug Überlegungen angestellt, politische Gefangene und andere "Vollzugsstörer" als besonders gefährlich vom gewöhnlichen Gefängnisleben auszuschließen und von den Mitgefangenen hermetisch zu isolieren, kurz: für sie Gefängnisse im Gefängnis zu errichten. Diese "Sicherungsvorstellungen" sind – wie der stellvertretende Leiter des Hamburger Strafvollzugsamtes Donandt kürzlich erklärte – durch den Ausbruch der Frauen aus der Lehrter Straße (Berlin) im Jahre 1976 "sehr beflügelt" worden.

Wie üblich ergriffen die Pioniere der Inneren Sicherheit die Gelegenheit beim Schopf. Nach dem Startschuß aus dem sozialliberalen Westberlin haben die Justizminister der Länder anscheinend ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Unseres Wissens gibt es solche Hochsicherheitstrakts mittlerweile in Hamburg Fuhlbüttel, Berlin-Moabit, Berlin-Plötzensee, Celle, Lübeck und Straubing.

Hochsicherheitstrakts bedeuten totale Isolation von "normalen" Gefangenen bei perfekter Überwachung. Fernsehkameras, Gegensprechanlagen, Richtmikrofone und Bewegungssensoren dienen diesem Ziel. Die Kommunikation wird auf eine kleine Gruppe beschränkt. In den sterilen, mit Neonlicht voll ausgeleuchteten Räumen – nie unbeobachtet, "wie im Aquarium" (Prof Klug) – bleibt den Gefangenen kaum eine Chance, Individualität zu wahren. Resultat dieses modernen, technisierten Strafvollzugs ist die Zerstörung der Persönlichkeit durch eine Art "Gehirnwäsche".

In SPD-Ländern sind die Berufsverbote abgeschafft

Unter denen, die gegen die Berufsverbote sind, kursieren zwei Beurteilungen über die 'Liberalisierung' des Extremistenerlasses durch die neuen Grundsätze der Bundesregierung und die entsprechend angepaßten Länderrichtlinien von Anfang 1979:

– Es sei zumindest ein erster, wenn auch zögernder Schritt zur Abschaffung der Berufsverbote und Zeichen einer demokratischen Wende in den Köpfen führender Sozialdemokraten (Brandt, Klose, Koschnik z.B.). Vertreten wird diese Auffassung natürlich von (vor allem) linken Teilen der SPD, von in- und ausländischen Kritikern der hiesigen politischen Unterdrückungsmaßnahmen; und massiv und mit ranschmeißerischer Verve von der DKP und dem von ihr beeinflußten Umfeld.

– Die 'Liberalisierung' sei eine einzige Heuchelei, ein Propagandacoup ohne materiellen Kern, deren Zweck – neben der Irreführung der Öffentlichkeit – höchstens in einer ökonomischeren Anwendung der Überprüfung durch den Verfassungsschutz gesehen werden könne; also statt der Überprüfung von 100.000en öffentlich Bediensteten, die zur 3-4 Tausend Entlassungen und Nichteinstellungen führen, nun nur noch 10.000 Überprüfungen, die zu gleich vielen Entlassungen führen. Dieser Auffassung sind mehr oder weniger alle linken Gruppierungen und das von ihnen beeinflußte Umfeld.

Alle mir bekannten Dokumentationen sind Illustrationen zum Beweis einer der beiden oben erwähnten Beurteilungen. Jetzt hat das "Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V." eine Dokumentation und Analyse vorgelegt, die mit demokratischem Engagement und ohne rechte und linke Vorurteile die Wirklichkeit der Berufsverbotepraxis vor allem nach der 'Liberalisierung' untersucht hat.*

Ergebnis: "Nicht das Tor des öffentlichen Dienstes wurde für "Radikale" geöffnet, sondern die Präventivwirkungen für potentielle "Radikale" waren so "erfolgreich", daß die Berufsverbotepraxis liberalisiert werden konnte, ohne daß daraus Folgewirkungen für den öffentlichen Dienst zu befürchten sind." (S. 21)

Wir drucken im folgenden zwei Punkte aus den Ergebnissen dieser Untersuchung ab:

– Trotz angeblich veränderter Praxis sind auch 1979/80 258 Verfahren in Sachen Berufsverbot anhängig. Kennzeichen dieser Verfahren ist es, daß sie, wenn auch mutmaßlich etwas rückläufig, über die ganze Bundesrepublik verteilt und nicht auf CDU/CSU-regierte Länder beschränkt sind. Von 134 Neu-Fällen (nach 1.1.79) entfallen 40% auf CDU/CSU-regierte und 47% auf SPD/FDP-regierte Länder, sowie 7% auf Berlin; von den 63 Neu-Fällen in SPD/FDP-Ländern sind 40% auch noch nach Erlaß der Richtlinien anhängig. Eine gewisse Massierung von Fällen ist bei Bundesbahn und Bundespost, in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

– Die 'Liberalisierung' ist vor allem deshalb eine optische Täuschung, da sich der Rückgang des studentischen politischen Engagements (1974-76) erst jetzt richtig auswirken kann. Die Präventionswirkung politischer Disziplinierung (Berufsverbote, Prüfungen, Studium) hat zugenommen. Der öffentliche Dienst als Berufsfeld wird gerade wegen der zu erwartenden politischen Disziplinierung nunmehr gemieden.

Noch ein Wort zu einem Problem, das die Untersuchung nicht berücksichtigt: dem der Rehabilitierung bereits vom Berufsverbot Betroffener.

Hierzu nur ein kurzer Blick auf die Hamburger Szene. Vorweg: diese Rehablitierung findet nicht statt. Die unter großem Propaganda- bzw. Protestgeschrei verbeamteten 16 DKP-Lehrer und weitere 9 anstehende Fälle (hier auch einige Nicht-DKPler) betraf ausschließlich Lehrer, die im Schuldienst sind und deren Verbeamtung zurückgestellt worden war bzw. deren Entlassung geplant gewesen war.

Alle bereits Entlassenen, Nichteingestellten und alle, gegen die ein negatives Gerichtsurteil bereits vorliegt, werden nicht "rehabilitiert". Ihnen bleibt das Kennzeichen "Verfassungsfeind" auf Lebenszeit anhaften; fast immer ein bis zur Existenzvernichtung gehendes Handicap auch bei der Suche nach einem anderen Beruf.

* Berufsverbotepraxis 1979/80. Die 'Liberalisierung' hat nicht stattgefunden. Hrsg.: Arbeitsgruppe des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, Berlin, Mai 1980; Selbstkostenpreis DM 20,– (161 DinA 4 Seiten)

Mehr Bürgernähe für die Polizei

Die SPD setzte – weitgehend zusammen mit der FDP – in den letzten 13 Jahren grundlegende "Reformen" im Bereich der Polizei durch.* Hierbei ging und geht es nicht nur um die sogenannte Verbrechensbekämpfung, sondern um die Bekämpfung von Entwicklungen, die die Interessen von Staat und Industrie in Frage stellen. Dies zeigt sich sowohl an den Maßnahmen selbst, wie auch an den Äußerungen der Polizeiführung, wie u.a. folgendes Zitat zeigt:

"Die polizeiliche Arbeit der Zukunft wird zunehmend bestimmt sein von präventiver Observation und Fahndung, um Schwerstkriminalität und verbrecherische Aktionen zu verhindern. Der Ablauf der Ereignisse beweist, daß Aktionen wie z.B. die Erzwingung eines Baustopps bei Kernkraftwerken oder die Entführung und Ermordung von Schleyer, nur verhindert und aufgeklärt werden können, wenn die Polizei die Möglichkeit erhält, umfassend vorbeugend tätig zu werden oder bei ihrer repressiven Tätigkeit auch eine große Anzahl von Unbeteiligten, also von Nichtstörern, in ihre Maßnahmen einbeziehen zu dürfen. Die Polizei muß die Möglichkeit haben, Kriminalität und Ordnungsstörungen bereits im Vorfeld bekämpfen zu können."
(Berliner Polizei-Vizepräsident Pfennig, in der Zeitschrift 'Die Polizei' 6/1978).

Die grundlegende "Reform" der SPD besteht nun gerade darin, eben diese Prävention, die bis dahin nur eine Nebenrolle spielte, ausgebaut zu haben.

Ein erster Schritt hierbei war die Trennung von Repression und Prävention. Nahmen die Polizisten bisher beide Aufgaben in einer Person wahr, so führte die SPD Polizisten wie die Kontaktbereichsbeamten (KOB) und Jugendpolizisten (Jupo) ein, die ausschließlich fast präventiv tätig sind. Ihre Aufgabe ist es, ein Vertrauensverhältnis zu den Bürgern herzustellen, Informationen zu sammeln und sich Milieukenntnisse anzueignen: so erhofft die Polizeiführung in ihren Augen gefährliche Entwicklungen schon frühzeitig erkennen und diesen wirkungsvoller begegnen zu können. Ihre Bemühungen gehen sogar so weit, daß der KOB in Modellversuchen z.B. keine Strafmandate für falsches Parken mehr ausstellt, da dies die Bürger zu sehr gegen ihn aufbringen und somit das Vertrauensverhältnis stören würde.

Auf der anderen Seite werden polizeiliche Spezialeinheiten eingerichtet, die nur noch reine Repressionsaufgaben haben. Dazu gehören auf Bundesebene der Bundesgrenzschutz einschließlich der berüchtigten GSG 9 und auf Landesebene

Fortsetzung S.

* Wir werden im folgenden häufiger die Begriffe Repression und Prävention gebrauchen. Wir verwenden sie dabei nicht im engen juristischen (Repression = Verfolgung von Straftaten, Prävention = Verhütung von Straftaten), sondern in einem umfassenderen Sinne.
Prävention meint danach auch die umfangreiche, vorsorgliche Datensammlung, Repression auch die Unterdrückung durch die Polizei schlechthin.

Fortsetzung: Mehr Bürgernähe...

z.B. die Mobilen Einsatzkommandos (MEK), die sich u.a. bei Entführungsfällen als Todesschützen hervortaten. Erst diese Abtrennung der Repression ermöglicht die Einführung von rein präventiv tätigen Polizisten.

Da Polizeiangelegenheiten bis auf Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz Ländersache sind, kann die SPD auf Bundesebene nicht alle Änderungen durchsetzen. Daher kam den SPD-regierten Bundesländern und Städten eine Vorreiterrolle zu. Ihren Beispielen folgten dann meist die unionsregierten Länder.

Mit der Bildung des ersten MEK tat Hamburg den ersten Schritt zur Schaffung einer rein repressiven Spezialeinheit. Auf der Präventionsseite taten sich besonders Berlin (Kontaktbereichsbeamte) und die Städte München, Hamburg und Frankfurt (Einführung des Jugendpolizisten oder Versuche hierzu) hervor. Organisationsreformen wie in Hamburg und Berlin (Zentralisierung der Polizei durch Verringerung der Zahl der Polizeireviere, wodurch auch größere Einheiten für Repressionsaufgaben geschaffen wurden) schufen die Voraussetzungen für den präventiv tätigen Polizisten.

Parallel zur geschilderten Entwicklung verlief der Ausbau des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Informationszentrale. Die Ausgaben für das BKA siegen z.B. von 1969 bis 1975 um 510,8%, von 22,4 Mill. auf 136,8 Mill. Dm. In die Regierungszeit der SPD fiel die Vorbereitung zur und die Einführung der Elektronischen Datenverarbeitung im BKA, an deren Ausbau der Präsident des BKA, das SPD-Mitglied Horst Herold, maßgeblichen Anteil hatte. In welchem Umfang Daten gespeichert und verarbeitet werden, wurde in Presseveröffentlichungen der letzten Zeit immer wieder deutlich.

Als Beispiel seien hier nur die Rasterfahndung und die Beobachtende Fahndung (Befa) in Erinnerung gebracht. Im Zuge der Rasterfahndung wurden unter anderem sämtliche Daten von Elektrizitätswerken daraufhin überprüft, ob der Ort des Energieverbrauchs mit dem des Zahlenden übereinstimmt. Im Rahmen der Befa 7K (Beobachtende Fahndung nach Kontaktpersonen von Leuten, die der RAF nahestehen sollen) wurden während der Schleyer-Entführung die Personalien aller 20- bis 35jährigen, die häufig die Grenze wechselten, gespeichert. Die Zahl der Beispiele kann beliebig verlängert werden und zeigt nur, daß in diesem Staat nahezu jeder in dem Raster, mit dem potentielle Umstürzler entdeckt werden sollen, hängenbleiben kann.

Auch der Verfassungsschutz wurde beim rasanten Ausbau der sogenannten Sicherheitsorgane nicht vergessen. Unter der SPD-Regierung wurden die drei Geheimdienste – Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst – einer einheitlichen Koordinationsstelle, dem Bundeskanzleramt, unterstellt. "Skandale" der letzten Zeit zeigen auch hier, in welchem Umfang der VS seine Arbeit begreift. Beispielhaft sei noch einmal an die Checklisten mit 287 Zeitungen und Zeitschriften sowie 238 Organisationen erinnert, die der BGS vom Verfassungsschutz erhielt. Personalien von Reisenden, die die aufgeführten Schriften bei sich hatten oder sich den Organisationen zuordnen ließen, wurden dem Verfassungsschutz mitgeteilt. Oder an die Praxis in den "Hamburger Stahlwerken", der "Werkzeug- und Maschinenfabrik Wilhelm Fette' usw., deren Arbeiter auf Wunsch der Betriebsleitung vom Verfassungsschutz überprüft und denunziert wurden.

Auch im Rechtsbereich suchte die SPD/FDP-Regierung die Präventions- und Repressionsmöglichkeiten zu erweitern. Aus der Vielzahl der Gesetzesänderungen seien drei noch einmal in Erinnerung gebracht.

Gemeinsam mit der CDU/CSU verabschiedete die SPD 1968 die Notstandsgesetze und Durchführungsbestimmungen hierzu. Die Polizei gab einen Teil ihrer Repressionsaufgaben an die Bundeswehr ab und setzte damit Kräfte frei für Präventionsaufgaben. Weiter wurden generelle Voraussetzungen für den Einsatz des BGS im Innern geschaffen, der dann 1972 durch das Bundesgrenzschutzgesetz endgültig legalisiert wurde, und das Post- und Fernmeldegeheimnis eingeschränkt.

Mit dem von der Innenministerkonferenz vorgelegten "Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" soll eine Vereinheitlichung der Länderpolizeien und eine weitere Ausdehnung polizeilicher Befugnisse erreicht werden. Auch hier tat sich wieder das SPD-regierte Berlin hervor. Ein Jahr vor der endgülten Fassung des Musterentwurfs 1976 wurden schon wesentliche Teile in das "Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz" übernommen.

Der "Musterentwurf" soll den gezielten Todesschuß auf Kinder unter 14 Jahren ausdehnen, den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten gegen Menschenmengen gestatten, die Durchsuchung ganzer Wohnblöcke und Stadtteile erlauben, die vorläufige Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung ohne konkreten Verdacht ermöglichen usw.. Die Durchsetzung des Musterentwurfs auf Länderebene erfolgt zur Zeit, wegen des Widerstandes von Teilen der Bevölkerung, nur verzögert und teils graduell entschärft.

Teile des Musterentwurfs sind auf Bundesebene 1978 durch die "Razziengesetze" vorweggenommen worden: Kontrollstellen können beliebig eingerichtet werden (§ 11 Strafprozeßordnung), bei schwierigkeiten der Identitätsfeststellung können Personen bis 48 Stunden festgehalten werden, wobei die Benachrichtigung von Rechtsanwälten unter bestimmten Voraussetzungen unterbunden werden darf (§ 163b StPO), und bei der Suche nach angeblichen Terroristen dürfen auch Wohnungen nicht beschuldigter Personen durchsucht werden (§ 103 StPO).

Mit der Ausdehnung der Prävention hofft die SPD, nicht erst dann auf Entwicklungen reagieren zu müssen, wenn sie bedrohlich werden, sondern diese schon im Vorfeld erkennen und in ihren Anfängen bekämpfen zu können. Ob ihr das gelingt, wird wesentlich davon abhängen, inwieweit wir es zulassen, daß der präventive Polizist (KOB, Jupo) ungestört seine Informationen sammeln und sich Milieukenntnisse verschaffen kann. Der Ausbau der Repression und der Befugnisse, zunehmend auch legal jeden Unbeteiligten in polizeiliche Maßnahmen mit einzubeziehen, richtet sich gegen jede jetzige und künftige denkbare Form von Widerstand. Wenn wir uns unsere Möglichkeiten nicht noch weiter einschränken lassen wollen, dürfen solche Gesetze wie z.B. die "Razziengesetze" nicht weitgehend unkommentiert durch gesetzt werden können, sondern mußt der Kampf gegen die Verfeinerung und den Ausbau des Unterdrückungsapparates endlich verstärkt und um den Kampf auf Rücknahme bisheriger Verschärfungen erweitert werden.

Sozialdemokratische Freiheitssicherung im Strafprozeß

"Betrachten wir die Reformen (des Strafverfahrens) seit 1945 im Ganzen, so läßt sich das Jahr 1968 als ein gewisser Wendepunkt in der Zielrichtung der erfolgten Reformen markieren. Bis zu diesem Zeitpunkt verfolgten sie einheitlich ein doppeltes Ziel – nämlich
1. typisch nationalsozialistische Änderungen zu beseitigen und
2. den rechtsstaatlichen Gehalt unserer Strafprozeßordnung durch eine Erweiterung der Verteidigungsrechte des Beschuldigten sowie der Zeugnisverweigerungsrechte fortzuentwickeln und zu verbessern.

Nach 1968 sind die Ziele der Reformen dagegen diffus und z.T. sogar gegenläufig. Neben Reformen, die in Fortführung der bisherigen Zielrichtung z.B. die Zeugnisverweigerungsrechte stärken und erweitern, finden sich zunehmend solche, die 1. – wenn auch nur in begrenztem Umfang – Regelungen wiedereinführen, die bereits im "Dritten Reich" bestanden, 2. im Zeichen rechtsstaatlicher Verbesserungen unseres Strafprozesses vorgenommene Änderungen aus den Jahren bis 1964 wieder beseitigen – oder 3. zusätzliche Beschränkungen der Rechte des Beschuldigten oder Machterweiterungen der Strafverfolgungsorgane begründen." (Prof. Rudolphi, in der "Zeitschrift für Rechtspolitik")

Die Tendenzwende wurde durch die von SPD und CDU/CSU gemeinsam durchgebrachte Notstandsgesetzgebung eingeleitet. Mit der Telefonüberwachung griff dieses Ermächtigungsgesetz auch in das Strafverfahrensrecht ein. Die wirklich atemberaubende Verwandlung der Strafprozeßordnung brach zu Beginn des 1. großen Stammheimer Prozesses an.

Das "Verteidigerausschlußgesetz", auch "Lex RAF" genannt, wurde Ende Dezember 1974 durch den Bundestag gepeitscht und trat schon am 1.1.75 in Kraft, weil sein unmittelbarer Zweck die Zerschlagung der Verteidigung im Stammheimer Prozeß gegen Baader, Meinhof, Ensslin und Raspe war. Dem entsprechend wurden noch vor Beginn des Proezsses die Rechtsanwälte Croissant, Groenewold und Stroele aufgrund des neuen § 138a StPO wegen eines angeblich dringenden Verdachts der Tatbeteiligung von der Verteidigung ausgeschlossen. Inzwischen wurde dieser Ausschlußtatbestand mehrfach erweitert. Andere Möglichkeiten, die Reihen derjenigen Anwälte, die das Vertrauen der Angeklagten hatten, zu lichten, boten die neuen §§ 137 und 146 StPO. Soweit die Verteidiger nan "überzählig" waren oder (auch in anderen Verfahren) andere Beschuldigte vertraten, denen teilweise "dieselben Taten" wie den Stammheimer Angeklagten vorgeworfen wurden, wurden sie ebenfalls ausgeschlossen. So erging es den Rechtsanwälten Golzem, Köncke und Spangenberg, weil sie vor dem Landgericht Kaiserslautern die Angeklagten Grundmann, Jünschke und Grashof verteidigten. Das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung mehrerer Beschuldigter (§ 146) sollte die gemeinschaftliche und arbeitsteilige Verteidigungskonzeption, die für den Stammheimer Prozeß langfristig vorbereitet worden war, noch in anderer Hinsicht handstreichartig durchkreuzen. Hatte sich der einzelne Anwalt bis dahin auf einen bestimmten Themenkomplex konzentriert, was angesichts des Umfangs des Materials dessen Bewältigung erst möglich machte, so mußte er jetzt diese Spezialisierung aufgeben und seine Arbeit auf die Verteidigung eines bestimmten Angeklagten ausrichten.

Das am 1.1.75 in Kraft getretene Gesetz gegen die Verteidigung hat über einen unmittelbaren Zweck (Eingriff in den Stammheimer RAF-Prozeß) hinaus sehr weitgehende Auswirkungen auf die Verteidigungsmöglichkeiten in politischen Strafverfahren überhaupt. Im "2.-Juni-Prozeß" (Lorenz/Drenkmann) kamen für die 6 Angeklagten, die sich vor dem Kammergericht Berlin verantworten müssen, allein über 80 mögliche Verteidiger in Berlin aufgrund des § 146 StPO nicht mehr in Betracht. Der Prozeß gegen Knut Folkerts in Stuttgart hat gezeigt, daß sich diese Situation erheblich verschärft hat. D.h. daß einige Angeklagte keinen Verteidiger ihres Vertrauens mehr finden, der auch zugelassen wird. Die Grundlage dafür hat der Stuttgarter Staatsschutzsenat in oben erwähntem Ausschluß der Rechtsanwälte Golzem, Köncke und Spangenberg aus dem Stammheimer RAF-Prozeß gelegt. Das Stuttgarter Gericht ging über den Wortlaut des § 146 StPO noch hinaus und stellte sich auf den – vom Bundesverfassungsgericht dann bestätigten – Standpunkt, daß die gemeinschaftliche Verteidigung mehrerer Beschuldigter nicht nur innerhalb ein und desselben Strafverfahrens unzulässig sei, sondern auch dann verboten, wenn mehrere Beschuldigte zwar in verschiedenen Verfahren verfolgt werden, sich diese jedoch ganz oder teilweise auf dieselben Taten beziehen. Auf "dieselbe Tat" beziehen sich aber im juristischen Sinne praktisch alle "Terroristenprozesse", weil die jeweiligen Anklagepunkte durch das Organisationsdelikt (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung, §§ 129, 129a) rechtlich verklammert sind.

Die gesetzlichen Vorschriften, die es den Angeklagten in politischen Prozessen schwer oder gar unmöglich machen, sich durch Anwälte ihres Vertrauens verteidigen zu lassen, werden ergänzt durch eine neue Einrichtung, die die Staatsschutzgerichte (sogar gegen den Wortlaut des § 143 StPO) selbst geschaffen haben: die Einrichtung des Zwangsverteidigers.

Zwangsverteidiger sind Rechtsanwälte, die vom Gericht gegen den Willen des Angeklagten zum Pflichtverteidiger bestellt werden, obwohl der Angeklagte bereits einen Verteidiger seines Vertrauens hat oder zur Bestellung als Pflichtverteidiger vorschlägt.

Ein solcher Zwangsverteidiger trat erstmals im Prozeß gegen Horst Mahler 1974 auf. Inzwischen gehören diese "Verteidiger", die das Vertrauen der Angeklagten nicht haben, zur Standardausstattung jedes größeren politischen Prozesses. Auch in einer reigerungsfreundlichen juristischen Fachzeitschrift wird zugegeben, daß durch ein Nebeneinander von Verteidigern, die nicht das Vertrauen der Angeklagten haben, "die Einheitlichkeit und Wirksamkeit der Verteidigung des Beschuldigten insgesamt in hohem Maße gefährdet und beeinträchtigt werden kann". (Römer, Pflichtverteidiger oder Wahlverteidiger? Der aufgenötigte Pflichtverteidiger, in: Zeitschrift der Rechtspolitik, Heft 4/1977, S. 93).

In der Tat, die Funktion des Zwangsverteidigers besteht gerade darin, die Prozeßtaktik des Angeklagten und seines Vertrauensanwaltes zu durchkreuzen und jede Art politischer Verteidigung zu sabotieren.

Prägnant ist dieses Konzept 1935 von einem Nazi-Anwalt namens Sack ("Verteidiger" Dimitroffs) formuliert worden: "Der Verteidiger ist nicht Interessenvertreter des Einzelnen, sondern Sachwalter der Volksgemeinschaft."

Der Strafprozeß wird heute wieder von führenden Justiz- und Polizeifunktionären praktisch ausschließlich als Instrument der Verbrechensbekämpfung bzw. des politischen Kampfes verstanden. Auf der Strekke geblieben sind in den letzten Jahren die Schutzrechte des einzelnen gegen staatliche Machtausübung und die liberale Auffassung, daß Strafprozeßrecht "angewandtes Verfassungsrecht" sei. Nicht nur in spektakulären politischen Strafverfahren, auch in den unzähligen Prozessen des Alltags wirkten sich die Gesetzgebung und die Justizpraxis aus, durch die Freiheit und Rechtssicherheit des einzelnen Schritt für Schritt abgebaut worden sind. Eine – ausgewählte – Beispiele sozialliberaler Rechtspolitik der letzten Jahre:

- Abschaffung des jederzeitigen Erklärungsrechts des Verteidigers (§ 257a StPO, 1975)
- Befugnisse des Staatsanwalts, beschlagnahmte Briefe zu öffnen (§ 100, 1976)
- Erweiterung der "ehren"gerichtlichen Maßnahmen gegen Rechtsanwälte (1976)
- Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Verteidiger und Beschuldigten bei Verdacht der Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" (§ 148, 1976)
- Beim selben Verdacht:
  - – Erweiterung der Vorbeugehaft (Haft auch ohne "Verdunklungsgefahr" (§ 112, 1976)
  - – KONTAKTSPERRE bei Gefahr "für Leben, Leib oder Freiheit einer Person" (Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes, 1977)
  - – Trennscheibe bei Verteidigerbesuchen (§ 148, 1978)
- faktische Abschaffung des Rechts, selbst Zeugen zu laden (§ 245, 1979)
- Zurückstellung von Entscheidungen über Befangenheitsanträge (§ 29, 1979).

heinrich heine buchhandlung

2 Wochen zu Fuß, Wanderungen in Europa und anderswo	7,80
Blankerts / Goodmann, Staatlichkeitswahn	7,80
Dörner, u.a., Der Krieg gegen die psychisch Kranken	15,–
Mannhardt / Schwamborn, Zivildienststories	9,80
El Salvador, Ein Land im Kampf um seine Befreiung	6,–
Brucker, Das Abseits als sicherer Ort	8,50
Wieder lieferbar: Hochmuth / Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Wiederstand	25,–

grindelallee 26, 2000 hamburg 13, 040/44 97 78

Rosa Listen

Die Existenz von "Rosa Listen", d.h. Karteien, in denen Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder unterstellten Homosexualität registriert werden, wird von der Lesben- und Schwulenbewegung schon seit langem behauptet und nachgewiesen.

Immer wieder haben Polizei, Justiz und Politiker dies abgestritten, trotz aller Nachweise und wider besseren Wissens. Anfang dieses Jahrhunderts gab es im Deutschen Reich schon die Kartei des Berliner Kriminalinspektors Meerscheidt-Hüllersen, in denen Schwule der "besseren Gesellschaft" erfaßt wurden.

Die Schwulenkartei im "3.Reich' enthielten nach offiziellen Angaben 1939/40 die Daten von 33.000 Schwulen und leisteten ihre Dienste zur Vernichtung Tausender Lesben und Schwuler in den KZs.

Die BRD hat von Anfang an diese Tradition ungebrochen weitergeführt. In den sechziger Jahren waren allein in München rund 3.000 und in Westberlin rund 4.500 Männer wegen "einfacher Homosexualität" registriert.

Auch nach den "Reformen" des § 175 1969 und 1973 (z.Zt. der SPD/FDP Koalition) wurden die Karteien keineswegs vernichtet, sondern bis zum heutigen Tag nachweislich in allen Bundesländern fleißig weiter geführt. Heute gibt es keine seperaten Karteien. Schwule haben in den Datenbänken die Kennziffer 11; auf Knopfdruck lassen sich dadurch komplette Schwulenlisten auswerfen.

Aufgrund von Anfragen duruch Bundestagsabgeordnete wurde stets die Weitergabe der Daten dementiert, nicht jedoch ihre Sammlung. SPD-regierte Länder wie NRW und Hamburg unterscheiden sich in ihrer Praxis durch nichts von den Praktiken in den unionsregierten Ländern.

Ende Juni, Anfang Juli gab es in Hamburg den großen Knall, der der Lesben- und Schwulenbewegung weitere stichhaltige Beweise an die Hand gab und das offizielle Lügengebäude kräftig ins Wanken brachte. Gerade angesichts der Bundestagswahlen sehen sich jetzt die "Volksvertreter" aller Parteien genötigt, sich um die Aufklärung zu bemühen. Bei der Lesben- und Schwulendemo am 28. Mai gab es Auseinandersetzungen mit den Bullen, weil die Demoteilnehmer laufend fotografiert wurden; nach Bullenaussagen, um die Karteien des Jugendschutzes aufzufrischen. Rundfunk und Presse wurden hellhörig. In der Nacht zum 1.7. besuchte eine Abordnung von Lesben und Schwulen die Männerklappe (Klo) am Spielbudenplatz und zerschlug dort einen Einwegspiegel.

Der Innensenator informiert:

Wissen Sie, was Ihr Arbeitgeber, Ihr Personalchef, Ihr Versicherungsvertreter, Ihr Bankberater, Ihr Hauswirt, Ihr Nachbar über Sie spricht ?

Der Große Bruder weiß es.

Mit staatlicher Empfehlung Ihre Datenbank

Montage von Cornelia Feer

Dahinter war ein dunkler Raum, ein zur "Überwachung" dort diensttuender Beamter konnte sich gerade noch durch 'ne Hintertür verpissen.

Tags darauf überschlugen sich Innensentator und Polizeisprecher mit sich widersprechenden Lügen und sahen sich starken Angriffen der Presse – bis hin zu den Springer-Blättern – ausgesetzt. Polizeisprecher Kelling sah bei einem Interview mit W. Bombosch am 3.7. im NDR reichlich alt aus. Innensenator Staacks Behauptung, daß diese Beobachtung von Schwulen in Klappen (allein in HH-Mitte) aus der Zeit vor der "Reform" 69 stamme, entpuppte sich als Lüge. In der Station Jungfernstieg, erst ein paar Jahre später gebaut, gibt's auch son Ding. Laut Kelling gab es in den Jahren 1973-75 ("eigentlicher Schwerpunkt der Überwachung"!!) über 1.200 Toilettenverbote, in den letzten Jahren je 30 - 100. Wer trotzdem dort pinkeln geht und erwischt wird, wird wegen Hausfriedensbruch verknackt. Kelling sagte zu, die Beobachtung ab sofort einzustellen und die Spiegel zu entfernen. Die Klappe am Spielbudenplatz wurde am Tag nach der Aktion geschlossen. (Wer näheres wissen möchte, dem sei die Dokumentation "Homosexuelle bespitzelt" empfohlen. Gibt's für DM 4,– im linken Buchhandel.

SOFORTIGE OFFENLEGUNG UND VERNICHTUNG DER ROSA LISTEN !
ERSATZLOSE STREICHUNG DER §§ 174 - 176 !

Der Hammersong:

Wir müssen nur den Hammer aus der Tasche ziehen
und damit spät am Abend auf die Klappe geh'n
Da holen wir dann aus und haun den Spiegel ein
Dahinter onaniert ein Bullenschwein

– Hamburger Tuntenchor –

Redaktion DU&ICH
Stichwort: ROSA LISTEN
Postfach 210, 2000 Hamburg 6

Rechtsanwalt Dr. Franz Reinhard
Große Bergstraße 219,
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 38 46 85 u. 38 28 60

Telefondienst ROSA LISTEN
(o4o) 43 59 97
täglich von 15 bis 19 Uhr

Womit sich Richter und Staatsanwälte fortbilden

Vom 23.4. bis 27.4.79 fand in der Justizakademie in Königslutter eine "Fortbildungstagung für Richter und Staatsanwälte über Besonderheiten in Verfahren gegen politisch motivierte Täter" statt. In dem uns freundlicherweise von Unbekannten zur Verfügung gestellten Einladungsschreiben heißt es unter anderem:

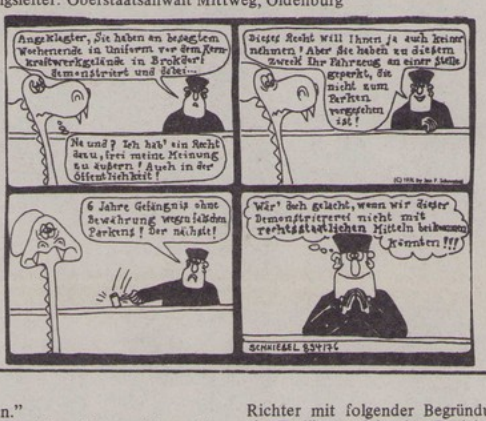
"Bei der Auswahl der Teilnehmer bitte ich, dafür Sorge zu tragen, daß neben erfahrenen Interessenten auch weniger erfahrene berücksichtigt werden. Diesen sollen Erfahrungen aus den bisherigen Prozessen in Niedersachsen und in anderen Bundesländern vermittelt werden. Hierdurch sollen sie leichter in die Lage versetzt werden, den besonderen Problemen in Strafverfahren gegen politisch motivierte Täter gerecht zu werden, falls sie einmal selbst mit einem solchen Verfahren befaßt werden sollten. Für Richter auf Probe und noch nicht planmäßig angestellte Staatsanwälte ist die Tagung jedoch nicht vorgesehen."

Das Programm dieser Tagung sah wie folgt aus:

Montag	Vormittag	Anreise der Teilnehmer
	13.30 Uhr	gemeinsames Mittagessen
	15.00 Uhr	Historische Vorläufer und ideengeschichtliche Grundlage des Terrorismus. Referent: Dr. phil. Dr. jur. Dr. sc. pol. habil Ulrich Mathee
Dienstag	8.30 Uhr	Planspiel bis gegen 18.00 Uhr (Mittagspause von 13.00 - 14.30 Uhr)
Mittwoch	9.00 Uhr	Auswertung des Planspiels
	15.00 Uhr	Die Polizei vor Gericht. Referent: Leitender Oberstaatsanwalt Kutzer, Göttingen. Korrefent: Polizeioberrat Windel, Hannover.
	17.30 Uhr	Vorführung von Filmen von den Grohnde-Demonstrationen
Donnerstag	9.00 Uhr	Besonderheiten in Verfahren gegen Terroristen. Referent: Bundesanwalt Gerd Harms, Karlsruhe
	15.00 Uhr	Erfahrungsaustausch
Freitag	9.00 Uhr	Störung der Hauptverhandlung in sog. Terroristenprozessen. Referent: Direktor des Amtsgerichts Dr. Hubert Grader.

Ende der Tagung nach dem gemeinsamen Mittagessen

Moderatoren: Ministerialrat Moschüring, Niedersächsisches Ministerium der Justiz und Oberstaatsanwalt Scharff, Hildesheim
Tagungsleiter: Oberstaatsanwalt Mittweg, Oldenburg



Vergewaltigte Frauen vor Gericht

Am 23.7.80 fand im Amtsgericht in Hamburg der erste Verhandlungstag über 2 Vergewaltigungen statt, die ein nigerianischer Seemann im September 79 und im März 80 an zwei Frauen beging.

Bemerkenswert an diesem Prozeß ist einerseits ein Verhandlungsklima, das für die vergewaltigten Frauen ungeheuer erniedrigend ist – das gilt leider grundsätzlich für Vergewaltigungsprozesse – andererseits, daß wir diesen Fall als Beispiel einer massiven Begünstigung des Angeklagten durch die Staatsanwaltschaft empfanden.

Die Radio- und Fernsehtechnikerin Frau K. ging mit einem befreundeten Ehepaar in eine Diskothek auf St. Pauli, dort trafen sie per Zufall einen gemeinsamen Freund. Er befand sich gerade im Gespräch mit dem Angeklagten Moses Harry. Das Ehepaar wollte nach Hause, Frau K. wollte sich baer noch weiter mit ihrem Bekannten unterhalten. Dieser mußte allerdings für kurze Zeit fort, wollte aber zurückkommen. Als Frau K. nach vergeblichem Warten die Diskothek verließ, kam ihr der Angeklagte mit der Nachricht entgegen, daß ihr Bekannter in seiner Wohnung auf sie warte, und er gekommen wäre, um sie abzuholen. Der Bekannte befand sich jedoch nicht dort – angeblich war er nur kurz Zigaretten holen. Als sich Frau K. nach kurzer Zeit entschloß zu gehen, wurde sie von Moses Harry auf das Bett gezerrt, geschlagen, gewürgt und dreimal vergewaltigt. Frau K.s Widerstand wurde immer wieder gebrochen, indem er ihr Gesicht in ein Kissen drückte, so daß sie kaum noch Luft bekam. Mit völlig geschwollenem Gesicht ging Frau K. nach Hause. Ihre Mutter sah sofort, daß sie vergewaltigt worden war. Die nächsten vier Tage konnte Frau K. das Bett nicht verlassen.

Danach machte sie sich, zusammen mit einer Freundin, auf die Suche nach der Wohnung des Angeklagten, traf ihn zufällig auf der Straße, rief die Polizei, und Moses Harry wurde verhaftet.

Kurze Zeit später kam er wegen angeblich mangelnden Tatverdachts wieder auf freien Fuß. Das Verfahren wurde eingestellt. Konnten Frau K. und ihr Anwalt gegen diesen Beschluß erfolgreich Beschwerde einlegen, so flatterte am 6.2.80 ein zweiter Einstellungsbeschluß in die Anwaltskanzlei. Wieder mußten Frau K. und ihr Anwalt seine Aufhebung beantragen; mit Erfolg.

Allerdings sollte der Prozeß vor einem Amtsgericht stattfinden – und nicht wie in derartig schweren Fällen angemessen und auch üblich vor einem Landgericht.

Im März 80 beging Moses Harry eine zweite Vergewaltigung an einer Schwedin, ebenfalls in seiner Wohnung. Ein Verfahren wegen Körperverletzung, begangen an einer Frau, mit der er zusammen gewohnt hatte, wurde "mangels öffentlichen Interesses" niedergeschlagen.

Die die polizeiliche Vernehmung wegen der Vergewaltigung an der Schwedin wurde klarer, warum sich die Staatsanwaltschaft für Moses Harry so ins Zeug geschmissen hatte: Er ist nicht nur Informant für die nigerianische Regierung – dies bejahte er übrigens am ersten Prozeßtag, sondern scheint auch als V-Mann in Sachen Rauschgift zu fungieren. Als Referenzen gab er bei seiner Vernehmung im März zwei entsprechende Namen und Telefonnummern an. Er ist dort als Person bekannt.

Es ergibt sich also der Verdacht, daß sich die Staatsanwaltschaft aus diesem Grunde besonders bemüht, den Schaden für den Angeklagten so gering wie möglich zu halten.

Im Prozeß selber waren die Frauen äußerst erniedrigenden Angriffen ausgesetzt. Von seiten des Verteidigers Anwalt Hüser – das Büro Goldbeck/Hüser soll häufiger als Verteidiger von V-Leuten auftreten – und des Angeklagten gipfelten sie in dem Vorwurf, die Radio- und Fernsehtechnikerin wäre eine rauschgiftabhängige Gelegenheitsprostitutierte, und – so auf Stichwort des Verteidigers – "Freunde" würden eigens zu ihr kommen, um von ihr Rauschgift zu bekommen. Ein nicht sehr phantasievoller Vorwurf für einen V-Mann in Sachen Rauschgift, dafür aber um so schwerwiegender. Seinem Antrag am 2. Prozeßtag, sogar einen Herrn Bergmann vom Rauschgiftdezernat als Sachverständigen für die Drogenabhängigkeit der Zeugin zu laden, wurde dann vom Richter Schmaltz jedoch nicht stattgegeben.

Die Schwedin wurde in seiner Aussage zur Alkoholsüchtigen, von der Verteidiger Hüser den Eindruck zu erwecken suchte, sie verkehre im Zuhältermilieu ("Kann man davon ausgehen, daß sie sich auf der Reeperbahn ganz gut auskennen?" "Ist Ihnen bekannt, daß dort (gemeint war der Club 88 und Sheila) sehr viele Zuhälter verkehren?" waren seine Fragen.)

Überhaupt schien der Herr Rechtsanwalt Hüser sich angesichts der Zuhörer (23 Frauen) zunehmend unwohler zu fühlen. Kurz nach Verhandlungsbeginn beantragt er beim Richter, er solle die Zuhörer zur Ruhe rufen. Von Frau K. verlangte er später genauere Angaben: "Kennen Sie die Leute im Zuhörerraum?" "Haben Sie diesen Leuten den Termin genannt?" "Wieviele von diesen Leuten sind Ihnen bekannt?"

Frau K. konnte nicht verstehen, was diese Fragen mit dem Sachverhalt zu tun haben; Richter Schmaltz ließ diese Frage aber zu.

Während Rechtsanwalt Hüser auf die recht zurückhaltenden und unterdrückten Reaktionen der Zuhörer übersensibel reagierte, stimmte er dem Antrag von R.A. Hoffmann (Anwalt von Frau K.), ein Zusammentreffen von Frau K. und dem Angeklagten zu vermeiden, nicht zu mit der Bemerkung: "Das erlebt man ja regelmäßig, daß von der Nebenklage solche Anträge gestellt werden."

– Dabei handelt es sich um die erste uns bekannte Nebenklage in einem Vergewaltigungsprozeß in Hamburg! – Zur Erklärung meinte er noch: "Nach Aktenlage will sie sich auf den Weg gemacht haben, um den Angeklagten zu suchen; dann wird sie ja auch in der Lage sein, ihm jetzt gegenüberzutreten."

Man hatte aber den Eindruck, daß der Staatsanwalt der bessere Verteidiger des Angeklagten war: Im Anschluß an die Aussage der Schwedin fragte er: "Hat der Schwarze vorher angedeutet, daß e er mit Ihnen Geschlechtsverkehr haben will?" Auf ihr "Nein" fuhr er fort: "Jetzt will ich die Frage mal anders formulieren: "Hat er Ihnen angeboten, daß Sie in seiner Wohnung übernachten können?" Das heißt, Staatsanwalt Gammelin geht davon aus, daß es das Recht eines jeden Mannes ist, mit der Frau "Geschlechtsverkehr auszuüben", die in seiner Wohnung übernachtet.

Eine ähnliche Mentalität spricht aus der Frage an Frau K.: "Ist es denkbar, daß Ihr Bekannter H. gesagt hat, daß Sie bereit waren mitzugehen und mit ihm Geschlechtsverkehr zu haben?" Auch ist Staatsanwalt Gammelin offenbar der Meinung, ein Nein von Frauen müßten Männer nicht ernst nehmen: Nachdem die Schwedin ihre Aussage gemacht und darin von Prügel und Würgen berichtet hatte, fragte er sie: "Es geht jetzt um die Frage, ob der eigentliche Geschlechtsverkehr mit Gewalt durchgeführt wurde. Hat der Angeklagte die Abwehr gemerkt oder hat er das als natürliche, normale Abwehr empfunden?"

Und an Frau K. richtete er nach ihrer Aussage die Frage: "Sie kennen ja die Mentalität von Afrikanern, meinen Sie, daß Sie sich deutlich verständlich gemacht haben?"

Auch Richter Schmaltz darf nicht vergessen werden: Als der Anwalt der Nebenklägerin Frau K. die Verweisung der Verhandlung an das Landgericht beantragte, lehnte der Richter mit folgender Begründung ab: Es "bestand ja eine Beziehung zwischen Opfer und Täter. Der Umstand, daß die Frauen bereit waren, in die Wohnung zu gehen, spielt bei der Strafzumessung eine Rolle." Es passierte ja nicht "in freier Wildbahn".

Besonders gut können wir an dem Fall Moses Harry sehen, warum so wenigen Anzeigen einer Vergewaltigung auch dann wirklich ein Prozeß folgt. Dreimal insgesamt wurde ein Verfahren eingestellt.

Nachdem sein vorheriger Rechtsanwalt Maeffert die Einstellung des Verfahrens wegen der Vergewaltigung an Frau K. erwirkt hatte, hatte Moses Harry Gelegenheit, weiter Frauen zu terrorisieren. Die zweite Vergewaltigung und die Körperverletzung beging er kurz danach, diese Fälle sind zumindest bekannt geworden. Einzig und allein die Tagsache, daß Frau K. mit ihrem Anwalt als Nebenklägerin auftrat – und nicht wie bisher üblich nur als Zeugin –, ist die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verdanken.

Wir vom Notruf für vergewaltigte Frauen Hamburg empfehlen jeder vergewaltigten Frau, sich eine Rechtsanwältin zu nehmen und Nebenklage zu erheben, weil sonst erfahrungsgemäß das Verfahren vorzeitig eingestellt wird ohne Bestrafung des Vergewaltigers, oder die Frau ist noch mehr ein Spielball von Verteidiger, Staatsanwalt und Richter.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die in Beugehaft genommene vergewaltigte Frau im März dieses Jahres.

Ab Mitte August sind wir für Beratung und Information telefonisch unter 270 12 03 zu erreichen.

Notruf für vergewaltigte Frauen
Hamburg

(s. auch gesonderte Erklärung zum Notruftelefon, d. Red.)

Erklärung zum Prozeß gegen Knut Folkerts

"Das Recht auf Verteidigung und das Recht auf ein faires Verfahren gehören zu den wesentlichen Grundsätzen eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens. Der Angeklagte darf nicht nur Objekt des Verfahrens sein; ihm muß vielmehr die Möglichkeit gegeben werden, zur Wahrung seiner Rechte auf den Gang und das Ergebnis des Verfahrens Einfluß zu nehmen."
(BVerfGE 26, 66,71)

Diese unverzichtbaren Voraussetzungen waren in dem Prozeß gegen Knut Folkerts durch die Nichtbeiordnung seines Vertrauensanwaltes Bernd Rosenkranz und die zu späte und überdies noch unzumutbar beschränkte Zulassung seines holländischen Vertrauensanwalts Arnoud Willems, sowie die gegen Knut Folkerts verfügten Haftbedingungen nicht gegeben.

Dadurch und durch die abrupte Beendigung des Prozesses sahen sich beide Anwälte gehindert, ein Schlußplädoyer zu halten, weil es ihnen nicht darum gehen konnte, elementare Rechtsverletzungen durch dennoch erfolgende Teilnahme an der Endphase des Prozesses in ihrer Wertigkeit herabzusetzen.

Im folgenden sollen die Bedingungen dargestellt werden, unter denen Knut Folkerts der Prozeß gemacht wurde, ein Schnellprozeß ohne Angeklagten und ohne Vertrauensverteidiger, geführt im Kammerton, wie es Spiegel (Nr. 28/80) und Stern (Nr. 30/80) nennen.

Wohl kaum einer, der nicht verblüfft ist über das Tempo, das hier vorgelegt wurde. Da werden an 15 Verhandlungstagen die Tatkomplexe Buback, Überfall auf Waffenhändler und Mitgliedschaft nach § 129a abgehandelt, an den 14 Tagen der Beweisaufnahme fast 100 Zeugen und Sachverständige vernommen.

Die Zielgerichtetheit des Prozesses und seine Durchsetzung läßt sich zutreffend als ein "mit der Axt durch den Wald gehen" bezeichnen.

Unter dem Gebot der Eile werden für den Buback-Komplex von dem Angebot an 123 Zeugen und Sachverständigen zielsicher 60, also etwa die Hälfte, herausgesucht und im Ruck-Zuck-Verfahren etwa 7 pro Beweisaufnahmetag vernommen. Und unter dem Gebot der Eile und dem Rahmen harmonischer Kammertonatmosphäre kommt man überein, den versuchten Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft einzustellen.

Die Einstellung dieses Anklagepunktes und die zutage getretene Eile dienen allein dazu, einen unliebsam gewordenen, mit "schädlicher Optik" charakterisierten (Spiegel Nr. 28/80) Prozeß ohne Angeklagten und ohne Vertrauensverteidiger schnellmöglichst zu beenden und damit faktisch zu verhindern, daß trotz aller auf Zerschlagung politischer Verteidigung zielenden Maßnahmen – getreu der Parole des Generalbundesanwalts Rebmann, Prozesse gegen Mitglieder der RAF zu entpolitisieren – dennoch die politischen Inhalte dieses Prozesses offengelegt werden.

Möglich gemacht wurde diese von Spiegel und Stern zu treffend beschriebene Harmonie von Gericht, Anklagevertretern und Pflichtverteidigern durch Nichbeiordnung des Vertrauensanwalts von Knut Folkerts, der, mit einem Kilometerhandicap behaftet, für eine besondere Art von Weiterentwicklung Stammheimer Rechsprechung sorgte. Nur einer der vielen Beiträge Stammheimer Prozesse zur "Weiterentwicklung" des Rechts, den speziellen Bedingungen spezieller Verfahren in dem speziellen Prozeßgebäude Rechnung tragend, um dem jeweiligen Verfahren die gewünschte Richtung zu geben.

Dreimal hatte der Vertrauensanwalt beantragt, dem Angeklagten beigeordnet zu werden, unter Hinweis auf bisher geltende Grundsätze, die es geboten erachteten, einem Angeklagten in einem derartigen Verfahren zumindest einen Verteidiger seines Vertrauens beizuordnen, gleichgültig, welche Anreisestrecke dieser Verteidiger zurückzulegen hatte und ob er als der Verfahrungssicherung dienlich angesehen werden konnte. Dreimal wies der Vorsitzende des 2. Strafsenats beim OLG Stuttgart, Dr. Foth, diese Anträge zurück, u.a. mit dem Bemerken, daß Zweck der gerichtlichen Bestellung eines Verteidigers auch sei, den ordnungsgemäßen Verfahrensablauf zu gewährleisten, und dieser Zweck verfehlt werde, wenn die weite Entfernung befürchten lasse, die lückenlose Anwesenheit des Verteidigers in der Hauptverhandlung sei nicht gesichert. Es folgte die bereits in der Presse zitierte Kilometerberechnung, wonach zwischen Hamburg und Stuttgart nach Straßenkilometern eine Entfernung von 685 km liege, was auch immer daraus zu schließen sei.

Noch bezeichnender für die Strategie dieses Prozesses und die Rolle, die dabei der Verteidigung zugedacht ist, sind folgende Bemerkungen des Vorsitzenden in seinen Verfügungen:

"Ob es geboten ist, dem Angeklagten, der von zwei gerichtlich bestellten Verteidigern verteidigt wird, einen weiteren Verteidiger gerichtlich zu bestellen, mag dahinstehen." – bzw. . . . *"ohne daß zu entscheiden ist, ob die gerichtliche Bestellung eines weiteren Verteidigers überhaupt angezeigt wäre."*

D.h. nichts anderes als Zerschlagung des Instituts der Wahlverteidigung – jedenfalls dort, wo der Wahlverteidiger zu seiner finanziellen Absicherung auf Beiordnung und damit Kostenerstattung durch die Staatskasse angewiesen ist – und Etablierung des strafprozessual und revisionsrechtlich unverzichtbaren Instituts der Verfahrenssicherung durch dem Angeklagten zwangsmäßig beigeordnete Pflichtverteidiger.

Daß dabei zwei Pflichtverteidiger zur Verfahrenssicherung eingesetzt werden und nicht wenigstens einer dem Wahlverteidiger Platz zu machen hat, wie es gesetzlich (§143 StPO) vorgesehen ist, ist eine Spezialität dieses Verfahrens.

Eine andere Spezialität dieses Verfahrens ist die fast zwei Jahre lang verhinderte Zulassung des holländischen Anwalts des Vertrauens von Knut Folkerts, Arnoud Willems, und die dann kurz vor Prozeßende doch erfolgte, jedoch nicht als solches zu bezeichnende "Zulassung" von Arnoud Willems. Willems hatte Knut Folkerts in mehreren Verfahren in Holland vertreten und genießt sein volles Vertrauen. Dem entsprechend hatte Knut Folkerts bereits zu Beginn des Ermittlungsverfahrens die Zulassung von Arnoud Willems als seinen Wahlverteidiger beantragt.

Die "Zulassung" ist mit Auflagen versehen, die aus ihr einen Verteidigungsausschluß machen:

"Herr Advocaat Arnoud Willem wird in Gemeinschaft mit Rechtsanwalt Bernd Rosenkranz als Verteidiger zugelassen. Er darf nur im Einvernehmen mit Rechtsanwalt Rosenkranz handeln, darf nur in dessen Begleitung in der Hauptverhandlung auftreten und den Angeklagten besuchen, darf schließlich mit dem Angeklagten nur über Rechtsanwalt Rosenkranz in deutscher Sprache verkehren. Etwaige für Advokaat Willems bestimmte Zustellungen erfolgen zu Händen von Rechtsanwalt Rosenkranz."

Gekennzeichnet war dieser Prozeß und die in ihm offenbar gewordene Entpolitisierungsstrategie ferner durch die Haftbedingungen, denen Knut Folkerts ausgesetzt ist. Haftbedingungen sind Stammheimer Spezialität, hier setzt Stammheim gewissermaßen das Maß aller Dinge, was sich bei Knut Folkerts nahtlos fortsetzt. Am 1. Prozeßtag hatte Knut Folkerts auf seine seit Verlegung nach Stammheim verfügte Totalisolation hingewiesen und beantragt, das Verfahren auszusetzen, bis ihm – wie von ihm bereits am Tag nach seiner Verlegung beantragt – Hofgang und Umschluß mit den Gefangenen Siegfried Haag und Roland Maier gewährt werde. Mit diesem Antrag ging es Knut Folkerts um Haftbedingungen, unter denen eine Verteidigungsfähigkeit erst möglich wird, und unter denen er als Gefangener aus der RAF zur Anklage, zu diesem Prozeß und seiner Funktion, die Tatsachen und den Zusammenhang der Politik entwikkeln und erklären kann.

Foth, der als Vorsitzender des 2. Strafsenats verantwortlich für die Haftbedingungen des Untersuchungsgefangenen Knut Folkerts ist, hat dies verhindert, indem er die von der Anstalt vorgegebenen Haftbedingungen absegnete und den Antrag u.a. mit der Begründung ablehnte, daß Knut Folkerts in der Hauptverhandlung den "bewaffneten Widerstand" propagiert habe. Das heißt nichts anderes, als daß Knut Folkerts isoliert werden muß, weil er die Politik der RAF vertritt.

Mit gleichlautender Begründung segnete es der Vorsitzende ab, daß Knut Folkerts sich bei den mindestens dreimal wöchentlich stattfindenden Zellenkontrollen – entsprechend der Anordnung des Anstaltsleiters Malik – jedesmal völlig nackt aus- und umkleiden muß, obwohl er aufgrund seiner Isolation mit niemandem in unmittelbaren Kontakt treten kann. Derartig schikanöses Umkleiden wird von Foth wiederum damit gerechtfertigt, daß Knut Folkerts den bewaffneten Widerstand propagiert.

Die Isolation von Knut Folkerts wird noch dadurch verschärft, daß ihm das Recht, Besuch zu empfangen, beschnitten wird, indem Foth Bekannte und sogar Verwandte, darunter auch seinem Bruder Uwe, Besuchsverbot erteilt. Ferner werden aufgrund Verfügungen Foths oder eines anderen Senatsmitglieds fortwährend an Knut Folkerts gesandte Briefe, Zeitungen und Bücher beschlagnahmt, und zwar insbesondere diejenigen, die politischen Inhalts sind, die ihm also in Hinblick auf die von ihm gewollte Verteidigung von Nutzen sein könnten.

Gekennzeichnet ist dieser Prozeß weiterhin durch Unterdrückung von hinsichtlich der Anklagepunkte geführter Ermittlungen mit dem Ziel, losgelöst von anderen der Tatbeteiligung Verdächtigen einen Einzelprozeß gegen Knut Folkerts führen zu können, um eine kollektive Verteidigung zu verhindern. Die der Verteidigung zur Verfügung stehenden Akten sind gewissermaßen gereinigt von Ermittlungen bzw. Ermittlungsergebnissen bezüglich anderer der Tatbeteiligung Verdächtigten.

Gekennzeichnet ist dieser Prozeß in Stammheim weiterhin durch die Umstände, durch die er überhaupt erst möglich gemacht wurde, nämlich durch die Art und Weise, wie Knut Folkerts Auslieferung aus Holland betrieben und erreicht wurde.

Die Auslieferung Knut Folkerts konnte – wie in dem zu Prozeßbeginn gestellten Antrag gelegegt – nur dadurch erreicht werden, daß gegenüber der niederländischen Justiz der politische Charakter der hier angeklagten Taten unterschlagen wurde. Der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende Haftbefehl der Bundesanwaltschaft enthielt keinerlei Hinweise auf die politischen Ziele der RAF, weder war die Erklärung der RAF zur Tötung Bubacks, noch die Erklärung zum Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft beigefügt, obwohl auf beiden Erklärungen in der Anklage Bezug genommen wird. Der Grundsatz der Nichtauslieferung und Nichtverfolgbarkeit politischer Straftaten wurde mißachtet.

Gekennzeichnet ist dieser Prozeß und die in ihm zutage getretene Entpolitisierungsstrategie aber insbesondere dadurch, daß es ihm – abgesehen von dem verlesenen Sektionsbericht und den dazu gehörten Sachverständigen – überhaupt nicht offenbar wurde, daß es hier primär um die Tötung Bubacks ging, eines Mannes, der zu Lebzeiten eine hervorragende Rolle innerhalb dieses Staates inne hatte, den näher zu charakterisieren sich beinahe erübrigt, da dies schon eine Reihe von Nachrufen getan haben.

Wer dieser Mann war, welche tatsächliche Funktion er hatte, wofür er verantwortlich war, ist in diesem Prozeß unterdrückt worden.

Ebenso wurde in diesem Prozeß unterdrückt, daß es eine Auseinandersetzung gibt zwischen der RAF, die sich als Metropolenguerilla, als Teil des proletarischen Internationalismus versteht, und den imperialistischen Kräften, die das kapitalistische Staatssystem der BRD stützen, eine Auseinandersetzung, die von beiden Seiten mit politisch-militärischen Mitteln geführt wird, bei der Buback auf der Seite dieses Staates eine führende Position einnahm. Wäre daher in diesem Prozeß nach den Hintergründen der Tötung Bubacks gefragt worden, hätte offenbar werden können, daß die RAF, von den maßgeblichen Kräften dieses Staates zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wird, und dieser Kampf sich noch fortsetzt gegen die Gefangenen aus der RAF sowie in den Prozessen, die ihnen gemacht werden.

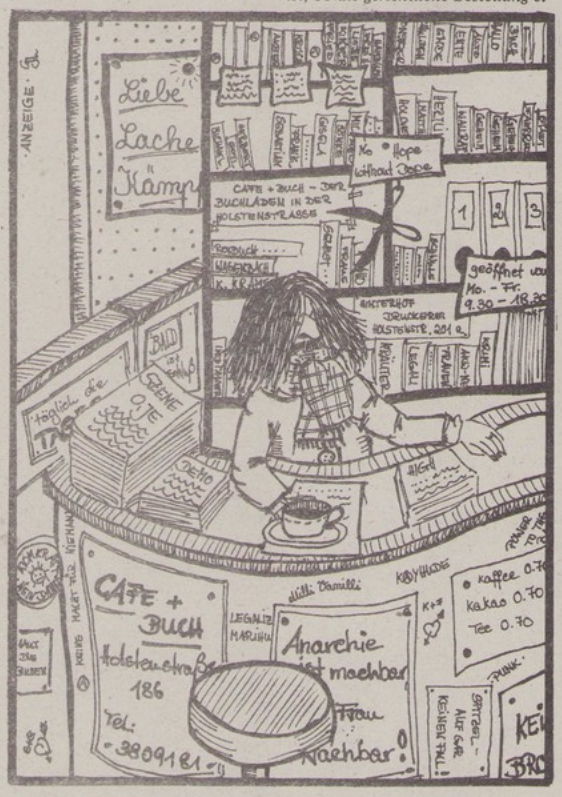
Entsprechend der Entpolitisierungsstrategie galt es daher zu verhindern, daß der in diesem Prozeß zu beurteilende Sachverhalt der Tötung Bubacks und seiner Begleiter nur unter den völkerrechtlichen Kategorien des Krieges begriffen werden könnte mit der Folge, daß dann für die Anwendung innerstaatlichen Strafrechts kein Raum wäre.

Unter den dargestellten Strategien dieses Prozesses und der aufgrund der Nichtbeiordnung nur eingeschränkt möglichen Verteidigung, war beabsichtigt, entsprechend der vorgegebenen Terminliste die kommenden Wochen zur weiteren Vorbereitung umfangreicher Beweisanträge zu nutzen, um dann nach der vom 4.8 - 8.980 vorgesehenen Sommerpause wieder in den Prozeß hineinzugehen und die Anträge einzubringen.

Damit will ich in eigener Sach kurz auf die Vorwürfe der Herren Bundesanwälte in ihrem Plädoyer eingehen, die gegen mich gerichtet waren: Wie die aufgrund finanzieller und damit zeitlicher Hemmnisse eingeschränkte Verteidigungsmöglichkeit genutzt wird, ob durch sporadisches Teilnehmen an der Beweisaufnahme oder durch Besprechung prozessualer Eingriffsmöglichkeiten bzw. Vorbereitung von Anträgen mit dem Mandanten entzieht sich der Beurteilung und Einflußnahme von Bundesanwälten, ohne daß es an dieser Stelle einer Erörterung der Grundsätze freier Advokatur bzw. Unabhängigkeit eines dem Gericht und der Staatsanwalt "gleichgestellten Organs der Rechtspflege" bedarf.

Rosenkranz

(Von der Redaktion gekürzt)



PROZESSKALENDER

Datum/Uhrzeit	Gericht/Saal	gegen wen und warum
26.8.; 27.8.; 29.8.; 1.9.; 2.9.; 8.9.; 10.9.; 12.9.	Landgericht (Strafjustizgebäude) Saal 237 (Staatsschutzsaal)	Thomas Wulf (Verantwortlicher der Zeitung "Volksmiliz") wegen 'Wehrkraftzersetzung'
1.9. 9.30 h 8.9. 8.30 h	Amtsgericht Harburg	3 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs usw. (Protest gegen NPD-Treffen in Harburg im Mai 1979)
1.9. 14.00 h	Amtsgericht Altona Saal 101	Parolen-Malen am Bahnhof Altona ("Die WAA wird nie gebaut")
2.9. 14.00 h	Arbeitsgericht (Max-Brauer-Allee) Saal 137	Fürniß ./. Broschek (Kündigung wegen eines Artikels in "Konkret"-Sonderheft Sexualität)
5.9. 13.00 h	Landgericht (Jenckelhaus in Altona) Saal 119	Körperverletzung und Widerstand bei Prozeßbeginn im 90a-Prozeß (Stammheim) am 18.10.1979
8.9. 13.00 h	Amtsgericht Altona Saal 201	Widerstand und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bei Protest gegen NPD-Veranstaltung in Bahrenfeld im November 1979
26.9. 8.30 h	Amtsgericht Uelzen Saal 21	Cornelius H. wegen Beschädigung eines Dienstfahrzeuges des BGS in Trebel

Treffpunkt d. Gruppe:
jeden Mittwoch
19³⁰ im "Hinkelstein"
Bundesstr. 1

HASS-HITS

Hamburgs anarcho-syndikalistischer Stänkerer-Haufen in tierischer Staatsverdrossenheit

Altona muß zurück an Dänemark!

X Hass Untergrund wenn man reinkommt gleich links 2000 Hamburg 99

OFFENER BRIEF

An Margrethe II
Königin der Färöer, Grönlands
und von ganz Dänemark

Kopenhagen

Kontaktadresse: Oben im Fensterfeld ablesen oder bei Hamburgs Verfassungsschutz erfragen (24 44 43)
Telefon ist in der BRD noch zu unverschämt teuer
Fernschreiber können wir uns ohnehin niemals leisten
Bankverbindungen wollen wir nicht, weil unser Geld für die hiesigen Gebühren wirklich zu schade bleibt

IM ÜBRIGEN GEHÖRT ALTONA ZURÜCK AN DÄNEMARK!!!!!

Hamburg, den 22. August 1980

Majestät!

Es ist etwas faul im Staate Dänemark, und das seit bald 116 Jahren. Denn am 30.10.1864 wurde Altona preußisch, und das ist eine Sauerei, die zurückgeändert gehört.

Altona gehört zurück an Dänemark. Unter Leuten, die denken können, wird es darüber keine zwei Meinungen geben. Genau jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese so berechtigte Forderung anzumelden.

Unsere bundesdeutschen Volksverblöder sind nämlich wieder einmal von ihren hohen Rossen geklettert und zu uns, ihren Ernährern unterwegs; wir sollen entscheiden, wer aus der großen Bonner Machterhaltungs-Koalition bald an die größeren Fleischtöpfe zurückdarf. – In den kommenden 6 Wochen werden sich einige Politmenschen deshalb nicht nur als Kopfnicker vor der Wirtchaft betätigen, sondern ab und an auch wie ganz normale Menschen ansprechbar sein. Und wenn den Bonner Bundesheinis etwas oft genug wiederholt wird, dann richten die sich schließlich danach. – Zuletzt haben das hier einige grüne Jungs gezeigt, die offen zugaben, grün zu sein. Ständige Wiederholung lockerer Sprüche ähnlich „Steckdosen nein danke" machten grün zur Bonner Modefarbe; Dort behaupten die meisten schon verkalkten Volksverblöder jetzt, schon immer Grasfresser gewesen zu sein. Du siehst also, Majestät, Du hast gute Chancen, Altona heimholen zu können – was zu versuchen, ja wohl Deine verdammte Pflicht als Oberdänin ist. Wir werden Dich ab heute kräftig unterstützen.

Warum wir das tun? Ganz einfach: Uns stinkt die obrigliche Willkür in diesem „freiheitlichen Rechtsstaat". Wir wollen wie in früheren Zeiten Straßen kreuzen, wenn bundesdeutsche oder auch Deine königlich-dänischen Bullen zu aufdringlich werden. Wir wollen denen nicht immer gleich was auf die Zwölf hauen. Kurz ausspucken und zur anderen Straßenseite schlendern, auf welcher der Polyp von dieser nichts zu sagen hat, ist doch viel cooler!

Auch unsere Kinder sind für die Rückkehr Altonas nach Dänemark. Denn dort gibt es keine Schulpflicht, und das dänische Speiseeis gilt als ganz vorzüglich. Schließlich werden viele Dänen ausgesprochen happy sein über günstigere Saufmöglichkeiten auf der anderen Straßenseite. Alles in allem gibt es für Dich also keinen Grund, weiter untätig zu bleiben.

Schicke jetzt aber bloß keine Langschiffe die Elbe hoch, wie es die auch nicht schlechten Dänenkönige Harald Gormsson Blaatand, Sven Gabelbart und Knut der Große sicherlich getan hätten. Man hat dann nachher die Sauerei mit den Leichen, und zu viele Sachen gehen kaputt. Das haben wir nicht besonders gern. Außerdem (machen wir uns doch nichts vor, Margrethchen, Majestät, Liebling, Schnuckiputz) hast Du Deinen Dänen dafür denn doch zu wenig zu sagen.

Auch solltest Du den an sich guten Gedanken verwerfen, die Kronjuwelen ins Pfandhaus zu schleppen, um uns mit Geld unterstützen zu können. Wir machen die hierzulande üblichen Unverschämtheiten nämlich nicht mit, von anderen etwas zu fordern und den Umworbenen dafür in die Tasche zu langen.

Aber trotzdem kannst Du uns auf dem Umweg über Geld helfen, nämlich dann, wenn Eure gewählten Volksverblöder im Folketing wieder einmal einstimmig ihre Diäten kraft Gesetz erhöhen wollen.

Nach Grundlov v. 5. 6. 1953 hast Du doch ein absolutes Vetorecht gegen alle Gesetzesbeschlüsse. Dann gib den Volksverblödern doch bei nächster Gelegenheit Bericht: „Erst holt Ihr mir Altona zurück; vordem gibt's keine einzige Krone Zulage." Was glaubst Du wohl, Majestät, wie schnell die in die Hufe kommen und in Europas Erbsenzählerzentrum den Hebel ansetzen. – Vielleicht kommt ein Brüsseler Tauschhandel zustande: 1,28 Prozent mehr Abschöpfung auf Dänemarks Hühnerhälse gegen die Verwirklichung der alten Heimatrechte in Altona.

Gerade für solche Forderungen haben unsere bundesdeutschen Volksverblöder so viel Verständnis, daß sie wahrscheinlich schamrot anlaufen, wenn ihre dänischen Kollegen sie wegen der alten Rechte ansprechen.

Du glaubst das nicht, Majestät? Dann erinnere Dich bitte an die vielen östlich angehauchten deutschen Heimatverbände. Deren Mitglieder stammen entweder von Deutschen jenseits der Oder und Neiße ab, oder ihnen dämmert noch aus eigener Erfahrung, wie es vor mehr als 35 Jahren in der kalten Heimat aussah. Diese Typen werden hier durchaus ernstgenommen, gelten als seriöse Leute mit „angestammten Rechten", nicht etwa nur als Jidel-Hops-Vereine – Da unsere Heimatrechte nicht 35, sondern schon fast 116 Jahre alt sind, kann das doch nur heißen, daß sie eher verwirklicht werden müssen. – Soo blöd ist denn doch kein deutscher Politiker, daß er das nicht sofort kapieren könnte.

Also, Majestät: Ans Werk! – Hole Altona zurück nach Dänemark. Wir helfen dabei, so gut wir können. Um uns vorweg als gute Dänen zu zeigen, wollen wir unserer Landwirtschaft einen Stoß nach oben verpassen: Auch hier werden in den kommenden 6 Wochen haufenweise Leute auftauchen, die sich selbst für klug, weise, sogar für wählbar halten. Wir haben beschlossen, nur dänsche Eier zu werfen.

X. Hass

Und wer denken kann, wählt garnicht, oder er macht den Zettel ungültig: LISTE A

HASS-HITS

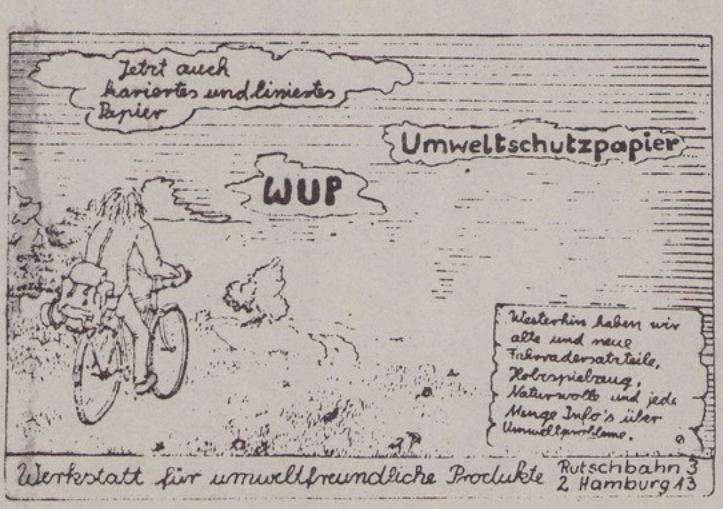
Hamburgs anarcho-syndikalistischer Stänkerer-Haufen in tierischer Staatsverdrossenheit

MÜGGENKAMPSTR.8
(neben Penny) HH 19
GUTSCHEIN
für 1,– MARK
ERMÄSSIGUNG AUF JEDEN CROQUE !!
Monsieur Croque
MMH!
HEISS UND FRISCH AUF DEN TISCH
bietet original französische Imbiß-Spezialitäten
Mo - Sa 11⁰⁰ - 22⁰⁰ tel. 4917741
CROQUES = ORIGINAL-FRANZÖS. WEISSBROTE, ÜBERBACKEN

Croque Madame	Tomaten, Käse	4,00
Croque Monsieur	Schinken, Käse, Tomaten, Salat	5,00
Croque Pizza	Frikadelle Tomaten, Käse	5,00
Croque Paris	Salami, Gurken, Käse	5,00
Croque "Spezial"	Schweinebraten, Salat Gurken, franz. Camenbert	7,00
Croque "Spezial II" doppelt	Schinken-Käse, Tomaten, Salat	7,00
Crêpes: zarte Eierpfannkuchen mit ausgesuchten Füllungen		
Chefsalat	Schinken, Käse, Eier Tomaten, Salat Gurken	5,00

ADRESSEN VON ANWÄLTEN:

Baufeld, Werner + Eckold, Renate
Schlüterstr. 12, HH 13,
Tel. 44 48 68
Benoit, Gerd + Benoit, Raimund,
Hallerstr. 72, HH 13, Tel. 448441/42
Böddeling, Manfred + Debler, Georg + Kautzky, Wolfgang
Friedensallee 50, HH 50, Tel. 3909221
Böhmer, Sabine + Krohn, Hans
Bundesweg 4, HH 13, Tel. 410 55 72
Bosse, Arnold, Eissing, Thomas, Nitschke, Michael, Schanzenstr. 83, HH 6,
Tel. 439 70 39
Esche, Jacob, Franke, Rössler
Grindelallee 1, HH 13, Tel. 44 08 22
Ewe, Petra + Pötz-Neuburger, Susanne
Kirchdorfer Str. 84, 2102 HH 93,
Tel. 754 00 44
Gosau, Tode, Wagner
Fuhlsbüttlerstr. 599, HH 60,
Tel. 630 10 18
Groenewold, Kurt, Osterstr. 120, HH 20
Tel. 49 29 15
Günnemann + Jacobi, Heußweg 35,
HH 19, Tel. 40 20 20
Holtfreter, Andreas + Rohrmoser, Peter,
Heidberg 42, HH 60, Tel. 279 40 27/8
Jipp, Helmuth, Rentzelstr. 7, HH 13,
Tel. 44 04 44
Lüders, Albrecht, Feldstr. 60, HH 6,
Tel. 439 80 87/8
Piontek, Franziska, Neuer Pferdemarkt 13
Tel. 43 67 47
Piontek, Nikolaus + Partner
Schanzenstr. 117, HH 6, Tel. 43 50 00
Reinhard, Wolf-Dieter, Heußweg 35,
HH 19, Tel. 40 22 11
Römmig + Partner
HH 6 Feldstr. 60
Tel: 439 8087



Laßt mein Grab verwildern
und gebt mir zu Lebzeiten
die Blumen.

Auf dem Friedhof
sehe ich Gräber
schön gepflegt –
mit Blumen und Sträuchern.

STÖR-en wir das Herbst-MANÖVER!

Ziel dieses Manövers ist es zum einen, die militärische Vorbereitung eines Angriffskrieges der Nato in Europa zu proben, zum anderen, Kriege gegen die Dritte Welt vorzubereiten und dafür eine kämpferische Armee zu haben.

Gemeinsam wird das Manöver "Autum Forge" von den westlichen Imperialisten unter Führung der USA durchgeführt, um das taktische Zusammenwirken der einzelnen Militärverbände zu erproben.

Soweit wir das bisher wissen beinhaltet das Manöver:

1. die bisher größte Truppenverschiebung der amerikanischen Reservekräfte,

2. ist eine große amphibische Invasion von England auf das europäische Festland geplant. 30.000 britische Reservisten und Soldaten werden eingezogen und per Schiff und Flugzeug ins "Kampfgebiet" gebracht.

Geprobt wird im Rahmen des größten britischen Manövers seit dem 2. Weltkrieg: „Crusader 80" sein Name. Dieses „Kreuzfahrer"-Manöver besteht aus drei zusammengehörenden Teilen, die im Monat September auf der englischen Insel und vor allem in der Bundesrepublik – dort unter dem Manöver-Namen „Spearpoint" – ablaufen sollen:

● Der erste Teil ist eine Mobilisierungsübung, zu der es wie im Kriegsfall der „Queen's Order" bedarf, der Unterschrift der Königin. Geprobt werden soll, wie schnell im Verteidigungs- oder Spannungsfall reguläre britische Streitkräfte, Reservisten und Territorial-Armee alarmiert werden können und wie schnell sie einsatzbereit sind.

● Im zweiten Teil des Manövers wird dann das eigentliche „Reenforcement" geübt. Rund 30000 englische Soldaten werden auf dem See- und Luftweg innerhalb weniger Tage nach Europa gebracht. Sie sollen die britische Rheinarmee verstärken und in der dritten und vierten Septemberwoche mit deutschen und amerikanischen Einheiten im Gebiet zwischen Lüneburger Heide und Weserbergland im Manöver stehen.

● Der dritte Teil von „Crusader 80" ist eine „telefon battle", eine Stabsrahmenübung im östlichen Teil Englands. Der Schutz der „homelands", die Organisation des Objektschutzes wichtiger Industrie- und Militäranlagen gegen Sabotage und infiltrierte Feindtruppen soll geübt werden. Simuliert werden soll auch die militärische Reaktion nach dem Abwurf einer Atombombe über der Grafschaft Kent.

Die Manöver-Aufgaben des dritten Teils von „Crusader 80" müssen nur auf dem Papier, nur fiktiv, ohne daß Soldaten und Gerät bewegt werden müssen, bewältigt werden. In den beiden anderen Manöver-Abschnitten gilt es jedoch das, was am Telefon schon häufig durchgespielt wurde, in konkrete Praxis umzusetzen. Die Stunde der Wahrheit. Im September wird sich erweisen, ob das, was schon lange Bestandteil der NATO-Strategie ist, wonach bekanntlich Europa schon östlich des Rheins, ja der Weser, gegen einen möglichen sowjetischen Angriff auch mit britischen Truppen verteidigt werden soll, auch wirklich reibungslos durchführbar ist.

Afterjucken verbindet

Presseauszug NHP, 6.8.80

Hasselmann fordert eine unabhängige Miliz. Eine von der Nato und der Bundeswehr unabhängige Miliztruppe „für die Heimatverteidigung" hat der niedersächsische CDU-Vorsitzende, Bundesratsminister Hasselmann, gefordert. Der Oberstleutnant der Reserve will damit die seiner Ansicht nach erstarrte Diskussion über die Zivilverteidigung beleben. Der neue Begriff „Heimatverteidigung" soll „einen Durchblick auf die Motive für die Verteidigungsanstrengungen des zivilen Bereiches eröffnen". Er lasse die „inneren Bindungen an den eigenen Lebensraum, seine Menschen und seine Lebensordnung" spürbar werden, meinte der Minister.

Die „Heimatverteidigung" soll laut Hasselmann hinter NATO-Verbänden und Territorialheer als Heimatschutztruppe eine dritte „Verteidigungslinie" bilden. Er fürchtet, daß andernfalls das bundesrepublikanische Hinterland in einem Krieg ohne ernst zu nehmenden Schutz sei. Ihn sollten „rein infantristisch" ausgebildete Verbände wahrnehmen, „die sich ausschließlich und ohne Zugriffsmöglichkeiten durch die NATO-Verbände der Aufgabe widmen können, der Kampftruppe Hand, Hirn und Herz für die eigentlichen Abwehraufgaben frei zu halten".

Der CDU-Chef verspricht sich auch einen psychologischen Effekt: „Der Gedanke von der Verteidigungswürdigkeit des Heimatgebietes würde nach und nach in der gesamten Breite unserer Bevölkerung verankert. Verteidigungsvorkehrungen würden allmählich mit größerer Selbstverständlichkeit in das tägliche Leben einbezogen." Ausschreitungen wie die Gelöbniskrawalle könnten so langfristig verhindert werden.

Hildesheim, 12.8.80

Auf dem NATO-Übungsplatz in Hildesheim, der in der Hauptsache für Gefechtsübungen von Pahzern dient, soll Panzermunition für ca. *drei Kriegsjahre* gelagert sein (offen bleibt, wie sich „Kriegsjahre" definieren!). Nukleare Waffen sind anscheinend nicht gelagert. Vor einiger Zeit wurde der durch Stachel- und Natodraht militärisch gesicherte Teil des Übungsplatzes (Munitionsdepot) nachts und tagsüber von mindestens 6 Soldaten bewacht. Nachts erscheint zusätzlich noch zu unregelmäßiger Zeit ein Kontrolleur der zuständigen Kaserne in der Steuerwalder Straße. Inzwischen wurden die Kontrollen des NATO-Übungsplatzes – wie einer Zeitungsnotiz zu entnehmen ist – verstärkt.

Mitteilung der Bremer Reservisten-Initiative

Zur Koordination unserer Vorstellungen und Aktionen haben wir uns Mitte Juli mit anderen örtlichen Initiativ-

Gruppen von Reservisten aus der ganzen BRD getroffen und gemeinsam beraten, daß wir bei genügender Vorbereitung dieser Reservisten-Initiativen im November in Bonn oder anderwo, anläßlich einer neuen Serie öffentlicher Massenvereidigungen zum 25-jährigen Bestehen der Bundeswehr, lautstark in einer einheitlichen Begründung erklären werden, daß wir uns nicht verheizen lassen und ab sofort aus den Listen der NATO-Kriegspläne gestrichen werden können.

Diese öffentliche und gemeinsame Willenserklärung soll von diversen Aktionen begleitet werden und auch diejenigen einbeziehen, die für sich einen Sinn in dem Gang durch das Anerkennungsverfahren auf Kriegsdienstverweigerung sehen.

Zur Vorbereitung dieser bundesweiten Aktion werden wir uns neben der lokalen Mobilisierung am 1. September (Antikriegstag) durch Verbrennung unserer Alarmreservebescheide an den Störaktionen während des großen NATO-Manövers im September beteiligen und bitten alle Soldaten und Reservisten, die ähnlich denken wie wir, in ihren Städten und Dörfern ähnliche Initiativen zu gründen und sich mit der Bremer Reservistengruppe über folgende Kontaktadresse in Verbindung zu setzen: Bremer Reservistengruppe, c/o Frank Janzen, Friesenstr. 33, 28 Bremen, Tel. 0421/76948

Laßt euch nicht BRD-igen!

Presseauszug. Lippische Landeszeitung 13.8.80
Herbstmanöver im September

Brüssel (ddp). Die diesjährige Herbstmanöverserie der NATO „autumn Forge" soll in der ersten Septemberhälfte beginnen und bis Mitte November andauern. Wie der NATO-Oberbefehlshaber Europa, General Rogers (USA), gestern in Brüssel mitteilte, sind dabei 25 Manöver aller Teilstreitkräfte und Waffengattungen vorgesehen. Die Manöver sollen auf dem gesamten europäischen NATO-Gebiet vom Nordkap bis zur Ostgrenze der Türkei stattfinden. Dazu gehört auch wieder das „reforger"-Manöver, bei dem die Verlegung von US-Streitkräften in die Bundesrepublik geprobt wird. General Rogers will die Übungen am 8. September auf dem britischen Luftwaffenstützpunkt in Gütersloh eröffnen.

n. **Peine, 14.8.80. Eine der Hauptkampfhandlungen des NATO-Manövers „Speer Point" wird sich Mitte September im Peiner Südkreis abspielen.** Nach der Peiner Allgemeinen Zeitung werden in der Nähe der Ortschaften Klein und Groß Lafferde rund 100000 Soldaten zusammentreffen. Die auf dem Luftweg eingeflogenen US-Truppen werden einen Fallschirmangriff auf den Südkreis simulieren, die englischen und später auch sämtliche beteiligte Truppen sollen ihn verteidigen. U.a. werden 200 Düsenflugzeuge und 200 Panzer eingesetzt. Weite Teile des Südkreises sollen vermint werden. Der Boden im Peiner Südkreis gehört zu den besten und fruchtbarsten. Er ist Hauptanbaugebiet der Zuckerrüben. Die Ernte wird zu diesem Zeitpunkt kurz bevorstehen, bzw. im Gange sein.

Bisher haben in Hannover zwei Treffen mit Gruppen aus Hildesheim, Göttingen, Hannover und Hamburg stattgefunden, um Aktionen gegen das Nato-Manöver gemeinsam zu überlegen und zu koordinieren.

Am 22./23. und 24. August fand in Hannover ein internationales Treffen gegen das Manöver statt.

Wir halten es für wichtig, daß wir auch hier in Hamburg gemeinsam überlegen, wie wir eine breite Öffentlichkeit gegen das Manöver mobilisieren und wie wir das Manöver selbst behindern und stören.

Ein Anfang war ein Treffen am 24.8. in der Dralle.

August: Britische Offensive in Nordirland?

Am 9. August jährt sich zum neunten Male jener Tag, an dem die britische Armee einst 1971 in Nordirland mit Arrestierung von 342 Personen ihre vorerst letzte Internierungskampagne startete. Die Tage um den 9. August bereiten seitdem den britischen Okkupanten und den lokalen „Sicherheitskräften", Royal Ulster Constabulary (RUC) und Ulster Defence Regiment (UDR), Jahr für Jahr arge Kopfschmerzen, ist doch dieser 9. August von der geschundenen Bevölkerung der katholischen Gettos Belfasts und Derrys, wie auch den ewig aufsässigen „Paddies" der Landstriche – wie etwa South Armargh – unvergessen geblieben, zum Symbol des fortgesetzten Widerstandes gegen Besetzung, Ausplünderung und Unterdrückung geworden.

Nachdem im letzten Jahr 30000 Menschen, begleitet von schwerstbewaffneten Volounteers der IRA, am Jahrestag der Internierung in Westbelfast demonstrierten und auf der Abschlußkundgebung der IRA und dem bewaffneten Widerstand ihre Sympathien entgegen brachten, und nachdem der letzte August das Attentat auf Lord Mountbatten und die Aktion in Warrenpoint, bei der 18 britische Soldaten das Leben lassen mußten, brachte, gilt es für die britischen Militärs, eine Neuauflage der Ereignisse zu verhindern.

Nach Informationen der südirischen Zeitung „Hibernia" findet noch vor dem 9. August eine umfangreiche gemeinsame militärische Operation von britischer Armee, RUC und UDR statt, mit dem Ziel, „terroristische Operationen" zu unterbinden.

Die Großaktion soll vor dem 9.8. in den republikanischen Gebieten Nordirlands durchgezogen werden und das Vorspiel zu massivem Truppenabzug – intendiert für Ende August – sein. Die britischen Truppen, die abgezogen werden, fliegen vom Aldergrove Flughafen bei Belfast nach Westdeutschland, um am „Project Crusader", dem größten Manöver der britischen Armee seit dem 2. Weltkrieg teilzunehmen. Die Flüge sind für den Zeitraum zwischen dem 19.8. und dem 10.9. geplant. „Project Crusader", das im Nordbereich der NATO stattfindet, hat das Ziel, die schnelle Verlegung britischer Truppen nach Westdeutschland zu exerzieren.

30000 Soldaten der „Halfforgotten Army" werden nach Westdeutschland gebracht, um zu Manöverzwecken die britische Rheinarmee kurzfristig zu verstärken, da diese nie über ihre volle Stärke verfügt, sind doch immer Teile der „inneren Sicherheit" in Nordirland verpflichtet. Wenn dann die Bewegungen des Crusader-Projekts vorüber sind, werden die britischen Truppen am NATO-Manöver „Spearpoint" in Westfalen und Niedersachsen beteiligt sein, dem aufwendigsten NATO-Manöver aller Zeiten, das ja bekanntlich auf westdeutschem Territorium stattfinden muß, verläuft hier doch die Demarkationslinie zwischen kommunistischer Knechtschaft und westlicher Freiheit.

Nach Mitteilung des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee 30.7.80

FRIEDHOFRUHE IM HINTERLAND?

Bullenterror vor Rekrutenvereidigung in Remscheid

– Aufgrund des neuen Polizeigesetzes von NRW –

Für den 15.8. wurde aus Protest gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung in Lennep die Besetzung der Lokalredaktion der Bergischen Morgenpost geplant. Um daran weitere Diskussionen auszulösen, veröffentlichen wir die dafür vorbereiteten Erklärungen, obwohl die Aktion von den Herren (und Damen) des Morgengrauens vereitelt wurde:

Gegen 5 Uhr desselben Tags stürmten je 20 bis 30 LKA- und Bereitschaftsbullen mit MP und Knarren im Anschlag zwei Wohnungen in Wuppertal und nahmen 10 Leute fest (eine Haustür wurde dabei vom Schlüsseldienst lautlos geöffnet, eine Türscheibe nach kurzem Schellen eingeschlagen). Der Durchsuchungsbeschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf lautete auf § 129a und richtete sich nur gegen 3 Leute, die mal in Zusammenhang mit einer Plakatierungsaktion gegriffen worden waren; ihnen sollte (in)direkte Beteiligung an einem Brandanschlag auf den Vohwinkler Knast und an der Vertreibung der "Zündschnur" reingedreht werden, wozu Beweismaterial in den Wohnungen vermutet wurde...

Der Zeitpunkt der Razzia war jedoch eindeutig auf das Datum der Rekrutenvereidigung abgestimmt, da der Durchsuchungsbefehl schon vom 11.8. stammte!

Durch Aufrufe zu Demonstrationen gegen dieses militaristische Spektakel, die als Plakate und Flugblätter aufgetaucht waren, waren die Staatsschützer (SS) nervös geworden. So behielten sie die 10 auch bis 22 Uhr im "vorbeugenden Polizeigewahrsam" mit der Begründung, daß sie "Straftaten und Ordnungswidrigkeiten", die von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit sind" sowie militante Störungen während der Demonstration geplant hätten.

Während dessen: ED-Behandlung für alle 10, LKA-Verhöre – Aussagen verweigert; außerdem schnüffelten nach dem offiziellen Abschluß der Durchsuchung noch ein paar dieser Typen in einer Wohnung weiter; beide sind eventuell verwanzt worden; hierbei muß noch erwähnt werden: ähnlich wie in Gorleben geschehen wurde am 13.8. in einer Wohnung eingebrochen, wobei eine Kassette mit (Bullen-)"Wortbeiträgen" aus Hamburg und (zur Tarnung) etwas Geld geklaut wurde...

Wie nervös sie schon sind, läßt sich an der gleichzeitigen Szene in Lennep ablesen: mehrere 1000 Bullen am Tatort und den Zufahrtsstrecken (Autobahn und Landstraßen), Hubschrauber, mindestens 7 Wasserwerfer, Unmengen von Zivilen auf den Dächern und anderswo und sogar 650 Fallschirmspringer bzw. Feldjäger in Bereitschaft besetzten die Kleinstadt Lennep. Die Stadt wurde zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt, was – in Anwendung der Notstandsgesetze – Schießerlaubnis für Soldaten zur Widerstandsbekämpfung im Innern beinhaltet!!

damit der Schuß nicht nach hinten losgeht

Weiter: Am Montag wurde bekannt, daß die 10tägige Militärschau am Schnellen Brüter Kalkar abgeblasen ist und die öffentliche Vereidigung in Kamen am 11.9. auf einen Antrag der SPD Unna nun vielleicht nicht stattfinden wird.

Verständlich werden diese Rückzieher des sogenannten kleineren Übels auf dem Hintergrund einer sich verbreiternden Bewegung gegen Imperialismus und Krieg, die sich nicht nur gegen Strauß und den offenen Faschismus stellt, sondern gerade die SPD als Feind immer klarer benennt. Herausragende Stationen: Anschlag der RAF auf den damaligen Oberbefehlshaber der Nato in Europa Haig im Juni 79; die Unruhen in Bremen am 6.5.; Anschlag der Revolutionären Zellen auf Bundeswehr LKWs bei der Vereidigung in Emden kurz danach; Amerikahausbesetzungen in Berlin und Hamburg; Besetzung einer US-Handelsvertretung in Düsseldorf mit der Forderung: Freilassung der eingeknasteten Berliner Besetzer/innen etc.. Und solche Aktionen sind ja nur die Spitze des Eisberges von aufkommendem Widerstand, wie sie klar erkennen, klarer als viele Linke!

Nicht umsonst wurden die Ereignisse in Wuppertal von den Medien bundesweit ungewöhnlich stark aufgegriffen, keine Nachrichtensperre möglich an diesem Punkt, dafür die übliche Hetze, Verdrehungen und Lügen, z.B. NRZ: Die Besetzung sollte gegen eine KBW-Veranstaltung protestieren und ähnlicher Quatsch.

Wir denken, daß es dem SS nicht darum geht, uns in die "Terrorszene" abzudrücken, sondern durch Einschüchterung und eventuelle längere Einknastung zu verhindern, daß Leute, die langsam begreifen, was hier abgeht, aus der Analyse der Krise des Imperialismus eine konsequente Praxis entwickeln! Dagegen hilft nur, genau das zu tun: konsequente Aufklärungs- und WiderstandsAKTIONEN!

Suchen wir ihre schwächste Stelle – und treffen sie da!

Bremen usw. waren erst die Anfänge

Alle reden von der Freiheit, alle wollen die Freiheit. Warum nehmen Sie nicht einfach, was Sie wollen?!

Krabat

Kneipe Galerie Café

Einbecker vom Faß

Schneider-Weizen

versch. Weine, ...

täglich ab 10°° Uhr

Frühstück, Müsli, ...

Croques, Brote, Salate, ...

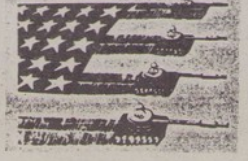
Bahrenfelder Steindamm 38 (Altona)

NICARAGUA

Nicaragua – Korrespondenzbericht:

Vorstellung der Person

Ich beabsichtige, in Nicaragua für ca. 1 Jahr ab Anfang August zu leben und zu arbeiten. – Ich bin 32 Jahre alt, seit 7 Jahren im Gesundheitswesen beschäftigt. Die politische Arbeit begann für mich während der Studentenbewegung mit etwas sozialistischer Theoriebildung und eher spontihaften Aktionsformen. Später hatte ich jahrelang Gelegenheit, mit Kollegen und Freunden innerhalb und am Rande der Gewerkschaft ÖTV unter Einbeziehung der betrieblichen Gremien im öffentlichen Dienst wie Betriebsgruppen und Personalrat zu autonomer basisorientierter, äußerst effektiver Betriebspolitik. Mit diesem Ansatzpunkt hatte ich Kontakte zu linken Medien. Nach meinem Umzug nach Hamburg vor ca. 1 Jahr arbeitete ich halbtags. Dieser Umstand und auch meine politischen Bedürfnisse sowie die hiesigen Bedingungen ließen Gewerkschaftsarbeit etwas zurücktreten. Hier arbeitete ich vor allem in autonomen Projekten mit, die meine zwangsläufige Kenntnis der Gesundheitspolitik und mein Interesse an Öffentlichkeitsarbeit miteinander verbanden. – Außerdem habe ich auch in Hamburg schon seit längerem den Nicaragua Aufenthalt vorbereitet (Nic.-Komitee, Spanisch lernen, institutionelle Geldgeber für die berufliche Arbeit finden). Neben der Exotik des neuen Alltags und der Lebensumstände möchte ich die Entwicklung eines Landes nach der Revolution kennenlernen und mich mit linker Politik nicht als Politik von Minderheiten, sondern als Massenbewegung und Regierungspolitik auseinandersetzen, und mich, wenn möglich, integrieren. – Um ein Bild der Entwicklung des Landes zu geben (und auch meiner Entwicklung) und um zugleich meine Aktivitäten dort kontrollieren und reflektieren zu können, werde ich alle paar Wochen einen Brief zur Veröffentlichung an die "Freiheit" schicken. Dieses Vorhaben wird nur dann mißlingen, wenn ich in den möglichen 2 Monaten als Tourist keine Arbeit trotz aller Bemühungen finden konnte und leider wieder wegfahren muß.



Allgemeine Einschätzung zu Nicaragua, von Hamburg aus gesehen.

Seit im September 1978 in Nicaragua mit einem Aufstand ein zehnmonatiger, äußerst blutiger Bürgerkrieg begann, und am 19. Juli 1979 mit dem Sieg der Aufständischen, d.h. der Linken und der demokratischen antiimperialistischen bürgerlichen Kräfte endete, ist Nicaragua hierzulande bis heute in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. In den letzten Monaten dehnt sich das Interesse auf den Nachbarstaat El Salvador aus, wo alle Anzeichen auf einen kurz bevorstehenden Bürgerkrieg deuten.

Nicaragua ist ein Land in Mittelamerika, etwa so groß wie Süddeutschland, aber mit nur 2 Mill. Einwohnern. Es stand Anfang des Jahrhunderts unter US Amerikanischer Besatzung und Ausbeutung. In den 30er Jahren kämpfte eine Guerilla unter dem legendären Auguste Cesare Sandino erfolgreich gegen die Besatzung. Jedoch hatten die USA vor Abzug ihrer Truppen eine Nationalgarde aufgebaut, die ihnen die militärische Kontrolle über das Land sicherte, und als deren Chef einen bankrotten Plantagenbesitzer, Anastasio Somoza, eingesetzt, der sich der US Regierung wegen seiner finanziellen und politischen Karriere verbunden fühlte.

In den 40er bis 60er Jahren festigte Somoza seine politische und finanzielle Macht, indem er sich und seinen Clan ca. ein Drittel der nationalen Landwirtschaft und Industrie einverleibte und mit den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie geschickt taktierte, um sie auf seiner Seite zu halten. Durch die US Wirtschaftskrise, verschlechterte Absatz- und Marktbedingungen geriet Somoza dann doch in große Schwierigkeiten mit der übrigen nationalen Bourgeoisie und ihren Bereicherungsinteressen, so daß sie sich später am Kampf gegen das Somoza Regime beteiligten.

Ende der 50er Jahre gab die wachsende Verelendung besonders der Landbevölkerung Anlaß zur Gründung neuer Widerstandsgruppen, unter denen die Bedeutung und der Einfluß der FSLN bis heute ständig wuchs. Sie versteht sich als eine nationale, antiimperialistische Befreiungsfront (Sandinos Erbe), durch die das Volk seine Interessen im Klassenkampf unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse durchsetzen wird. In den Jahren von wechselndem politischen und militärischen Erfolg operierte die FSLN in 3 Fraktionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, bevor nach ihrer Einigung und unter ihrer Führung später der Bürgerkrieg und die Revolution siegreich geführt wurden.

Ca. 1975 gründete sich außerhalb der linken Bewegung eine demokratische Befreiungsunion aus Gewerkschaften, Christdemokraten und auch der KP, die sich erst nach dem Sieg der FSLN anschloß. Ihr Ziel war vor allem der Sturz Somozas, wohingegen die FSLN die weitergehende Forderung vertrat, daß die Nationalgarde zerschlagen und mindestens das somozistische Eigentum verstaatlicht werden müsse.

Duch die Zusammenarbeit aller Oppostiionskräfte ab 1978 war zum einen Somoza innenpolitisch isoliert, und eine US amerikanische Intervention wurde erschwert, zum anderen waren alle Oppositionskräfte bereit, den militärischen Kampf der FSLN zu unterstützen.

Nach der Revolution im neuen Staat Nicaragua gibt es eine vorläufige Regierungsjunta, der Vertreter der gesamten Oppostionsfront angehören. Die FSLN hat jedoch die politische und militärische Macht in der Hand durch die Kontrolle über stehendes Heer, Volksmilizen, Organisierung der Bevölkerung über Gewerkschaften, Verteidigungskomitees, Landarbeiterverband, Frauen-, Kinder- und Jugendorgansiationen, die Alphabetisierungskampagne, Verstaatlichung des Somoza-Besitzes, der Banken, Bergwerke und des Außenhandels. Einen Teil der politischen und wirtschaftlichen Macht hat weiterhin, entsprechend der Bündnispolitik, das Bürgertum. Das führt zu politischen Konflikten um Planung oder Liberalisierung der Wirtschaft einerseits oder auch um baldige Wahlen mit Aufbau eines Parlaments und Parteien oder vorrangige Organisierung und Mobilisierung der Bevölkerung mit dem Ziel der Selbstbestimmung andererseits.

Für die FSLN besteht die Notwenigkeit, das Volk und damit auch größere Teile der egenen Organisation in kurzer Zeit politisch, kulturell und fachlich so zu qualifizieren, daß die FSLN innenpolitisch einen möglichen Bruch mit der Bourgeoisie des Landes nicht zu fürchten braucht. Der Zeitpunkt ist dann gekommen, wenn die Wirtschaft des Landes in technologischer und organisatorischer Hinsicht bürgerliche Fachleute und Unternehmer nicht nötig hat, wenn große Teile der Bevölkerung die Organisierung ihres Lebens und des Landes gemeinsam, bewußt in die Hand genommen haben, wenn der Staat wirtschaftlich und politisch so stabil ist, daß Hilfeleistungen durch andere Staaten nicht unbedingt notwendig sind.

In Westeuropa ist diese Politik der FSLN verschiedentlich auf Kritik gestoßen. Es wird der Verdacht des Revisionismus und der Korruption geäußert wegen der innenpolitischen Bündnispolitik, wegen der Zusammenarbeit mit Kuba und der DDR, wegen des nicht vollzogenen Bruchs mit den USA und nicht zuletzt wegen der Bekämpfung und Zerschlagung sog. linksradikaler Gruppen als konterrevolutionär.

Auf die ersten Punkte bin ich vorher eingegangen, bei dem letzten taucht die Frage auf: Was bewirkt z.Zt. in Nicaragua linke Politik, die ohne Verbindung zur FSLN betrieben wird? (Die FSLN wird von diesen Gruppen als kleinbürgerlich-sozialistisch denunziert). Die Ausbildung einer Basisdemokratie in Nicaragua passiert derzeit eher in Ansätzen. In einem Land ohne Parteien- und Gewerkschaftstradition, wesentlich ohne Berufs- und Schulbildung, ohne politische Praxis und Erfahrung für die Mehrheit der Bevölkerung muß Basisdemokratie erstmal gelernt und geübt werden, bevor sie sich für jeden als die politische Praxis der Wahl durchsetzt.

Wegen der vorhandenen Bedingungen propagiert die FSLN derzeit eher die Vereinheitlichung aller linken Kräfte als das Austragen von Widersprüchen und eventuelle Zersplitterung der Bevölkerung, was jetzt objektiv wohl vor allem der Bourgeoisie nützt und sie als einheitliche Kraft stärken würde.

Nach allem, was sich von hier aus sagen läßt, ist die FSLN die wesentliche revolutionäre Kraft des Landes, hinter der große Teile, wenn nicht gar die Mehrheit der Bevölkerung steht. Sie hat ein antiimperialistisches und sozialistisches Programm. Andererseits ist innerhalb der FSLN der Diskussions- und Korrekturprozeß nicht abgeschlossen, denn so wie das Volk kaum politische Erfahrung hat, haben auch die Teile des Volkes, die in der FSLN und ihren Massenorganisationen organisiert sind, kaum Anleitungen und Erfahrungen, den Wiederaufbau eines Staates innen- und außenpolitisch routiniert in die Hand zu nehmen.

Ohne persönliche Kenntnisse der Verhältnisse in Nicaragua würde ich es für richtig halten, alle politischen Vorstellungen, auch wenn sie von der offiziellen Politik abweichen oder kontrovers zu sein scheinen, innerhalb der FSLN bzw. der Massenorganisationen zu verhandeln und ggf. umzusetzen in die Praxis.

Mal sehen, wie das alles von dort aus aussieht.

Vicki

SCHONWIEDER

Stellungnahme zu den beiden Erklärungen zur Auflösung bzw. Nichtauflösung der "Bewegung zweiter Juni"

Als ich die Erklärung zur "Auflösung" der "Bewegung 2. Juni" las, riß es mich ganz schön vom Hocker, mit welcher Unverfrorenheit ein paar Genossen so etwas wie einen e.V. konstruierten, was man dann auflösen konnte.

Daß die Peter-Lorenz-Entführung wegen ihrer relativ großen Popularität – vergleicht man sie mit Schleyer – als "populistisch" abgelehnt wird, noch dazu von denselben Genossen, die sich mal dazu bekannt hatten, das verschlug mir die Sprache! In dieser Offenheit habe ich es bisher noch nicht wahrgenommen, welchen Scheißdreck sich die RAF um die Meinung der "Bevölkerung" – und wir "Linken" sind ja auch ein Teil davon – kümmert! Wo soll denn mobilisiert werden, wenn nicht in der Bevölkerung, wie soll die "vorderste Front (...) den Staat in die politische Krise treiben können" (Zit. Auflösungspapier), wenn hinter der Front eine gähnende Leere ist?

Insofern fand ich die Antwort richtig, die darauf von den restlichen 2. Juni-Genossen in die Öffentlichkeit gelangte. Doch die internen Fronten haben sich offenbar derart verhärtet, daß auch hier wieder fast nur Polemik rauskam: Wie soll das eine konstruktive Auseinandersetzung hervorrufen können, die vor allem in der "linken" Bewegung bitter nötig wäre?

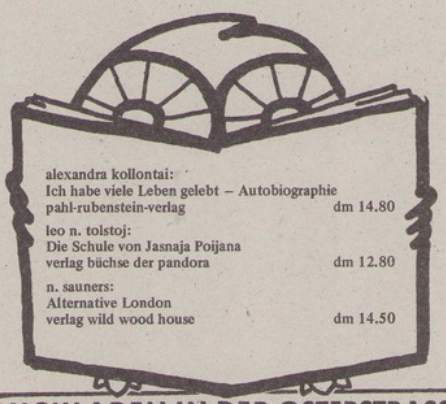
Diese Kette von Unterstellungen – (Zitate:) unpolitischer Quatsch, Schwachsinnsaktionen, subjektivistischer Dreck, bewaffneter Kampf der RAF sei Selbstzweck – gipfelt in der Behauptung, die RAF betreibe "einen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann"!

Dieser hinreichend bekannte Sprachschatz aus staatlicher Propaganda sollte doch mal endlich aus unserem Vokabular verschwinden!

Gewiß, die RAF hat sich auch zu "Mogadischu" bekannt, und dieser Brocken liegt mir noch immer unverdaut im Magen. Aber dagegen steht eine Kette von Aktionen, deren antiimperialistische Stoßrichtung wohl immer eindeutig war. Und was diese Auseinandersetzung um das politische Konzept des Antiimperialismus der RAF betrifft, da lassen die Genossen des 2. Juni noch immer einen leeren Fleck stehen. Der Plattheit und der Selbstüberschätzung, mit der die RAF (und ehemaligen 2.6.) behaupten, der RAF-Politik allein sei eine innere Zuspitzung und sogar Krise des BRD-Imperialismus nach innen zu verdanken – dieser Plattheit steht auch die Plattheit in nichts nach, mit der die 2.-Juni-Genossen die Notwendigkeit eines antiimperialistischen Bezugsrahmens als politischer Perspektive leugnen:

Der RAF-These von der blinden Unterwerfung Europas – allen voran der BRD – unter die imperialistischen US-Militärstrategie halten die vom 2.6. entgegen, die NATO sei "Ausdruck des gemeinsamen Interesses ihrer Mitglieder, den sog. freien Westen gegenüber der SU zu halten und auszuweiten"! Wenn das man nicht mindestens naiv ist: ist denn nicht ganz eindeutig die NATO zugunsten der US-Vormachtstellung gegenüber dem Ostblock gegründet worden? Sind nicht gerade der Bundeswehr Zugeständnisse zu eigener militärischer Aufrüstung nur über die Verpflichtung gemacht worden, die US-militärischen Interessen mit zu finanzieren? Könnte sonst ein deutscher Kanzler zustimmen, daß z.B. von den 7000 US-Atomsprengköpfen auf NATO-Gebiet allein 5000 (!) im Bundesgebiet gelagert sind?! (Die 'Fehler' der US-Computer, die schon mehrmals Atomangriffs-Alarm ausgelöst hatten, lassen sie nicht ahnen, wie leicht ein Atomkrieg ausbrechen könnte, in dem "die BRD nur um den Preis ihrer Vernichtung zu verteidigen" wäre, wie Kanzler Schmidt sagte?!

Als weitere Anzeichen zum Aufstieg der BRD als wichtigster europäischer NATO-Macht und US-Verbündeten sind wohl anzusehen:
– daß der sogen. Nachrüstungsbeschluß schon seit 3 Jahren von NATO-Experten vorbereitet und jetzt durch den massiven Druck seitens der BRD/USA auf die kleineren NATO-Länder durchgesetzt wurde,
– daß der verstärkte Einsatz der US-Marine im Mittelmeerraum (wegen Iran und Afghanistan) der BRD erlaubte, ihre bisherigen Marinebeschränkungen aufzuheben, um damit den Bau und Einsatz eigener hochseefähiger Kriegsschiffe zu ermöglichen.
– faktische Vereinheitlichung der ehemals getrennten Kompetenzen von BGS, BKA, MAD . . .,
– ständige Anwesenheit und Einsatz des BKA in europäischen, ost- und außereuropäischen Ländern, umgekehrt Operationen ausländischer Bullen in der BRD – man denke an die Enthüllungen über MOSSAD-Verhöre oder besser -folter in deutschen Knästen –,
diese und noch viele weitere zu vervollständigende Tatsachen werden von den 2.-Juni-Genossen damit abgetan, sie gehörten "zum Wesen eines jeden kapitalistischen Staates, der dies zur Niederhaltung seiner 'Bürger' in Krisenzeiten tun muß".



alexandra kollontai:
Ich habe viele Leben gelebt – Autobiographie
pahl-rubenstein-verlag dm 14.80

leo n. tolstoj:
Die Schule von Jasnaja Poijana
verlag büchse der pandora dm 12.80

n. sauners:
Alternative London
verlag wild wood house dm 14.50

BUCHLADEN IN DER OSTERSTRASSE
2000 Hamburg 19 Osterstr 156 Tel.: 491 95 60

Der Zusammenhang dieser intensivierten gemeinsamen Militärstrategie mit der Internationalisierung der Aufrüstung nach innen ist doch nicht von der Hand zu weisen:
– Computerisierung und Organisierung der westdeutschen Bullen zur FBI-ähnlichen Bundespolizei

Und noch dümmlicher:
"Die Massen, die die Geschichte machen, machen sie eben nur da, wo sie sich befinden". Dazu erübrigt sich wohl jeder Kommentar.

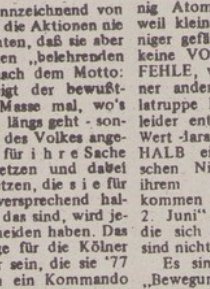
Es ist aber wohl sehr wichtig, einen "Aufstand in Hinterindien" – oder konkreter: die kürzlichen wilden Streiks der überausgebeuteten schwarzen VW-Arbeiter in Brasilien und Südafrika – mit den deutschen Tarifverhandlungen in Verbindung zu bringen! Der Kampf und die Spaltung der Ausgebeuteten läuft eben nicht nur national, sondern auch international! Insofern stimmt es keineswegs, daß "der Reichtum von den arbeitenden Menschen hier produziert wird, aus dem er (der Imperialismus, d.V.) die Macht zieht, andere Länder zu beherrschen". (Zit. 2.6.)

Gerade die BRD hat ja in den letzten Jahren den sogen. "Nord-Süd-Konflikt" erst richtig zum Schwelen gebraucht, indem sie über sozialdemokratische Einrichtungen wie die "Friedrich-Ebert-Stiftung" und die "sozialistische Internationale" einen begrenzten Reichtum in "3. Welt"-Ländern förderte durch Ansiedlungen und Beteiligungen deutscher und internationaler Firmen dort unten. Die Folgen – Herausbildung einer kleinen Schicht relativ begünstigter farbiger Arbeiter und einer großen Schicht von verhungernden Slumbewohnern – machten es möglich, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:
1. Spaltung der Befreiungsbewegungen (der friedlich-nationalistische Teil wird begrenzt unterstützt, der militant-antiimperialistische liquidiert!),
2. Schaffung neuer Abhängigkeiten der Sub-Zentren von den Metropolen.
Und deshalb wird sich der "Todeskampf" auch gewiß ebensowenig in den Metropolen allein abspielen wie in den "3.-Welt"-Ländern allein, sondern mit dem Beginn der Gemeinsamkeit der Kämpfe!

Und so wichtig ich es auch finde, daß ein militanter, mit allen uns politisch möglichen Mitteln arbeitender Widerstand in die hier im Land sich zuspitzenden Kämpfe eingreift, um damit die Kämpfe zu eskalieren – z.B. in der AKW-Bewegung, Antimilitarismus, Frauenwiderstand, Häuserkampf, Jugendrevolten –
so wird sich aber NICHTS eskalieren, wenn das alles so nebeneinander bestehen bleibt!
Wenn wir den Feind nicht durchschauen, die inneren Zusammenhänge uns nicht dabei klar werden, werden wir uns totlaufen und erlahmen! Und das heißt immer noch, daß wir zuallererst uns als Antiimperialisten begreifen müssen!!

Verena, Berlin

Zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni"



Als ich aufgefordert wurde, was zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni" zu erzählen, erschien mir das nicht besonders schwierig - aber je mehr Papier ich dazu gelesen habe und je länger ich am Kugelschreiber gekaut hab, desto deutlicher ist mir geworden, daß es sowas wie eine „GESCHICHTSSCHREIBUNG" der Bewegung nicht gibt; es gibt allenfalls verstreute Kommandomeldungen einiger Gruppen über Aktionen - oder Artikel der bürgerlichen Presse. Außerdem ist die „Bewegung 2. Juni" nicht eine historische Phase oder sowas, kein endgültig abgeschlossener Prozess, sondern eine immer noch lebendige Bewegung, deren Spuren sich in allen Basisbewegungen finden: in der Frauenbewegung genau wie in der Anti-AKW-Bewegung, Basisbewegungen, die unabhängig voneinander, und unabhängig auch von ihren „Vorläufern", zu denselben Inhalten und Kampfformen gekommen sind wie der „2. Juni".

Keine Geschichtsschreibung also, das heißt: es gibt keine wechselnden Vorsitzenden, an deren Wahl oder Sturz sich Jahreszahlen festmachen lassen, es gibt keine verbindlichen Vorstandsbeschlüsse über die politische Linie, keine Säuberungswellen, keinen Kassenwart und niemand, der speziell für die Kalashnikoff-Ausgabe zuständig wäre, stattdessen läßt sich eine politische Linie über alle Jahre hinweg verfolgen, wenn wir uns die Aktionen der Bewegung ansehen: es sind fast immer Aktionen, die von der EIGENEN, DIREKTEN Betroffenheit ausgehen und sich als Widerstandsaktionen sozusagen „VON SELBST" vermitteln, weil sie nur d a s ausdrücken, was viele gern machen WÜRDEN, aber noch nicht tun.

Die Genossen sagen heute dazu, daß *„der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revolutionärem Kampf der ist, daß eine revolutionäre Aktion sowohl in Stoßrichtung als auch in der Art der Durchführung eindeutig ist, - gezielt gegen den Klassenfeind und seine Handlanger - und den Bullen keine billigen Argumente liefert."* Das ist kennzeichnend von Anfang an, daß sich die Aktionen nie gegen das Volk richten, daß sie aber auch nicht so einen „belehrenden Charakter" haben nach dem Motto: die Avantgarde zeigt der bewußtseinsverkrüppelten Masse mal, wo's politisch/militärisch längs geht - sondern daß hier Teile des Volkes angefangen haben, sich für i h r e Sache entschieden einzusetzen und dabei d i e Mittel einzusetzen, die s i e für richtig und erfolgversprechend halten. Welche Mittel das sind, wird jeder selbst zu entscheiden haben. Das können die Schläge für die Kölner Verfassungsschützer sein, die sie '77 bezogen, als ihnen ein Kommando vor ihrer Stammkneipe auflauerte - das kann aber auch eine Broschüre über die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel - sagen wir mal - Hamburg sein... - das kann im Einziehen von Revolutionssteuern bestehen, wie '69 bei zwei Restaurants der Drei-Sterne-Kategorie einer westdeutschen Großstadt - das kann aber auch die freundliche Bitte einer Landesregierung an ihre Regierten sein, wie jüngst in Bremen oder Niedersachsen, doch zukünftig ein wenig Atommüll zuhause zu lagern, weil kleine Mengen bekanntlich weniger gefährlich sind. Kurz: es gibt keine VORSCHRIFTEN, keine BEFEHLE, wie es in einem Papier einer anderen westdeutschen Guerillatruppe heißt - ihr Name ist mir leider entfallen. Diese Gruppe legt Wert darauf, daß Aktionen UNTERHALB eines bestimmten militärischen Niveaus nicht mehr unter ihrem Markenzeichen zustande kommen dürften. Der „Bewegung 2. Juni" dagegen gehören alle an, die sich ihr zugehörig fühlen. Das sind nicht wenige.

Es sind nicht wenige, weil die „Bewegung 2.Juni" nicht so entstanden ist, daß sich einige Denker zusammengehockt haben, und die Gründung der bundesrepublikanischen Guerilla beschlossen haben, sondern die Entwicklung zu militanten Widerstandskernen entstand ÜBERALL in der BRD innerhalb der Jugendbewegung nach '66 - und aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres in erster Linie antiautoritären Inhalts konnte sich in diesem Gemisch aus Arbeitern,

Geschichte des 2.6. - Fortsetzung

abgebrochenen Schülern und Studenten, Lehrlingen usw. auch nie sowas wie eine FÜHRUNG entwickeln, kein Politbüro.

Für Berlin gibt ein Teil der „Bewegung 2.Juni" die Entstehung so wieder (Zitat aus: „Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni"):

So weit Berlin. In HAMBURG entwickelte sich - wie in vielen anderen Städten auch - zur gleichen Zeit ähnliches. Ich war dabei und vielleicht schaff ich das ja, die Verbindung klarzumachen, die zwischen dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1980 und dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1968 bestehen, denn schon '68 wurden im Verlauf einer antiimperialistischen Demo neben portugiesischen und griechischen, auch amerikanische Einrichtungen zerstört.

Als die Studenten 1966 immer öfter auf die Straßen gingen und als immer mehr langhaarige freaks in der Innenstadt auftauchten, wurde was ganz Neues eingeführt: man redete plötzlich zusammen. Das ganze Klima, die Atmosphäre änderte sich, politisierte sich. Überall in der City standen Gruppen von Leuten rum und diskutierten. Vorher war es so, daß - keiner mit dem anderen was zu tun hatte. Ob das nun 'ne speziell Hamburger Erscheinung ist, weiß ich nicht. Jedenfalls wurde erst nur geredet bzw. sich gegenseitig beschimpft, und dann wurden die Gespräche bestimmt von den politischen Aktionen und Diskussionen der Studenten.

Wer aus seinem Alltagsmuff rauswollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: am Alsterhaus, am Mönckebrunnen oder - vom Senat schnell errichtet, um die Politik wieder aus der Stadt ins Ghetto zu holen - auf der „Meckerweide", dem Platz vor dem Bahnhof Dammtor, wo perverserweise auf Schildern stand, daß h i e r jeder sagen kann, was er will.

Dort, im RC, auf dem Campus, bzw. im Keller des SDS traf man die, mit denen man dann bei den Demonstrationen gemeinsam einen in die Fresse kriegte, bzw. mit denen man gemeinsam zurückschlug - oder warf. Diese Gemeinsamkeit in der Aktion führte irgendwie z w a n g s l ä u f i g dazu, daß sich so langsam sowas wie Kollektive bildeten, die dann auch nicht mehr nur zu irgendwelchen teach-ins oder Demos kamen, sondern auch s o n s t zusammenhingen, im Alltag, und der Alltag war eben oft anders als der der Studenten, die der Anziehungs- oder Orientierungspunkt waren. Das was bei Zigarettenreklame „Geschmack von Freiheit und Abenteuer" heißt, haben wir bei vielem, was „die von der Uni" gesagt und getan haben, wiedergefunden; sie haben uns einen genaueren Begriff von dem gegeben, wie es mal für uns alle sein könnte...

Und diese völlige Veränderung des alten Daseins, des Zerschlagen der bisher hingenommenen Autoritäten des Alltags, daß man also ERLEBT, wie man selbst Teil einer Bewegung von vielen ist, die ein greifbar nahes und besseres Ziel zu haben scheint, daß man einen Vorschuß auf das Ziel nimmt und auch jetzt schon mal lebt - diese völlige Veränderung hat ganz sicher bei allen, die diese Phase mitgemacht haben - und sie nicht nur betrachtet haben - ihre Spuren hinterlassen.

Viele von uns sind deshalb noch nicht ausgeflippt ins Bürgerdasein oder sonstwohin, weil wir wissen, WOFÜR wir hier eigentlich kämpfen.

Wir haben das Licht am Ende des Tunnels gesehen und haben deshalb eine Ahnung von dem,wie es sein könnte - wenn die Schweine nicht wären.

Daß es sie gibt, die Schweine, und daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich nicht organisiert, daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich an i h r e Spielregeln hält,

war '67 die Schlußfolgerung aus den Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen bei ihren Auseinandersetzungen mit dem Apparat des Staates. Die Konsequenz war die Bildung von kämpfenden Kollektiven, die sich nicht nur bei Aktionen trafen, sondern zusammen lebten und kleine oder große, bewaffnete oder unbewaffnete Aktionen planten und durchführten.

Ein Beispiel für die Kontinuität dieser Kampfform und ihres Inhalts ist die von vielen vergessene Aktion einer Hamburger Gruppe gegen eine portugiesische Fregatte. Dieses in den Jahren '68/69 bei der Werft Blohm & Voss gebaute Kriegsschiff war für den Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien bestimmt. Ein aus Westdeutschen und Kämpfern der Befreiungsbewegung zusammengesetztes Kommando brachte eine Sprengladung am fast fertig ausgerüsteten Schiff an und - nachdem durch eine Vorwarnung für den Schutz der Werftarbeiter gesorgt war - jagten es in die Luft: die Bordelektronik wurde völlig zerstört, die Geschütze im Eimer - der Schaden belief sich auf einige Millionen, die Auslieferung des Schiffes war um etliche Monate verzögert worden.

Was ich damit sagen will, ist folgendes: die „Schwarze-Ratten-Internationale" in Hamburg, die „Tupamaros" in München oder die „Rast- und Ruhelosen Wehrmutsrebellen", eine Splittergruppe der „Umherschweifenden Hasch-Rebellen" aus Berlin, sind die Vorläufer der „Grundeinheiten" der „Bewegung 2.Juni". Ihre Politik findet sich nicht zuletzt in Bremen wieder, im Angriff auf eine provokatorische Rekrutenvereidigung - und ihre Politik wird sich zwangsläufig in j e d e r Basisbewegung wiederfinden, die an einen bestimmten Punkt ihrer Entwicklung kommt: die Basis bestimmt - unabhängig von einer Führung - den Grad der Militanz ihrer Aktionen und ihrer Stoßrichtung.

Der Staat und seine Medien haben zwar immer wieder versucht, die „Anführer" der „Bewegung 2.Juni" zu präsentieren, haben versucht, vergessen zu machen, aus welchem Zusammenhang diese Bewegung kommt, nämlich aus einem Zusammenhang ohne Anführer und Gefolgschaft, aus einem Zusammenhang der völligen Gleichwertigkeit aller Genossinnen und Genossen - und fast wäre es ihnen ja auch zumindest teilweise gelungen, aber dann ist ihnen das Alibi von Fritz Teufel, dem einzigen Intellektuellen der in Berlin Angeklagten, dazwischengekommen.

Das Eingeständis, das der von den Medien immer als „Chefdenker" aufgebaute „Kopf der Bewegung 2. Juni", gar nicht mit gedacht hat, sich an den Aktionen, die er angeblich genial geplant hat, gar nicht beteiligt hat, hat die Verbindung zum Ursprung der Bewegung mit einem Schlag wieder hergestellt: die Namenlosen bestimmen die Politik des „2.Juni".

erscheint demnächst (vielleicht Weihnachten?)

INDIANER

Wer Interesse an Informationsmaterial über die nordamerikanischen Indianer hat,kann Flugblätter,Broschüren,Bücher,Poster u.a. gegen Rückporto und Materialkosten bestellen bei:

Informationszentrale für nordamerikan. Indianer
Richard S. Kelly
Martin-Buber-Str. 1
1000 Berlin 37

Die Materialliste kann gegen Rückporto angefordert werden.

10-Mark Schein Produktion
Wer wir sind – was wir wollen

Die 10-Mark-Schein-Produktion ist eine Gruppe von Leuten, denen der kommerzialisierte Kulturmarkt nichts mehr zu bieten hat.

Kunst findet in diesem Land nur noch in den betonierten "Elfenbeinpalästen" statt. Die Inhalte der Kunst werden nicht mehr vom Künstler selber oder womöglich vom Publikum bestimmt, sondern von reinen Profitinteressen und kurzlebigen Trends. Diese Entwicklung entspricht jedoch nicht unseren Vorstellungen und Bedürfnissen.

Wir wollen keine Degradierung der Kunst zum Konsumartikel einer reichen Minderheit und einer elitären Sekte von Kunstsammlern und Galeristen.

Wir wollen in Zusammenarbeit auch mit "nichtakademischen Künstlern", mit Laien und Amateuren die Inhalte unserer Arbeiten selbst bestimmen. Wir wollen unsere Arbeiten nicht in Museen und Galerien begraben lassen, sondern die Auseinandersetzung mit dem Publikum suchen. Wir streben eine Veränderung der Kunst zu demokratischen Inhalten, Auseinandersetzung mit dem Alltag und der realen Betonwelt und die Möglichkeiten des künstlerischen Ausdrucks für alle an. Wir begreifen Kunst als Ausdruck und Darstellung unserer Person, als Ausdruck unserer Gefühle und Ängste, als Kommunikation mit dem Publikum. Nur mit solchen Künstlern wollen wir zusammenarbeiten, wollen einen Standpunkt beziehen und vertreten. Wir wollen das Schweigen der Kunst zum alltäglichen Leben brechen. Außerdem sollen unsere Arbeiten für alle Interessierten erschwinglich sein.

Darum haben wir diesen Kunst- und Kultur-Selbstverlag der Produzenten gegründet, wo wir mit schmaler Kasse und einfachen technischen Möglichkeiten unsere Produktionen in weitgehender Unabhängigkeit selber herstellen. Aber wir wollen dabei nicht nur eigene Arbeiten vorstellen, sondern auch Künstler aus allen Bereichen der Kultur wie Musik, Theater, Pantomime, Malerei, Fotografie, Grafik, und Literatur unterstützen und bekanntmachen. Außerdem veröffentlichen wir auch Kunst aus Knast und Psychiatrie, um die Auseinandersetzung mit diesen menschenfeindlichen Institutionen zu unterstützen und auf mehrere Ebenen zu verlagern.

Wir finanzieren unsere Arbeiten durch Ausstellungen und Verkauf in Kneipen, Kommunikationszentren, Buchläden, Projektläden und auf der Straße. Oft unterstützen uns auch Musikgruppen aller Art durch Konzerte, an denen wir finanziell beteiligt sind. Damit ist es uns möglich, uns jeder Beeinflussung und Bevormundung von oben zu entziehen und alle Zensurmaßnahmen von vornherein abzublocken.

Der Rest ist Schweigen
sagt Hamlet
Der Rest ist Schweigen
– Das könnte euch so passen!

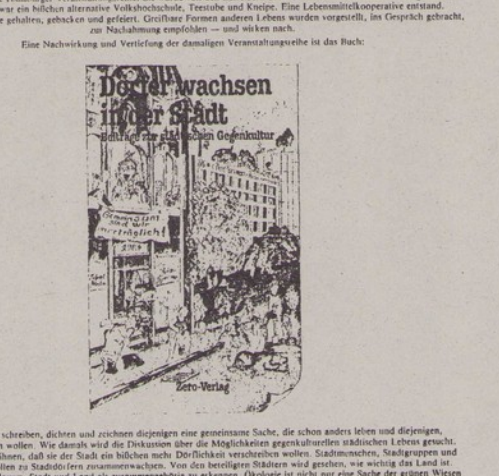
10-Mark-Schein-Produktion
Kunst- und Kulturselbstverlag der Produzenten

c/o FEB Palaver Kommunikationsladen, Kölner Landstr. 105, 4000 Düsseldorf

Mit meiner Unterschrift fordere ich die sofortige ersatzlose Streichung der 212.000,– und 234.000,– DM Existenzruinierungsforderungen (sogenannte Leistungsbescheide) an Gegner des Atomkraftwerks Grohnde, weil deren Kampf mehr als berechtigt ist.

Außerdem sehe ich weder ein, daß Menschen für ihre eigene Unterdrückung zahlen sollen, noch wieso es Sache der Atomgegner sein soll, das Atomprogramm mitzufinanzieren.

Vorname, Name Anschrift Unterschrift



"Wer pflanzt denn heut' noch einen Baum! — Zukunftswerkstatt zum Mitmachen."
So hieß 1979 eine Hamburger Veranstaltungsreihe. Sie wurde von den Betreibern der "Galerie & Kulturinitiative Morgenland" inszeniert. Es war ein bißchen alternative Volkshochschule, Teestube und Kneipe. Eine Lebensmittelkooperative entstand.
Es wurden Vorträge gehalten, gebacken und gefeiert. Greifbare Formen anderen Lebens wurden vorgestellt, ins Gespräch gebracht, zur Nachahmung empfohlen — und wirken nach.

Eine Nachwirkung und Vertiefung der damaligen Veranstaltungsreihe ist das Buch:

Wie damals schreiben, dichten und zeichnen diejenigen eine gemeinsame Sache, die schon anders leben und diejenigen, die anders leben wollen. Wie damals wird die Diskussion über die Möglichkeiten gegenkultureller städtischen Lebens gesucht. Gemeinsam ist ihnen, daß sie der Stadt ein bißchen mehr Dörflichkeit verschreiben wollen. Stadtmenschen, Stadtgruppen und Stadtbäuerer sollen zu Stadtdörfern zusammenwachsen. Von den beteiligten Städtern wird gesehen, wie wichtig das Land ist. Wieder geht es darum, Stadt und Land als zusammengehörig zu erkennen. Ökologie ist nicht nur eine Sache der grünen Wiesen vor der Stadt. Im Gegenteil. Gerade die Stadt und die Menschen in ihr brauchen ökologischere Formen von Leben. Das ist heut' weitgehend Utopie. Aber Utopie und Leben gehören zusammen. Die Buchweiser erzählen ihre Ideen, Gedanken und Erfahrungen, die sie beim Versuch gemacht haben, Solidarität mit der Utopie zu üben.

Themen sind u.a.:

Stadt: Von den Schwierigkeiten, in der Stadt Heimat zu finden. Die Möglichkeiten der Stadt. Ein gescheitertes Stadtdorf und die Folgen: Die AG Neue Kultur. Ein utopisches Stadtdorfmodell: Mehr Menschen sind nicht plus, sondern mal.

Utopie: Kontroverse um der Zukunft willen: Anarchismus und Futurologie. Aufbruch zur Utopie: Von der Verwandtschaft zwischen Religion und Revolution. Ökologik: Eine ökologische Utopie.

Stadt und Land: Die Möglichkeiten gesunder Ernährung. Höfe vor der Stadt. Naturspeiselöden: Der gesunde Markt. Von den Schwierigkeiten, alternativ zu konsumieren. Lebensmittelkooperative Körnerhilfe.

Auf dem Weg zum Stadtdorf: Leben als Baum im Wald. Bingas-Gruppe-Hamburg. Herr Doktor läßt nicht mehr bitten. Ärztegruppenpraxis. Frauen Schreib-Gruppe. Die Alternative zur Coca-Cola-Politik, Dritte-Welt-Laden. Freie Bildungsarbeit, Autonomes Bildungszentrum. Bhagwan-Centrum, Alternativ-Gemeinschaft Lorien. Versuch einer Gegenökonomie, Schwarzmarkt. Dahin, wo mehr Leben ist: Generationenwohnmodell. Ein Haus voller Initiativgruppen: Die Dralle Fabrik. 4 Jahre Erfahrung mit der Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk. Netzwerk Selbsthilfe.

Kommentare: Aus der Traum — Persönliche Erfahrungen mit einer Bewegung. Alternative Vernetzung — Ein Zwischenbericht zum Entwicklungsgang der Alternativbewegung. Hamburger Resumee.

Außer den Gruppenselbstdarstellungen haben als Einzelschreiber mitgewirkt:
Reimar Lenz, Norbert Klugmann, Frederike Frei, Christian Wend, Detlef Gerlach, Steffen Graefe, Hellmut von Koerber, Werner Welzin, Baldur Springmann, Jörg Marwedel, Astrid Krause, Klaus Stülpnagel. Hrsg. von Klaus Jarchow. Illustriert von Ulli Klink.

ISBN 3-922253-05-9
288 Seiten, reich illustriert, DM 24,–
ZERO - VERLAG · 4234 ALPEN

Das Märchen von Ali & Fatima

Es war einmal ein mächtiger König im Morgenland, der, wie das in seinen Kreisen häufig vorkommt, eine wunderschöne Tochter hatte. Die hieß Fatima. Und weil es in diesen alten Märchen oft recht patriarchalisch zugeht, begann der König dann auch, nach einem geeigneten Schwiegersohn Ausschau zu halten, als Fatima zu einer Blüte des Orients herangewachsen war, wie es in einem zierlichen Sonett des Hofdichters Abu Klöpak ohne Übertreibung hieß. Die Bewerber standen Schlange: Prinzen aus fernen Ländern, smarte Vertreter der Ölmultis, berühmte Leinwandhelden und charmante Abgesandte aus den Politbüros vonLändern, wo manches noch realer ist als der Sozialismus.
Es begab sich nun, daß der König einen Traum hatte: sein alter Kammerdiener Ali und Fatima wurden zum Ehepaar. Er erzählte seinem Wesir Egbert Dreckpferd von dem närrischen Traum, und die beiden hielten sich die Bäuche vor Lachen über solchen Unsinn.
Als der König in der Nacht darauf abermals von der Vermählung seiner Tochter mit dem alten Kammerdiener träumte und wie sie nach der Feier auf einem weißen Schimmel davonritten, erschrak er denn doch, denn es fiel ihm das alte jeminitische Sprichwort ein: 'Dreimal geträumt ist fast schon geschehen'.
Als der König dem Großwesir davon erzählte, meinte der: „Ach was, Träume sind Schaumgummibäume." Vor lauter Übereifer hatte er sich versprochen, denn er dachte an die vielen Backschischs der Freier Fatimas, die ihm entgingen wenn sie etwa mit einem Mann vermählt wurde, dem der tüchtige Wesir keine Hoffnungen gemacht und von dem er noch keine kleinen Geschenke erhalten hatte.
Als der könig aber in der folgenden Nacht zum dritten Mal träumte, daß sein alter Kammerdiener und seine Tochter Mann und Frau wurden, geriet er fast in Panik und rief Egbert Dreckpferd zu sich. Der Wesir versich-

erte, nach wie vor nicht an Träume zu glauben, hätte aber zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung dem König gern empfohlen, den alten Ali einen Kopf kürzer zu machen. Da er jedoch wußte, daß der König an dem alten Kammerdiener hing, unterbreiteter einen anderen Plan, den der König schließlich gut hieß. Er ließ Ali holen und sprach: „Ich habe einen wichtigen Auftrag für dich, von dem die Zukunft meiner Tochter abhängt. Du sollst die Berge des Schicksals aufsuchen und dich erkundigen, ob das Leben ein Traum und Träume Wirklichkeit sind. Frage auch nach dem Sinn desLebens und ob es einmal eine Gesellschaft geben wird, in der alle Menschen glücklich sind und liebevoll miteinander umgehen."
Der alte Ali sattelte sein nicht minder altes Kamel, packte Proviant in die Satteltaschen und ritt los.
Der König hatte noch leichte Gewissensbisse, da weder er noch der Wesir wußten, ob es die Berge des Schicksals überhaupt gibt und er befürchten mußte, seinen Ali nie wiederzusehen. Der zog indessen gemächlich, aber auch so stetig wie es sein altes Kamel zuließ, in die Welt hinaus und fragte überall nach den Bergen des Schicksals. So erreichte er eines Tages eine alleinstehende Dattelpalme, die ihn fragte, wie er denn in diese trostlose Gegend geraten sei. Ali sagte, er sei unterwegs zu den Bergen des Schicksals und habe im Auftrag seines Königs einige wichtige Fragen an das Schicksal zu richten. „Ach," sagte die Dattelpalme. „Auch ich hätte eine Frage an das Schicksal: Ich stehe mir hier schon seit vielen Sommern den Stamm in die Blätter und trage keine Früchte. Ich weiß gar nicht wozu ich auf der Welt bin." Ali wußte der Palme auch keinen Rat, versprach aber, das Schicksal auf ihr Problem anzusprechen, und zog weiter.
Auch der Tümpel war von der neugierigen Sorte und fragte Ali nach woher und wohin. Bereitwillig erzählte der auch dem Tümpel von seiner schicksalhaften Mission, und es stellte sich heraus, daß auch der Tümpel, der merkwürdigerweise etwas berliner te, eine Frage an das Schicksal hatte. „Also weeßte," sagte der Tümpel, „ich hab gaarkeen Bock mehr. Mein Wasser ist so schmutzich und überlrie chend datte denkst, Schering hätt seine Jauche in mir abjelassen, wa, und keen Mensch will in mir baden oder von mir trinken. Wat soll ick bloß machen, Alter?" Ali wußte ihm auch nichts weiter zu raten, als abzuwarten, bis er das Schicksal auch in dieser Sache interwjut habe, und bat ihn, in der Zwischenzeit nur nicht auszutrocknen.
„Iwowerickdenn, I wo wer ik denn," blubberte der Tümpel.
Nach jahrelanger Reise und als er die Hoffnung schon fast aufgegeben hatte, gelangte Ali endlich doch in die Berge des Schicksals, und nach einigem hin und her erfuhr er, daß er in einem bestimmten Tal in einer Vollmondnacht die Pressesprecherin des Schicksals treffen könne. Tatsächlich traf er dort in der nächsten Vollmondnacht eine alte Frau, die bereit war, seine Fragen anzuhören.

Und so fragte er, wie ihm aufgetragen war, ob dasLeben ein Traum und Träume Wirklichkeit seien.
Darauf nickte die Alte nur ein wenig (aber nicht etwa so stark und ausdauernd wie der Kammergerichtsrat Dr. Wolldecke in Berlin) mit dem Kopf, und das sollte heißen, ein bißchen ja und ein bißchen nein.
Auch die Frage nach dem Sinn desLebens, und die dritte Frage, ob es einmal eine Gesellschaft geben wird, in der alle Menschen frei und glücklich sind und liebevoll miteinander umgehen, entlockte der Alten nur ein Schmunzeln, das alles mögliche bedeuten konnte. Ali gab sich damit zufrieden, aus Respekt vor der Alten und wagte nicht, weitere Fragen zu stellen. Aber er vergaß nicht die beiden Fragen, die er nicht im Auftrag des König zu stellen hatte.
Als er von dem Unglück der Palme, die keine Datteln trug, erzählte, unterbrach ihn die Alte: die Palme habe überhaupt keinen Grund zur Traurigkeit, denn sie trage zwar keine Früchte, aber wenn sie wüßte, daß von ihren Blättern ein Tee gekocht werden könne, der alle Krankheiten und Gebrechen der Menschen heile, dann wäre die Palme wohl zufrieden.
Und als Ali um Rat für den Tümpel fragte, da erwiderte die Alte nicht etwa, wie die geneigteLeserin im Zeitalter der globalen Energiekrise im allgemeinen und der linken Energiekrise im besonderen erwarten mag, daß das Wasser des Tümpels reines Erdöl sei. Vielmehr sagte sie, daß es mit dem Tümpel folgende Bewandtnis habe: Junge Menschen, die in ihm badeten würden alt und alte Menschen jung.
Ali bedankte sich höflich für die Auskünfte und erhielt von der Alten zum Abschied noch ein Bücherpäckchen. Darin waren 'Gelebtes Leben' von

Emma Goldmann, 'Zum Glück gehts dem Sommer entgegen' von Christine Rochfort, 'Do it' von Karl Marx, die 'Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsfilosofie' von Jerry Rubin und auch sonst allerlei Wissenswertes, was beim Nachdenken über die drei ersten und nicht so besonders ausführlich oder zufriedenstellend beantworteten Fragen helfen mochte. Außerdem steckte sie ihm noch einen AKW-Nee-Ansteckknopf mit einer leuchtend gelben Sonne an den Turban.
„Dufte," sagte der Tümpel, als er von seinen besonderen Eigenschaften erfuhr, und wirklich und wahrhaftig verließ er den Tümpel so jung und schön wie Muhammed Ali Rom nach dem Gewinn der Goldmedallje. Da er auch das Kamel noch einmal durch den Tümpel führte, gings auf der Weiterreise wesentlich flotter. Die Palme erkannte den jungen Mann zunächst gar nicht und war ganz verdattelt, als er sie anquatschte. Als sie erfuhr, welche Kraft in ihren Blättern steckte, da freute sie sich: „Wie schön ist es, etwas zu haben, was baum verschenken kann," sagte sie und offenbarte damit eine Einstellung, die es auch unter Menschen verdient hätte, etwas weiter verbreitet zu sein.
Die Palme jedenfalls schenkte ihm einen ganzen Sack voll Blätter, und es dauerte nicht lange, bis Ali am Ausgangsort des Märchens angelangt war.
Als er den Palast betreten wollte, wurde ihm der Zutritt verwehrt, da ihn die Palastwache nicht erkannte. Ali schlenderte durch die Straßen der Residenz und erfuhr, daß der König schwer krank darniederliege, der Wesir Egbert Dreckpferd habe inzwischen noch den Beinamen Schreckschwert erhalten, da er sich die Krankheit des Königs zunutze mache, um das Volk unter die Knute zu zwingen. Die schöne Fatima aber solle demnächst auf Betreiben Egberts zwischen Aristoteles Onassis, Hauard Hugs, König Scheisal und noch ein paar Geldsäcken meistbietend versteigert werden. Egbert wartete nur noch, bis der König seine Augen für immer schließe.
Das waren keine besonders guten Nachrichten, aber Ali mietete eine Hütte am Stadtrand und befestigte ein Schild über der Tür:

Doktor Ali Ben Schixali
Facharzt für alles mögliche.
Hiermit gebe ich Kunde:
Ich heile jede Wunde,
jede Krankheit, jeden Schmerz,
ob Niere, Lunge, Galle, Herz.

Und als Fatima mal wieder durch die Straßen ritt, begleitet von ihrer Zofe und einem Rudel Leibwächter, ohne die Egbert sie nicht in die Stadt ließ, um vielleicht doch noch Rettung für ihren Vater zu finden, kam sie an Alis Hütte vorbei und staunte nicht schlecht, als der heilkundige Gelehrte alles andere als ein alter Knacker war. Sie bat ihn mitzukommen, und als Ali am Krankenbett des Königs stand, ließ er heißes Wasser bringen und verlangte, mit dem König alleine zu bleiben. Dann brühte er einen Tee von den Palmenblättern und flößte ihn dem König ein. Nach dem zweiten Schluck richtete er sich auf, und nach dem dritten Schluck schnalzte er mit dem Finger und befahl seinen Dienern Brathähnchen und Lammkeule, Pizza und Salate, Marzipan und Pistazienkerne, Wein und Mokka und einen Fruchteisbecher mit Schlagsahne, aber ein bißchen dalli, zu bringen.
Und als Fatima den Retter ihres Vaters geheiratet hatte, da vertraute der König seinem Schwiegersohn an, nun sei er restlos glücklich, es tue ihm nur leid, seinen alten Kammerdiener Ali vor Jahren in die Wüste geschickt zu haben. Dazu sagte Ali gar nichts und grinste sich nur eins.
Der böse Wesir Egbert jedoch, der bei den Vermählungsfeierlichkeiten dem König noch ins Ohr geflüstert hatte: „Hab ichs nicht gesagt? Träume sind Schäume!" wurde von den Mächten des Schicksals dessenungeachtet ans Jammergericht in Berlin verschlagen, wo er sich mit den Angeklagten rumärgern muß bis zum Herzinfakt. Und daß ihm Ali dann einen Tee kocht, das glaubt wohl keiner.
So haben sich die Menschen oft ihr Schicksal selbst erworben.
Und wenn sie nicht mehr leben, dann sindse halt gestorben.

Firiz Scheytan

Dieses Märchen stammt a) aus dem Morgenland und b) aus dem ganz neuen Buch: Fritz Teufel/Robert Jarowoy, Märchen aus der Spaßgerilja, Verlag Roter Funke/Libertäre Association, Hamburg 1980 und kostet 10DM

Am 13.8. haben wir Rechtsanwalt Wagner besucht. Er und sein ehrenwerter Kollege Türk bereichern sich als Rechtsanwälte in Köln im Sanierungsgeschäft. Seit Jahren pressen sie auch für Kaußen immer höhere Mieten aus den Mietern seiner Häuser raus.

Besonders von sich reden machten Wagner und Türk am 19.5.79, als sie eine bezahlte Schlägerbande losschickten, die mehreren türkischen Arbeiterfamilien die Wohnungen in der Brüsselerstr. 90 demoliert haben. Türen und Fenster haben sie eingeschlagen, Mauerwerk kaputtgemacht und Wasserkräne rausgerissen – die Wohnungen unbewohnbar gemacht. Das alles, um die Türken zu vertreiben, um von besseren Mietern mehr Geld zu kassieren.

Das ist kein Einzelfall und das betrifft nicht nur türkische Familien, sondern auch alte Menschen, Leute mit niedrigem Einkommen und Kinderreiche. Sie sollen raus aus der Stadt, weil arme Leute ein schlechtes Image für die Stadt abgeben. Der teure Boden ist für andere da. Schicke, superteure Eigentumswohnungen wollte Böhmer, der das Haus in der Brüsselerstr. dann gekauft hat, daraus machen.

Aber nicht nur private Geier machen ihre Geschäfte. Die Stadt leistet mit ihren Sanierungs- und Modernisierungsplänen der schmutzigen Arbeit Vorschub, unter dem Deckmäntelchen des guten Willens: "Schöner wohnen für den Bürger". In den Sanierungsgebieten kann unter der städtischen Obhut die Vertreibung stattfinden. Da braucht kein Hausbesitzer ein schlechtes Gewissen zu haben. Das ist Teil eines Konzeptes, in dem Menschen verplant werden, die Bedürfnisse der Menschen den herrschenden Machtinteressen und deren Kontrolle bewirken.

In vielen Städten werden jetzt Häuser besetzt, wie z.B. Bremen, Berlin, Köln – und in Freiburg gingen deshalb 10.000 Menschen auf die Straße. Wir haben Wagner bei unserem Besuch sein Statussymbol, einen Mercedes, angezündet, den er sich erkauft hat, indem er anderen Menschen die Wohnung und damit das Leben ruiniert hat. Alle, die an den Sanierungsgeschäften beteiligt sind, sollen unseren Widerstand spüren, sollen merken, daß sie nicht in Ruhe die Lorbeeren ihrer menschenverachtenden Geschäfte genießen können. Das stärkt in uns das Bewußtsein, daß wir uns wehren können und nicht aufhören werden, Widerstand zu entwickeln, immer wieder Wege und Möglichkeiten auszuprobieren, um unsere Wut und unsere Sehnsucht nach Leben in Handlung umzusetzen.

Wenn wir uns bisher in unseren Aktionen hauptsächlich gegen frauenspezifische Unterdrückung gewehrt haben, bringen wir hiermit nochmal zum Ausdruck, daß Frauenkampf nicht heißt, sich auf frauenspezifische Bereiche zu beschränken, damit würden wir uns selbst politisch entmündigen. Frauenkampf ist umfassend, beinhaltet den Kampf gegen jede Form von Unterdrükkung, Ausbeutung, Zerstörung und Menschenverachtung.

DER KAMPF UM LEBEN HEISST REVOLTE –
– JEDES HERZ IST EINE ZEITBOMBE !!!

Zusammen + draußen Festival in Buxtehude v. 5. - 7.9.80

Seit ein paar Monaten bereitet die Aktion Jugendzentrum in Buxtehude ein Zusammen und Draußen Festival vor.

Eigentlich lief alles ganz gut an. Der Platz (Estering Buxtehude) war unheimlich gut, mit der Stadt hatten wir auch keinen Ärger. Nach zwei Monaten sollten wir dann eine Kaution von 30.000 DM für den Besitzer des Platzes stellen, da die Festivalbesucher seiner Meinung nach doch nur kämen, um alles kurz und klein zu hauen. Im August hatten wir dann endlich eine Versicherung, mit der er auch zufrieden gewesen wäre.

Inzwischen bestand die Vorbereitungsgruppe nur noch aus unheimlich wenigen Leuten, höchstens 5/6 bei jedem Treff, weil alle in Urlaub waren. Dann kam der zweite Hammer: Der Besitzer des Esterings kündigte uns den Platz: die Stadt habe ihm ein Schreiben vom Landkreis zugeschickt, in dem der Landkreis das Festival mit der Begründung der Umweltbelästigung (Lärm) verbietet. Auch der ADAC, dem der ACN angeschlossen ist, habe ihn angerufen: ein Festival auf einem Motorsportgelände sei nicht möglich.

Wir haben daraufhin bei der Stadt angerufen. Diese hat nie ein Schreiben vom Landkreis bekommen. ob das mit dem ADAC stimmt, ist auch ziemlich fragwürdig. Wir können aber nichts dagegen machen, weil wir nur eine müdnliche Zusage hatten.

Wir haben dann ein neues Gelände gesucht. Die Stadt hat uns in keiner Weise unterstützt: auf die Frage, ob sie uns für das Festival nicht ein anderes Gelände zur Verfügung stellen könnte, kam "Nein, dann müssen Sie das ganze eben abblasen."

Nun, wir haben ein neues Gelände: das Bundeswehrübungsgelände)mäh) hier in Buxtehude an der Este. Das Gelände an sich ist unheimlich toll, viel Wald und Wiese und so, aber eben 'n Übungsgelände. Naja, bleibt uns nichts anderes übrig, und so wird es wenigstens einmal richtig genutzt. . .

Wir sind immer noch unheimlich wenig Leute, und allmählich geht die totale Hektik los. Wir brächten noch dringend Leute, die uns beim Aufbauen helfen. Also, wer Lust und Zeit hat, kann ja schon 'n büschen eher kommen.

Ach, noch was: Karten für das Festival gibt's demnächst im Vorverkauf, kosten da 5 DM, und wenn ihr hier 'ne Karte kauft, wahrscheinlich 7 DM. Bis denn!

Wir hatten inzwischen übrigens schon wieder Ärger. Die Stadt hat bei der Bundeswehr angerufen, wie diese dazu käme, uns das Gelände zur Verfügung zu stellen. Wir hatten daraufhin ein uns endlos scheinendes Gespräch mit dem Herrn Major. Das Gelände dürfen wir weiterhin benutzen. (Die Bundeswehr muß ja schließlich Imagepflege betreiben . . ., Ulla ausnanmsweise mal mitten im Text)

Jetzt haben wir noch eine Schwierigkeit, wir suchen noch dringend eine große Bühne (zw. 6x8 und 8x12 m). Die Überdachung wollten wir selber bauen.

Adresse für Leute, die eher kommen: Peter Liebald, Jahstraße 38, 215 Buxtehude, Tel. 04161/3447.

Spielen werden bis jetzt: Hammerfest, Rotglut, Nuala, Zis, Druckknöpfe, Feetback, Buzz, Schneeball II Orchester (die Gruppen spielen voraussichtlich auch einzeln), Lindwurm, Känguruh Abroad (Australien), Madison Portrait, Nich Ullstein Band (Norwegen, noch nicht ganz sicher) und andere, auch noch Theatergruppen.

Dokumentation zum Putsch in Bolivien

Vom Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien
- übersetzte Augenzeugenberichte von Verhafteten
- Chronik des Putsches
- Aufruf zum Widerstand
- Aufruf des gewählten Präsidenten S. Zuazo zum Widerstand

Gegen DM 3,50 (incl. Porto) auf PSchA Mü, R. Mackowiak, Nr. 2805 89-805, bei: LAK im ZEF Pariserstr. 7, 8 München 80

TERMINE

1.9.

Demo zum Antikriegstag im Rahmen der Friedenswoche (30.8.-7.9.)
16.15 Gerhard Hauptmannplatz
Ausstellung 'Nie wieder Krieg'
ESG, Grindelallee 9, Martin-Luther-King-Haus (v. 1. - 6.9.)

2.9.

"Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich"
Klecks & Hempel spielen in der Markthalle, Stück um Arbeitslosigkeit für Jugendliche und Erwachsene von Douglas Welbat

3.9.

"Wilder Mohn mit ~~Herfermohn~~ Herzfunkel. (?) aus Moorburg"
Lyrik, Rock, Bosanova
Fools Garden 21.00
Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich
Klecks & Hempel in der Markthalle, 11.00, 20.00

4.9.

Stoppt Schmidt !
Treffen in der Dralle Fabrik Nernstweg Altona, 5. Stokk s. auch Artikel dazu in dieser Zeitung 19.00
Marx Brothers im Krieg
Vorführung 6

5.9.

Travellin Jazzmen
Fools Garden 23.00
Im Westen nichts Neues
Floki 18.00
Sumpf + Spritzer, Deutschrock
Honigfabrik Wilhelmsburg 20.00 Eintritt 3,-
Und was für ganz sesible bzw. sensitive oder solche, die's werden wollen: Partnerschaftstraining
Commit, im Cvjm Centrum Dulsberg Nord 55 (5.-7.9.)

6.9.

Changes, Jazzrock aus Bärlin
Honigfabrik, 20.00, 3,–
Travellin Jazzmen
Fools Garden 23.00
,Im Westen nichts Neues'
Floki 18.00
Antikriegsfilm USA 1930

7.9.

'Im Westen nichts Neues'
Floki 18.00
'1 + 1 = 3'
Floki 20.30

8.9.

Lucky Luke
Vorführung 6
Im Westen nichts Neues
Floki 18.00
1 + 1 = 3
Floki 20.30
Spannender als jeder Film: Redaktionssitzung des gf-Kollektivs ab 20.00
Dralle, Nernstweg 32, V

9.9.

Seid ihr vorbereitet?
Schmidt'sche Wahlkundgebung
Gerdhard Hauptmann Platz 17.00
Veranstaltung zu dem geplanten Zwischenlager in Stade
Kontakt: c/o Brigitte Westerkamp, Hinterstr. 9, 2161 Hollern 9
Tel. 04141 / 7463
1984, George Orwell
Floki 18.00, 20.30
Asche und Diamant
Blimp 20.00
Regie: A. Wayda
Im September zeigt das Blimp jeweils im Vorprogramm Filme zum Thema Bundestagswahl
Kurzfilme über den Wahlkampf 1976, Kurzfilme über Parlamentarische Demokratie, Kurzfilme zum Thema 'Wie wird man Bundeskanzler' u.v.a.m.
Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich
Klecks & Hempel, Markthalle 20.00

10.9.

'Die Herren machen das selber, daß Ihnen der arme Mann feynd wird'
Gorelben 1977-79, wie sich das Bewußtsein und das Leben der Leute verändert, in deren Landkreis eine Atommülldemponie errichtet werden soll.
Honigfabrik 20.00
Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich
Klecks & Hempel
Markthalle 11.00, 20.00 (morgens ist's billiger)
'1984', Orwell
Floki 18.00, 20.00
Blackout
Vorführung 6
Asche und Diamant
Blimp 20.00
Wilder Mohn mit Herzfunkeln aus Moorburg, Lyrik-Rock-Bosanova
Fools Garden 21.00

11.9.

Lolita v. Kubrich
Floki 18.00, 20.30
Der Golem, wie er in die Welt kam
Regie P. Wegener
Blimp 20.00

12.9.

"Müllschlucker", Kölner Straßenmusiker machen Musik für Behinderte und nicht Behinderte mit Jürgen im Rollstuhl / Trompete
Fools Garden 21.00, 24.00
Lena Rais
Floki 20.30

13.9.

Unterelbe-Treffen in Wilster
Colosseum 11.00
Vorl. Tops:
Brunsbüttel, NATO-Manöver, Vorbereitung für Veranstaltung über Erzeugung und Transport von elektr. Strom, Diskussion über Widerstand, Fischerblockade ,Brokdorf, Stade, Krümmel
Kontakt: AK pol. Ökologie 040 / 439 86 31
'Theaterhaufen Ou Weya'
mit dem Stück 'Kugel im Arsch des Kommissars'
Charlie's Schreckschußband
Honigfabrik Wilhelmsburg 20.00 3,--

14.9.

Flohmarkt der Initiativen für Bramfeld mit Straßentheater und Musik
von 9 - 16.00 zwischen Karstadt und Haus der Jugend', Bramfeld, Herthastr.
Mitmachen kann jeder
Standpreise 1,50-2,50 / m
China Syndrom
Vorführung 6 (Uhrzeit ?)

15.9.

letzte gf-Redaktionssitzung vor Redaktionsschluß, kommt massenhaft
20.00 in den Hallen der Freiheit
China Syndrom
Vorführung 6
Pink Floyd in Pompei
Floki 18.00

16.9.

Mensch Wilhelm, du heiüt Heinrich
Klecks & Hempel
Markthalle 20.00
Laurel+Hardy und die Frauen
Blimp 20.00
Der Schrei aus der Stille
Vorführung 6

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

17.9.

Wilder Mohn mit Herzfunkeln aus Moorburg, Lyrik-Rock-Bosanova
Fools Garden 21.00
Bananas
Floki 20.30
Laurel+Hardy und die Frauen
Blimp 20.00
Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich
Klecks & Hempels
Markthalle 11.00, 20.00
Der Schrei aus der Stille
Vorführung 6

18.9.

"Die schar

18.9.

"Die scharlachrote Kaiserin"
von Josef von Sternberg
mit Marlene Dietrich
Frauenmedienladen,
Rostocker Str. 25, 20.00
Laurel+Hardy: Big Business
Blimp 20.00
Der Schrei aus der Stille
Vorführung 6
"Zippo", eigene Lieder
Fools Garden 21.00

19.9.

"Tenement Funsters'
Night of the fools,
Fools Garden 23.00
Laurel+Hardy in der Fremdenleg:
Blimp 20.00
Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben
Vorführung 6

20.9.

'Die plötzliche Germanisierung Harlekins oder die Kugel im Arsch des Kommissars
Eine Polizeisatire im Stil der Commedia dell'arte
Honigfabrik Wilhemsburg
19.00 od. 20.00
(Tel. 75 88 74)
Stadtteilfest in Hamm
Die 'Bürgerinitiative keine Autobahn durch Hamm und Horn' veranstaltet es am 20. u. 21. im Hammer Park, Liegewiese (U-Bahn Hammer Kirche)
Dr. Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben
Vorführung 6

21.9.

Bleibt zuhause oder besucht mal wieder Freunde, was soll der olle Kulturkonsum? Es läuft sowieso nix.

22.9.

Die unwürdige Greisin (Brecht-Verfilmung)
Eine alte Frau entdeckt die Freiheit. Sie veräußert Hab und Gut und lernt ihr Leben ohne Rücksicht auf die Erben zu genießen.
Floki 20.30

23.9.

'Wie ich den Krieg gewann'
mit John Lennon
Honigfabrik Wilhelmsburg
19.00 1,50 DM
Die unwürdige Greisin
Brecht-Verfilmung (s. 22.9)
Floki 20.30
Elvis-Abend – Filme, Musik, Dias
Blimp 20.00
Die Reifeprüfung
Elbe 18.00
'Zippo' singt eigene Lieder
Fools Garden 21.00
Mensch Wilhelm, du heißt Heinrich
Klecks & Hempels
Markthalle 20.00

24.9.

Lenny (Film)
Honigfabrik, 19.00 1,50
Behinderte Liebe
Floki 18.00, 20.30
Laurel+Hardy – Hosen runter
Blimp 20.00
Wilder Mohn mit Herzfunkeln aus Moorburg, Lyrik-Rock-Bosanova
Fools Garden 21.00
Klecks & Hempels, Theater
Markthalle 11.00, 20.00

25.9.

Norbert Hofmann, Lesung
Fools Garden 21.00
Öffentliche Mieterversammlung der Mietergemeinschaft Winterhude
Gaststätte 'Geibelburg'
Geibelstr. 57, 20.00
Die Marx Brothers – 1 Nacht in Casablanca
Vorführung 6
Alices Restaurant
Elbe 18.00, 20.30
Der blaue Engel – v. J. Sternberg
m. Marlene Dietrich
Frauenmedienladen
Rostocker Str. 25,

28.9.

Schmidt in der Ernst Merck Halle
20.00
Einer flog übers Kuckucksnest
Floki 18.00, 20.30

29.9.

Einer flog übers Kuckucksnest
Floki 18.00, 20.30

30.9.

Die Kinder von Nr. 67 oder Heil Hitler, ich hätt gern 'n paar Pferdeäpfel
Floki 18.00
Laurel+Hardy – Big business
Blimp 20.00
Schmidt spricht mal wieder
Fachoberschule Bergedorf
20.00

26.9.

Tim+David aus Australien
Theatralisches Cabaret
Schwules verpackt in Satire
Romantik, Kitsch, Komödie
Fools Garden 21.00 24.00
Der Kandidat Franz Josef Strauß
"Wahlveranstaltung" mit Müllers Kampfkapelle
Honigfabrik 19.00
Laurel+Hardy: Rache ist süß
Blimp 20.00
Apocalypse now
Floki 17.45, 20.30

27.9.

schwules Cabaret (wie 26.9.)
Fools Garden 21.00 24.00
Apocalypse Now
Floki 17.45, 20.30

MICHA + BRIGITTE SUCHEN LEUTE ZUM VOLLEYBALLSPIELEN TEL. 8502987

R4 KASTENWAGEN zu verkaufen 8503358

wir haben eröffnet: frauen selbsthilfe laden und feminist. frauen therapie zentrum marktstr. 27, 2 HH 6 Tel 4395389

"DIE DRUCKEREI" ZOLLENSPIEKER HAUPTDEICH 54

JETZT GEHT'S LOS 7239810

BALD HEBEN WIR AB

gf-Redaktionssitzung: die Suche nach dem anderen Leben

ICH WILL DIE "grosse freiheit" ABONNIEREN !!!

Ab Nr. . . . . bestelle ich — O 10 Nummern für 25,- Mark (inkl. Porto)

Name: . . . . — O ein Förderabonnement (Abo und ein paar Mark

Anschrift . . . . mehr) in Höhe von . . . DM

. . . .

Die Bestellung wird berücksichtigt, sobald der Betrag auf unserem Konto PSchA Hamburg, 370 409 202 (U. Penselin) eingegangen ist. (Nicht 'grosse freiheit' auf die Zahlkarte schreiben!)
Das Abo läuft aus, wenn es nicht verlängert d.h. wenn nicht neu bezahlt wird. Ein Schrieb in der letzten bezahlten Zeitung weist auf diesen gefährlichen Umstand hin.
Bitte schreibt "Neu-Abo" oder "Verlängerung" auf die Zahlkarte.
Schickt den Abschnitt an: grosse freiheit, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg 50
(Innerhalb einer Woche kann die Bestellung widerrufen werden).

Unterschrift: . . . .

SchalLoch

BERATUNG KAROLINENSTR. 4
ANFERTIGUNG TEL. 43 89 94
VERKAUF MO-FR 10.30–18.30
REPARATUR SA 10.30–14.00

Gitarren, Lauten, Drehleiern

Ich suche keinen Schrank, gebe dafür meinen großen. Andreas 3903675 oder 3902875 (große Freiheit)

Kleinanzeigen

Antipädagogik – ich schicke euch Infos für Freiumschlag und 40 PF in Briefmarken. Förderkreis Freundschaft mit Kindern e.V., Ute Gruschka, Stedinger Str. 35, 2800 Bremen 1

So, und Christoph will sein 10-Gang-Rennrad verkaufen. Nicht sehr teuer. Tel. 48 30 04

Matratze zu verkaufen, 2x2x0,45 m, Tel. 433184 oder 436361 (Renate)

Wenn ihr Ärger mit euren Autos habt, vielleicht können wir euch helfen. Wir können (fast) alles (Schweißen, Tüv, Mechanik, Elektrik etc.) und machen es an – fast – allen Modellen. Mercedes 600 und totale Horrorautos lehnen wir ab. Wolfgang, Tel. 850 61 02

Suche 2-3 nette, bewußte Frauen, mögl. berufstätig, zum Zusammenwohnen. (mögl. Altwinterhude). Tel. 43623 (Dette, c/o Ulla)

Marion (21), Klaus (24) und Marieke (1 Monat) suchen ein neues Zuhause. Wir suchen eine Wohngemeinschaft mit Kind/ern oder Leute in der gleichen Situation, mit denen wir zusammen ein Haus im Grünen suchen können. Außerdem suchen wir Kontakt zu Leuten, die uns über ihre Erfahrungen mit Kindern in WGs etwas erzählen können. Ihr könnt uns ja mal einladen. Postkarte genügt, Telefon haben wir nicht, die Adresse ist: Marion + Klaus, Heinbockeler Str. 40 "Alte Schule", 2167 Düdenbüttel
Falls ihr zufällig mal vorbeikommt, könnt ihr auch gern mal reinschauen, 'ne Tasse Tee ist immer drin.

Fange zum 1.10.80 in Hamburg als Rechtsreferendar an. Suche deshalb kleine Wohnung oder (lieber) Zimmer in politisch aktiver WG. Zuschriften an: Jürgen Schnabel, c/o Sissi Jobke, St. Pauli Fischmarkt 5, 2 Hamburg 4

Kl. Wohnung in Osdorf gegen Mietbeteiligung (90,-) zur zeitweisen Mitbenutzung zu vergeben. Ideal für Pendeler zw. HH und Umgebung. Ab Sept., P. Hock, Blomkamp 94a, 2 HH 53

Ich suche Zimmer in WG. Bin 27, m, und habe WG-Erfahrung. Robert. Tel. 388304

Suchen freie Landkinder und so, die wie wir die Schulpflicht nicht wollen. Daniela (8) und Frauke, Tel. 05845 / 335, in Bergen/Dumme 3134, Belauerstr. 138 (Kreis Lüchow-Dannenberg)

Wir wollen unsere alte Repro (kostet 300,-) und einen Folienkopierer (adresograph multilitz) loswerden. Außerdem suchen wir einen Fototrockner (bzw. die dazugehörige Hochglanzplatte). Alles weitere beim Frauenmedienladen Bildwechsel, Tel. 24 63 84

Suche Zimmer in Lesben- oder Frauen-WG. Spätestens zum Ende dieses Jahres. Brigitte, Tel. 44 63 87

TAZ Hamburg sucht fürs nationale Treffen der Firma am 12.-14. Sept. noch Schlafplätze. Dringlich! TAZ Büro, Tel. 39 11 89

Jeden Donnerstag 18-20 Uhr Schwangerschaftsabbruch- und Verhütungsmittelberatung von der Atuonomen Beratungsgruppe, Kampfstr. 11 (Schanzenviertel), 2 HH 6, Tel. 439 72 62

Umweltschutz-Briefpapier
Wir haben die größte Auswahl: Blocks in A4 & A5; Grafik-Postkarten, Altpapier-Quader; Geschenkpapier. Viele neue Motive! Muster gegen -,80 Rückporto, ms Edition, Ploenniesstr. 8, 6100 Darmstadt

Gesucht: Handverkäufer für satirisches Monatsmagazin. Verdienst: pro verk. Expl. 50 Pfennig. Kontakt: Martin, Tel. 82 61 12

Jetzt zum 3. Mal: Schokolade, ein Magazin wie Samt und Seife. Zu haben für 1,50 in über 15 Buch- und anderen Läden und im Handverkauf in allen möglichen Kneipen!

Krankenschwester mit Berufserfahrung für Gemeinschaftspraxis in HH 19 gesucht. Tel. 492 611
(Lieber Fritz, Rechnung gibt's nicht, aber schick einfach mal ein paar Briefmarken oder einen kleinen solidarischen Scheck rüber . . .)

Tausche großen gegen kleinen Schrank, d.h. ihr könnt mir auch so einen kleinen Schrank schenken, ich verschenk dann auch meinen großen. Angebote an Andreas, 390 36 75 oder gf (3902875)

Verkaufe meine Suzuki 250 GT (13.500 km). TÜV 82, Sturzbügel, neue Zündspulen, Kondensatoren, Kontakte etc. mit Tankrucksack, div. Werkzeug, Rep-Anleitungsbuch für 1.700 DM (VB). Sonja Schelper, Tel. 36 74 07

Freundschaft mit Kindern
Unser 3. Informationsheft ist fertig: "Neue Erkenntnisse der Wissenschaft vom Menschen und weltweiter Kinderrechtsbewegung ermutigen alle Erwachsenen, mit Kindern in einer neuen erziehungsfreien Verantwortung zusammen zu leben." mit antipädagogischer Literaturliste von über 100 Titeln. Selbstbegegnung – Antipädagogik – Kinderrechtsbewegung. Zu beziehen bei:
Freundschaft mit Kindern Förderkreiszentrale, Wismarweg 2, 44 Münster. Einzelexemplare incl. Porto und Versand 6,- DM. Bei größerer Abnahme, Preisreduzierung (100 Stück zu je 2,50 DM)

TRAUMBAUM-WERKSTATT für lebensnahe Kunst: Wir bauen stabile Webrahmen, Web-Breite 1m, Endpreis 196,-. Fordert den Prospekt an bei Gretel Otto + Almuth Richter, Hauptstr. 8, 6301 Allendorf/Climbach, Tel. 06407/7336

Oh, sind diese Kleinanzeigen aber wieder mal langweilig. . .
Uli, wo ist deine denn?

Suche in Hamburg für Ende 81 / Anfang 82 eine Zivildienststelle, die noch Spaß macht und ein bißchen mehr ist als ein 8-Std-Job (Jugendheim, Spielplatz etc.): Michael Kröger, Goebenstr. 4, 4500 Osnabrück, 0541/43 06 71
(Schick doch einfach ein paar Briefmarken. . .)

Kurzfilme zur Wendland-Räumung
Über "Gegenlicht", einem von über 20 Filmgruppen selbst aufgebauten 8mm-Filmverleih sind seit kurzem zwei Super-8-Filme über die Zerstörung der Freien Repubik Wendland ausleihbar.
"Überfall auf 1004" von Lothar Peter beginnt mit dem gelungenen Versuch einer kleinen Gruppe, am Tag der Räumung auf abgelegenen Pfaden noch zum Platz zu kommen; zeigt Aufnahmen vom Einsatz berittener Polizei gegen die Unterstützer und vom Widerstand und Fall der Türme.
"Bericht von der Räumung" zeigt Bilder vom Leben im Dorf und der Räumung des Dorfplatzes, dazu im Ton den eingesprochenen Kommentar eines Beteiligten.
Beide Filme sind relativ kurz (25 und 12 Minuten) und können gut auf Veranstaltungen eingesetzt werden.
Wer sich für die Filme interessiert, kann mit 'Gegenlicht', Taborstr. 22, 1 Berlin 36, Kontakt aufnehmen und dort auch einen Prospekt über das Verleihprogramm erhalten.

grosse freiheit
KLEINANZEIGEN

Bitte mit Schreibmaschine ausfüllen & einschicken →

NERNSTWEG 32-34
2 HAMBURG 50
TEL. 040/390 2875